



Dokumentation

Bundeswehr und Gesellschaft
Wahrnehmungen im Wandel

Bundeswehr und Gesellschaft

Wahrnehmungen im Wandel

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 066/21
Abschluss der Arbeit: 14. Oktober 2021
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	6
2.	Einführung	6
3.	Innere Führung, Staatsbürger in Uniform und Wiederbewaffnung	7
3.1.	Innere Führung	7
3.2.	Der Staatsbürger in Uniform	9
3.3.	Neuaufstellung und Wiederbewaffnung	10
4.	Einführung der Wehrpflicht	16
5.	Friedensbewegung, Antimilitarismus und Kriegsdienstverweigerung	17
5.1.	Friedensproteste und Antimilitarismus	17
5.2.	Ratlose politische Reaktion auf die 1968er	20
5.3.	Rechtsextremismus unter Soldaten in den 60er und 70er Jahren	22
5.4.	Zunehmende Verankerung der Bundeswehr im Staat in den 70er Jahren	22
5.5.	Frühere Skandale	23
5.6.	Unbefriedigende Zustände in den Kasernen in den 70er und 80er	25
5.7.	NATO-Soldaten gegen Atom-Raketen	25
5.8.	Kriegsdienstverweigerung	26
6.	Armee der Einheit	27
6.1.	Gründung der NVA	27
6.2.	Auflösung der NVA	27
7.	Die Wehrmachtausstellung	31
8.	Eine Armee im Einsatz	33
8.1.	Sind Soldaten Mörder?	33
8.2.	Ex-Jugoslawien: Die Zäsur	34
8.3.	AWACS-Urteil von 2008	36
8.4.	Die Einsatzferne schwindet mit der Fortdauer der Einsätze	37
8.4.1.	Im Einsatz verletzte Soldaten 2001-2008	37
8.4.2.	Im Dienst getötete Soldaten 2001-2021	38
8.4.3.	Umstrittener Luftangriffsbefehl bei Kundus (2009)	38
8.4.4.	Verteidigungsminister: „In Afghanistan herrscht Krieg“ (2009)	40
8.4.5.	„Karfreitagsgefecht“ bei Kundus (2010)	41
8.5.	Kosten der Auslandseinsätze	42
8.6.	Soldatinnen und Soldaten im Einsatz	42

9.	Aussetzung der Wehrpflicht und Umstrukturierung der Streitkräfte	44
9.1.	Aussetzung der Wehrpflicht	44
9.2.	Umstrukturierung der Streitkräfte	48
9.2.1.	Dramatische Materiallage	48
9.2.2.	Neues Stationierungskonzept	49
10.	Professionalisierung, Modernisierung und Mediatisierung	49
10.1.	Neueröffnung des Militärhistorischen Museum der Bundeswehr	49
10.2.	Novellierung des Traditionserlass der Bundeswehr	50
10.3.	Polemik um die Unterrichtung von Jugendoffizieren an Berliner Schulen	52
10.4.	Vielfältige Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum	53
10.4.1.	Hohe Anerkennung bei Hochwasser- und Hilfeinsätzen	53
10.4.2.	Bundeswehr-Karriere und Trendwende Personal	54
10.4.3.	Modernisierte Personal- und Umgangspolitik	55
10.4.4.	Sportsoldatinnen und Sportsoldaten	56
10.4.5.	Tag der Bundeswehr	57
10.4.6.	Moderne Kommunikationswege	57
10.4.7.	Die Werbekampagne „Mach was wirklich zählt“	58
10.4.7.1.	Beispiel 1: Kampagne „Mach was wirklich zählt“	63
10.4.7.2.	Beispiel 2: Kampagne „Mach was wirklich zählt – Cyber“	64
10.5.	Vielfältige Präsenz der Bundeswehr in den Medien	65
10.5.1.	Bundeswehreigene Medien	65
10.5.1.1.	Beispiel 1: Sonderpublikationen im Printbereich	65
10.5.1.2.	Beispiel 2: YouTube-Kampagne „Die Rekruten“ (2016)	67
10.5.1.3.	Nachfolgekampagnen der Bundeswehr in den Sozialen Medien	69
10.5.2.	Private und öffentlich-rechtliche Medien	70
10.5.3.	Bundeswehr-Darstellung in Büchern (ab 2010)	70
10.5.4.	Bundeswehr-Darstellung in Spiel- und Dokumentarfilmen ab 2001	71
10.5.5.	Bundeswehr-Darstellung in den sozialen Medien	74
10.5.5.1.	Beispiel 1: Der Kampfpilot in den sozialen Medien	74
10.5.5.2.	Beispiel 2: Der Einsatzveteran in den sozialen Medien	75
10.5.6.	Herausforderung „Soziale Medien“	76
11.	Traditionen und Politischer Wille, die Uniform (wieder) sichtbar zu machen	77
11.1.	Der 20. Juli 1944, die Bundeswehr und die Gesellschaft	77
11.2.	Öffentliche Gelöbnisse	80
11.3.	Kostenlose Bahnfahrten in Uniform	82
11.4.	Amtshilfe im Rahmen der Corona / COVID-19-Krise	82
11.5.	Preis „Bundeswehr und Gesellschaft“	83
11.6.	Der „Große Zapfenstreich“	84
11.6.1.	Definition und Geschichte	84
11.6.2.	Kontroverse anlässlich der Würdigung des Afghanistan-Einsatzes	85
12.	Negative Schlagzeilen	87

12.1.	Rekrutierung von Minderjährigen	87
12.2.	Materiallage	90
12.3.	Rechtsextremistische Vorfälle 2016-2021	90
13.	Reputation in der Bevölkerung	94
13.1.	Einführung des Slogans „Wir. Dienen. Deutschland.“	94
13.2.	Vertrauen in die Institution	95
13.3.	Haltung zur Bundeswehr	95
13.4.	Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit	96
13.5.	Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	97
13.6.	Einstellung zur Höhe der Verteidigungsausgaben	98
13.7.	Einstellungen zu den Auslandseinsätzen	99
13.8.	Einstellung zu bewaffneten Drohnen	99
14.	Leseempfehlungen	100

1. Vorwort

In dieser Dokumentation werden **Informationen und Dokumente** zur Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft vorgestellt. Diese Dokumentation hat nicht das Ziel, vollumfänglich über dieses sehr vielfältige Thema zu informieren, sondern lediglich den Anspruch, verschiedene Einblicke darzubieten.

2. Einführung

Ende und Neuanfang: „8. Mai 1945. Die deutsche Wehrmacht kapituliert. In Europa endet der Zweite Weltkrieg. Deutschland hat ihn als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt, der über 50 Millionen Menschenleben kostete. Große Teile Europas liegen in Trümmern. Millionen sind auf der Flucht, obdachlos oder in Gefangenschaft. Allmählich verdichten sich die Nachrichten von einem unfassbaren Verbrechen, das Deutsche im Schatten des Krieges begangen haben: die systematische Ermordung von mehr als sechs Millionen europäischen Juden. Die Siegermächte Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich sind sich einig: Von Deutschland darf nie wieder eine Gefahr ausgehen. Das Land wird in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Es soll demokratisiert, dezentralisiert, entnazifiziert und entwapfnet werden. Doch die Anti-Hitler-Koalition hält nicht lange. Die Gegensätze zwischen der kommunistischen Sowjetunion und den westlichen Demokratien sind zu groß. Während Moskau in seinem Machtbereich kommunistische Regime installiert und die Planwirtschaft einführt, treiben die drei Westalliierten in ihren Besatzungszonen die Bildung eines Teilstaates voran. Es ist der Beginn des Kalten Krieges, der Deutschland, Europa und die Welt für vier Jahrzehnte teilen wird. 1949 kommt es zur Gründung von zwei deutschen Staaten“.¹

1 Dieser Text ist der Leittext der ersten Tafel der Plakatausstellung „*Militär und Gesellschaft in Deutschland seit 1945*“ (in der Fassung des Jahres 2020) des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMSBw), einer Ressortforschungseinrichtung des Bundes im Geschäftsbereich des Bundesministerium der Verteidigung. Weitere Informationen unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/vermitteln/ausstellungen/milit%C3%A4r-gesellschaft-1945> (zuletzt abgerufen am 8. Oktober 2021).

3. Innere Führung, Staatsbürger in Uniform und Wiederbewaffnung

3.1. Innere Führung

Unter dem Eindruck des Korea-Krieges², der ab dem 25. Juni 1950 seinen Lauf nahm, trafen sich Anfang Oktober 1950 im Kloster Himmerod in der Eifel ehemalige Offiziere der Wehrmacht, um in Bundeskanzler Adenauers Auftrag – mit Duldung der Westalliierten – über die westdeutsche Wiederbewaffnung zu beraten. Das Protokoll dieses Treffens, die sogenannte **Himmeroder Denkschrift**³, fixierte als „Geheime Bundessache“ die geplante Aufstellung von zwölf Heeresdivisionen mit 3.600 Panzern sowie die Aufstellung von Jagdfliegerkräften bei einer Gesamtstärke von 500.000 Soldaten als „Rechengrößen“ für den westdeutschen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas.⁵ Die *Himmeroder Denkschrift* begründete allerdings auch das Konzept der **Inneren Führung**⁶ ⁷ ⁸ unter Federführung von **Major Wolf von Baudissin**⁹. Vielleicht war dieses Konzept sogar das wichtigste Ergebnis der Konferenz.

-
- 2 Der Koreakrieg dauerte vom 25. Juni 1950 bis zum 27. Juli 1953 (Waffenstillstand). Nach Schätzungen starben im Koreakrieg mehr als vier Millionen Menschen – Südkorea verlor etwa eine Million Menschen (Soldaten und Zivilisten), Nordkorea 2,5 Millionen und China eine Million. Etwa 40.000 UN-Soldaten (davon 36.914 Amerikaner), 500.000 koreanische und 400.000 chinesische Soldaten (nach offiziellen chinesischen Angaben: 183.108 chinesische Soldaten und Offiziere) starben bei den Kampfhandlungen. Vgl. *Koreakrieg*, Wikipedia, abgerufen am 22. Oktober 2020 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Koreakrieg#Schlacht_von_Heartbreak_Ridge_und_Beginn_des_Stellungskrieges
 - 3 *Denkschrift über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas*. Die Denkschrift enthält fünf Abschnitte: I. „Militärpolitische Grundlagen und Voraussetzungen“; II. „Grundlegende Betrachtungen zur operativen Lage der Bundesrepublik“; III. „Organisation des deutschen Kontingents (D.K.)“; IV. „Ausbildung“, V. „Das innere Gefüge“.
 - 4 *70 Jahre Himmeroder Denkschrift*, Dorothee Frank, 5. Oktober 2020. Behördenspiegel, abgerufen am 22. Oktober 2020 unter <https://www.behoerden-spiegel.de/2020/10/05/70-jahre-himmeroder-denkschrift/>
 - 5 *Die Gründung der Bundeswehr*, BMVg, abgerufen am 22. Oktober 2020 unter <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/gruendung-bundeswehr>
 - 6 Aus dem Konzept des „Inneren Gefüges“ (vgl. V. Abschnitt der Himmeroder Denkschrift) entsprang das bis heute gültige Konzept der „Inneren Führung“. Der vergangenheitsbelastete Begriff „Inneres Gefüge“ ging auf die Zeit des Nationalsozialismus zurück und meinte bereits dort die Binnenstruktur der Wehrmacht. Vgl. *Die Konzeption der „Inneren Führung“ der Bundeswehr*, Wissenschaftliche Dienste des Bundestages, Drucksache WD 2 - 3000 - 041/17, 2017, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/513082/da6d3a256102e8fd1325d0c580981561/WD-2-041-17-pdf-data.pdf>
 - 7 Vgl. *Das Konzept der Inneren Führung*, Bundesministerium der Verteidigung, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigung/innere-fuehrung/das-konzept>
 - 8 *Innere Führung, Selbstverständnis und Führungskultur*, Zentrale Dienstvorschrift, A-2600/1, 6. November 2017, 46 S. abgerufen am 22. September 2021, <https://www.bmvg.de/resource/blob/13998/01082632986ceeb2c82c36c61785fec9/b-01-02-01-download1-data.pdf>
 - 9 Seine letzte Verwendung in der Bundeswehr erlebte er als Generalleutnant Stellvertretender Chef des Stabes für Planung und Operation beim NATO-Oberkommando Europa (SHAPE). Nach der Pensionierung wurde er Gründer und Leiter des Instituts für Friedensforschung an der Universität Hamburg.



Abbildung: Oberst Graf Wolf von Baudissin, ca. 1956, ©Bundeswehr/Munker¹⁰

Im Anschluss an die Konferenz berief Bundeskanzler Konrad Adenauer den CDU-Bundestagsabgeordneten Theodor Blank zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“. Die Dienststelle ging als „**Amt Blank**“ in die Geschichte ein und wurde die **Keimzelle des späteren Verteidigungsministeriums**.¹¹

In seinem Tagesbefehl vom 5. Oktober 2020 würdigte der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, die Himmeroder Schrift mit folgenden Worten:

„In bewusster Abgrenzung von der Wehrmacht und anderen Vorgängerarmeen wurde vor 70 Jahren etwas ‚grundlegend Neues‘ erdacht: einsatzbereite Streitkräfte, die gleichzeitig, die Grundsätze der Rechtstaatlichkeit achten, die staatsbürgerlichen Grundrechte und

10 Oberst Graf Wolf von Baudissin, ca. 1956, ©Bundeswehr/Munker, Wikipedia, CC BY 2.0, abgerufen am 26. Oktober 2020 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Wolf_von_Baudissin#/media/Datei:Wolf_von_Baudissin_4843214038.jpg

11 *Die Gründung der Bundeswehr*, Bundesministerium der Verteidigung, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/gruendung-bundeswehr>

Grundpflichten ernst nehmen und die Würde des Menschen anerkennen, wie Theodor Blank es als erster Verteidigungsminister am 27. Juni 1955 vor dem Bundestag ausführte“.

3.2. Der Staatsbürger in Uniform

Die Gründung der Bundeswehr erfolgte in klarer Abgrenzung zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Kriegsverbrechen, in der die Wehrmacht eine teilweise sehr unrühmliche Rolle spielte.¹²

Das Konzept des **Staatsbürgers in Uniform** entspringt dem Grundsatz der **Inneren Führung**¹³, welche als „Demokratisches Leitbild“ oder „Philosophie“ der Bundeswehr beschrieben werden kann. Der Internetseite des Bundesverteidigungsministeriums ist folgende Beschreibung zu entnehmen:

„Alle Soldaten der Bundeswehr sind Staatsbürger in Uniform. Das bedeutet nicht nur, dass die Grundrechte auch für sie gelten. Vielmehr sind sie diesen Werten ganz besonders verpflichtet. Sie verteidigen die Sicherheit Deutschlands, auch im Rahmen internationaler Bündnisse. Die Bundeswehr kennt keinen unbedingten Gehorsam. Die letzte Entscheidungsinstanz bleibt das Gewissen jedes Einzelnen.

Dieses Gewissen zu schulen, ist die Aufgabe der historischen und politischen Bildung, des lebenskundlichen Unterrichts und des Führens durch Vorbild. Staatsbürgerliches Handeln setzt historische und politische Bildung voraus. Daher sind Soldaten als Staatsbürger in Uniform dazu verpflichtet, sich politisch zu bilden. Die Prinzipien der Inneren Führung leiten sie und geben ihnen Orientierung.“¹⁴

12 Vgl. *Die Wehrmacht – Krieg und Verbrechen*, Michael Epkenhans & John Zimmermann, ZMsBW, Reclam, 2019, 160 S. Weitere Informationen zum Buch abrufbar unter: <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-militaergeschichte-sozialwissenschaften/die-wehrmacht-krieg-und-verbrechen-162028>

13 *Innere Führung*, Selbstverständnis und Führungskultur, Zentrale Dienstvorschrift, A-2600/1, 6. November 2017, 46 S. abgerufen am 22. September 2021, <https://www.bmvg.de/re-source/blob/13998/01082632986ceeb2c82c36c61785fec9/b-01-02-01-download1-data.pdf>

14 *Staatsbürger in Uniform*, Bundesministerium der Verteidigung, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigung/innere-fuehrung/staatsbuenger-in-uniform>

3.3. Neuaufstellung und Wiederbewaffnung

Mit der **Ergänzung des Grundgesetzes (Art. 73 GG)**¹⁵ vom 26. Februar 1954 wurde die **Wehrhoheit des Bundes** etabliert und mit Abschluss der **Pariser Verträge am 5. Mai 1955** sowie dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erlangte die Bundesrepublik ihre – zunächst eingeschränkte – Souveränität zurück. Damit wurde der Weg für die eigentliche Aufstellung der Streitkräfte¹⁶ eröffnet. Bundespräsident Theodor Heuss ernannte die ersten Soldaten am 10. Oktober 1955 und schon **am 12. November 1955**¹⁷ wurden **die ersten 101 Freiwilligen**, von künftigen Unteroffizieren bis hin zu Generälen, in einer schmucklosen Fahrzeughalle der Bonner Ermeikeilkaserne durch den Bundesminister für Verteidigung Theodor Blank vereidigt.¹⁸ **Mit dem Soldatengesetz von 6. März 1956 erhielt die Armee ihren Namen Bundeswehr.**¹⁹ Die am gleichen Tag verabschiedete **Wehrverfassung erhielt eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag** trotz Widerstände der SPD²⁰.

-
- 15 „Der Bundestag verabschiedet mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit der Regierungsparteien (CDU/CSU, FDP, DP, GB/ BHE) die 1. Wehrgänzung (Art. 73 GG). Sie tritt am 26. März 1954 in Kraft und begründet die Wehrhoheit des Bundes, indem sie ihm die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz in Verteidigungs-, Wehrpflicht- sowie Zivilschutzangelegenheiten einräumt. Damit ist klargestellt, dass Deutschland- und EVG-Vertrag (später die Pariser Verträge) mit dem Grundgesetz übereinstimmen (eingefügter Art. 142a GG)“, vgl. *Deutschland-Chronik*, Kapitel 7.3. BRD und DDR: Wiederaufrüstung und Sicherheitspolitik, 26. Februar 1954, Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 22. Oktober 2020 unter <https://www.bpb.de/ge-schichte/zeitgeschichte/deutschland-chronik/131331/26-februar-1954>
- 16 Der Bundesgrenzschutz (BGS), heute Bundespolizei, wurde schon 1951 zum Schutz der innerdeutschen Grenzen als paramilitärische Bundespolizei gegründet. Ein Großteil des BGS wurde 1956 in die neugegründete Bundeswehr überführt.
- 17 Der 12. November wurde gewählt, weil er den 200. Geburtstag von Gerhard von Scharnhorst, dem Reformier der preußischen Streitkräfte während der napoleonischen Befreiungskriege, markierte. Es ist der offizielle Gründungstag der Bundeswehr.
- 18 *Die ersten Bundeswehrsoldaten werden vereidigt*, Martin Falbisoner, Konrad-Adenauer-Stiftung, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/gruendung-der-bundeswehr>
- 19 Ja zur Wehrverfassung und zum Soldatengesetz, Kalenderblatt, Deutscher Bundestag, KW 8, 2016, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw08-kalenderblatt-wehrverfassung-410404>
- 20 Ja zur Wehrverfassung und zum Soldatengesetz, Kalenderblatt, Deutscher Bundestag, KW 8, 2016, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw08-kalenderblatt-wehrverfassung-410404>



„Mit diesem Flugblatt richtet sich 1952 die Regierung von Bundeskanzler Konrad Adenauer an die bundesdeutsche Bevölkerung und wirbt für die Unterstützung des Deutschlandvertrages. Der 1952 unterzeichnete Vertrag tritt mit der Anerkennung durch die Franzosen anhand der sogenannten Pariser Verträge am 5. Mai 1955 in Kraft. Das Besatzungsstatut wird damit aufgehoben und die Bundesrepublik erlangt ihre Souveränität zurück.“²¹

21 *Flugblatt: An Alle Deutschen!*, Deutsche Bundesregierung, Bonn, 1952, Lebendiges Museum Online, Haus der Geschichte, 11. November 2017, EB-Nr. 1993/11/0913 abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-bundeswehr-freiwillige.html>

Die Bundeswehr wurde vom Tag ihrer Gründung an als Parlamentsarmee verankert: **Das Parlament übt die Kontrolle über die Streitkräfte durch sein Budgetrecht (Art. 87a GG) und den Verteidigungsausschuss (Art. 45a GG) aus.** Der Verteidigungsausschuss hat außerdem die Rechte eines Untersuchungsausschusses. Ergänzt wurde die parlamentarische Kontrolle durch die **Einführung des Amtes des Wehrbeauftragten (Artikel 45b)**, der den Schutz der Grundrechte gewährleisten soll.

Bis zum 1. August 1955 hatten sich zwar 150.000 Bürger freiwillig – nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Gründen – zur Bundeswehr gemeldet²². Fünf Jahre zuvor jedoch lag das Land immer noch in Trümmern des Weltkrieges, und es herrschte in der westdeutschen Bevölkerung eine starke Abneigung gegen die Wiederbewaffnung beziehungsweise gegen den Soldatenberuf, wie dieser Auszug aus einem Artikel des *Spiegels* es zeigt:

„Als Meinungsforscher des Bielefelder Emnid-Instituts im Januar 1950 wissen wollten, **ob es die Westdeutschen ‚für richtig‘ hielten, ‚wieder Soldat zu werden oder dass Ihr Sohn oder Mann Soldat wird‘, antworteten 74,6 Prozent der Befragten mit ‚Nein‘.** Nur 6,9 Prozent votierten uneingeschränkt mit ‚Ja‘. Lediglich 11 Prozent erklärten sich ‚unter bestimmten Voraussetzungen‘ zum Dienst an der Waffe bereit.“²³

Gleichzeitig war sowohl im Staatsapparat²⁴ als auch in der neugegründeten Bundeswehr der **Bruch mit dem NS-Regime *de facto* noch nicht vollständig vollzogen.** In den ersten Jahrzehnten bestand die Bundeswehr-Führung weitestgehend aus Wehrmachtveteranen sowie einigen ehemaligen SS-Angehörigen²⁵. **Von den 38 Generälen, die wiederverwendet wurden, hatten 31 bereits im Generalstab der Wehrmacht gedient, weiterhin wurden 13.438 Offiziere und bis zu 30.000 Unteroffiziere der Wehrmacht wiedereingestellt.**²⁶

22 *Geschichte der Bundeswehr, die Zeit von 1945 bis 1962*, Ingo Neumayer, Planet Wissen, ARD, abgerufen am 22. Oktober 2020 unter https://www.planet-wissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/die_geschichte_der_bundeswehr/index.html

23 *Lieber tot als Soldat*, Gunther Latsch, Der Spiegel Spezial, 21. Februar 2006, abgerufen am 22. September 2020 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-45964831.html>

24 Hans Globke, der Chef des Bundeskanzleramts unter Bundeskanzler Konrad Adenauer von 1953 und 1963 war beispielsweise Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze und verantwortlicher Ministerialbeamter für die jüdenfeindliche Namensänderungsverordnung in der Zeit des Nationalsozialismus.

25 Der 1956 eingesetzte Bundespersonalausschuss beschloss, dass ehemalige Soldaten der Waffen-SS bis zum Dienstgrad eines Obersturmbannführers – d.h. eines Oberstleutnants nach heutiger Dienstgradverordnung – mit ihrem alten Dienstgrad in die Bundeswehr aufgenommen werden konnten.

26 *Die Bundeswehr, das Verteidigungsministerium und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Systemkonflikt*, Jörg Echternkamp, 1. Juni 2015, Auftrag Forschung, zeitgeschichte online, abgerufen am 22. Oktober 2020 unter <https://zeitgeschichte-online.de/themen/auftrag-forschung>

Die Hürde zur Wiedereinstellung war dabei niedrig: Es genügte, dass der künftige Soldat die „Gewissensentscheidung des 20. Juli 1944 anerkennen“ musste.²⁷



Die Bundeswehr ist zunächst eine Freiwilligenarmee.
Rekrutierungsplakat (1950er Jahre).

Quelle: Lebendiges Museum Online, Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn.²⁸

27 Personalgutachterausschuß für die Streitkräfte, Deutscher Bundestag, 6. Dezember 1957, 3. Wahlperiode, Drucksache 109, Bonn, S. 11-12 abgerufen am 22. Oktober 2020 unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/03/001/0300109.pdf>

28 Bildzitat: *Aufbau der Bundeswehr*, Rekrutierungsplakat (Ende der 1950er Jahre), Lebendiges Museum Online, Haus der Geschichte, 11. November 2017, EB-Nr. 1989/1/185 abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-bundeswehr-freiwillige.html>

Bei vielen westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern stößt die Wiederbewaffnung so kurz nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich auf heftige Kritik, die vom **Haus der Geschichte der Bundesrepublik** in Bonn in einem Beitrag wie folgt zusammengefasst wird:

„Aus Protest gegen die von Bundeskanzler Konrad Adenauer angestrebte Wiederbewaffnung tritt Innenminister Gustav Heinemann im Oktober 1950 zurück. Er gehört zur außerparlamentarischen **Paulskirchenbewegung**. Diese verabschiedet am 29. Januar 1955 in Frankfurt das ‚Deutsche Manifest‘ gegen die Pariser Verträge. Die Regierung hält an der Wiederbewaffnung fest und verspricht Sicherheit vor kommunistischer Bedrohung. Damit trifft sie auch die Wünsche der Bevölkerungsmehrheit.“²⁹

Der *Spiegel* stellte in einer historischen Retrospektive (1993) sogar fest: „Die zügige Remilitarisierung stürzte die junge Westrepublik in eine innere Zerreißprobe.“³⁰

Eine der populären Antikriegsparole nach 1945 lautete „**Nie wieder Krieg**“ und wurde zur Losung der pazifistischen „**Ohne mich**“-**Bewegung**. Die Antikriegs- und Friedensbewegung wurde in den darauffolgenden Jahren stets stärker: Im Mai 1949 konstituierte sich in Bonn das **Vorbereitende Komitee der Friedensbewegung** und konnte sich einer breiten Unterstützung in der Gesellschaft freuen:

„Bei einer Emnid-Umfrage Anfang 1950 lehnten es 74,6 Prozent der Befragten ab, Soldat zu werden oder ihre nächsten Verwandten Soldaten werden zu lassen. An den Universitäten in Stuttgart, München und Erlangen sagten 90 bis 96 Prozent der Studenten nein zur Aufrüstung. »Der Antimilitarismus«, erklärte Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid (SPD), ‚ist die eigentliche Weltanschauung der deutschen Jugend nach dem Krieg geworden.‘“³¹

29 *Streit um die Wiederbewaffnung*, Lebendiges Museum Online, Haus der Geschichte, 11. Januar 2017, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-westen/streit-um-die-wiederbewaffnung.html>

30 »Das Wesen der Republik verändert«, Der Spiegel, 25. April 1993, abgerufen am 26. September 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/das-wesen-der-republik-veraendert-a-c56b45b1-0002-0001-0000-000013680450>

31 »Das Wesen der Republik verändert«, Der Spiegel, 25. April 1993, abgerufen am 26. September 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/das-wesen-der-republik-veraendert-a-c56b45b1-0002-0001-0000-000013680450>

Auch die Gewerkschaften positionierten sich klar gegen die Wiederbewaffnung, wie der *Spiegel* berichtete:

„Vor allem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der zuvor Adenauer grundsätzlich unterstützt hatte, machte ab 1954 gegen die Regierungspläne mobil. Auf dem dritten DGB-Bundeskongress in Frankfurt am Main lehnten die Delegierten die Wiederbewaffnung mit überwältigender Mehrheit ab.“³²



Die Wiederbewaffnung von Bundeskanzler Konrad Adenauer ist in der Bevölkerung zunächst nicht Mehrheitsfähig. Abbildung: SPD-Wahlplakat (Ende der 1950er Jahre).
Quelle: Lebendiges Museum Online, Haus der Geschichte Bonn.³³

32 *Lieber tot als Soldat*, Gunther Latsch, Der Spiegel Spezial, 21. Februar 2006, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-45964831.html>

33 Bildzitat: *Deutsche gegen Deutsche?*, SPD-Wahlplakat (Ende der 1950er Jahre), Lebendiges Museum Online, Haus der Geschichte, 11. Januar 2017, EB-Nr. 1994/04/0365 abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-bundeswehr-freiwillige.html>

Die Stimmung in der Bevölkerung änderte sich jedoch graduell aber spürbar zugunsten der Wiederbewaffnung, wie der *Spiegel* in einem Artikel von Juli 1956 feststellte:

„Im Januar 1956 glaubten 41 Prozent der Bevölkerung, es sei gut, daß der Aufbau einer Armee begonnen habe, 35 Prozent übten Kritik. Im Herbst 1954 stimmten 45 Prozent für den Aufbau einer selbständigen deutschen Armee und 38 Prozent dagegen.“³⁴

4. Einführung der Wehrpflicht

Das Grundgesetz von 1949 traf noch keine Aussage zur Wehrpflicht, sondern verbot nur den Zwang zum Dienst an der Waffe. **Die allgemeine Wehrpflicht wurde** mit dem Inkrafttreten des Wehrpflichtgesetzes (WPfG) vom 21. Juli **1956 eingeführt**. Am 1. April 1957 fand die erste Einberufung aufgrund dieses Gesetzes statt.

Im Rahmen der Wiederbewaffnung war die Einführung einer Wehrpflicht in der Zivilgesellschaft höchst umstritten. Die Maßnahme fand naturgemäß besonders unter den Wehrpflichtigen *in spe* keinen Anklang. **Kurz vor der Einführung der Wehrpflicht im Jahr 1956 befürwortete nicht einmal einer von zehn jungen Männern zwischen 16 und 29 Jahren ohne Vorbehalte den Aufbau militärischer Verbände mittels einer allgemeinen Wehrpflicht.** Der *Spiegel* stellte dazu fest: „Während also über die Hälfte der männlichen Befragten zwischen 18 und 29 Jahren eine Berufsarmee befürwortet, äußerten sich die meisten von denen, die es nichts mehr angeht, die Leute über 60 vor allem, entschieden für die Allgemeine Wehrpflicht“.³⁵

Zwar **verbot das Grundgesetz von Anfang an in Art. 4 Abs. 3 GG den Zwang zum Dienst an der Waffe**, doch die Möglichkeit der **Kriegsdienstverweigerung** beziehungsweise der Ableistung eines **Ersatzdienstes** wurde **erst im Jahr 1968** im Art. 12a Abs. 2 GG verankert.³⁶

34 *Wozu dient eine Bundeswehr*, Der Spiegel, 17. Juli 1956, abgerufen am 27. September 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/wozu-dient-eine-bundeswehr-a-898e5294-0002-0001-0000-000043062762>

35 *Wozu dient eine Bundeswehr*, Der Spiegel, 17. Juli 1956, abgerufen am 27. September 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/wozu-dient-eine-bundeswehr-a-898e5294-0002-0001-0000-000043062762>

36 *70 Jahre GG – die Wehrpflicht aus Art. 12a GG*, Marcel Schneider, LTO, 11. Mai 2021, abgerufen am 28. September 2021 unter <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/70-jahre-gg-wehrpflicht-12a-allgemeine-dienstpflicht-fuer-alle/>

Artikel 12a Grundgesetz³⁷

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.

5. Friedensbewegung, Antimilitarismus und Kriegsdienstverweigerung

5.1. Friedensproteste und Antimilitarismus

Das **Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland** fasst die **Ende der 1950er Jahre** stattfindende politische Auseinandersetzung um die Wieder- bzw. Atombewaffnung wie folgt zusammen:

„Der Bundestagswahlkampf 1957 ist geprägt vom Streit um die Atombewaffnung: Die Bundesregierung will sich an der atomaren Bewaffnung der NATO beteiligen. Nach dem Willen von Verteidigungsminister Strauß soll die Bundeswehr Trägersysteme für amerikanische Nuklearsprengköpfe erhalten.

Dagegen protestiert eine Gruppe angesehener deutscher Atomphysiker, darunter die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg. Im **"Göttinger Manifest"** vom 12. April 1957 fordern sie den Verzicht der Bundesrepublik "auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art". Eine von der SPD, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und pazifistischen Gruppen im März 1958 angeregte Kampagne **"Kampf dem Atomtod"** führt in den darauffolgenden Wochen zu großen Demonstrationen. Eine der Leitfiguren des Protestes ist der Evangelische **Kirchentagspräsident Martin Niemöller**.

37 *Artikel 12a*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, abgerufen am 28. September 2021 unter https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_12a.html

Auch im Bundestag kommt es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition. **Ende März 1958 beschließt der Bundestag, die Bundeswehr mit Trägersystemen für Nuklearwaffen auszurüsten.**^{38 39}

Die Friedensbewegung erlebte einen ersten Mobilisierungshöhepunkt mit den Ostermärschen. **Der erste Marsch fand am Karfreitag 1960 statt.**⁴⁰ Bis Ende der 1960er Jahre verloren die Ostermärsche jedoch nach und nach wieder an Bedeutung.

Wenige Jahre später, Ende der 1970er, konnte die Friedensbewegung jedoch wieder gegen den sogenannten „**Rüstungswetlauf der Supermächte**“ mobilisieren. Den Ablauf kann einem Artikel der „Haus der Geschichte“ entnommen werden:

„Mitte der 1970er Jahre ersetzt die Sowjetunion ihre auf Westeuropa gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen durch moderne SS-20-Raketen mit größerer Sprengkraft. Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt sieht dadurch das strategische Gleichgewicht in Europa in Gefahr. In seiner vielbeachteten Rede im Londoner *International Institute for Strategic Studies* fordert Schmidt 1977 die NATO zu Gegenmaßnahmen auf, um das qualitative und quantitative Übergewicht der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenraketen auszugleichen. Mit dieser Zielsetzung verabschieden die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel den NATO-Doppelbeschluss.

Der Beschluss sieht Verhandlungen mit der UdSSR über den Abbau der Mittelstreckenraketen vor. Bei einem Scheitern der Gespräche wollen die USA aber nach vier Jahren - also Ende 1983 - ebenfalls atomare Mittelstreckenraketen in Europa stationieren. Der NATO-Doppelbeschluss führt in vielen westeuropäischen Ländern zu einem Erstarren der Friedensbewegung, die gegen die Nachrüstung Stellung bezieht. In der Bundesrepublik kann sie Hunderttausende Bürger mobilisieren. Der Friedensbewegung schließen sich auch Teile der SPD an. Schließlich

38 Hervorhebungen durch den Verfasser.

39 *Streit um die Wiederbewaffnung*, Lebendiges Museum Online, Haus der Geschichte, 11. Januar 2017, abgerufen am 2. Oktober 2021 unter <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-wes-ten/streit-um-die-wiederbewaffnung.html>

40 *Tagelang unterwegs: Der erste deutsche Ostermarsch*, 6. April 2021, NDR, abgerufen am 2. Oktober 2021 unter <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Vom-ersten-deutschen-Ostermarsch-zur-Friedensbewegung,oster-marsch2.html>

kann sich Bundeskanzler Schmidt seiner eigenen Partei nicht mehr sicher sein.

Am 30. November 1981 beginnen in Genf die Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR. Bis November 1983 bleiben sie jedoch ergebnislos. Der Deutsche Bundestag stimmt deshalb am 22. November 1983 mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu. Noch während der zweitägigen Debatte protestieren Anhänger der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung. Einen Tag nach dem Beschluss des Bundestages bricht die Sowjetunion die Genfer Gespräche ab.⁴¹

Die Proteste erlebten ihren Höhepunkt Anfang der 1980er Jahren mit dem Krefelder Appell⁴² und drei **Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten** als Reaktion auf den sogenannten **NATO-Doppelbeschluss**.⁴³ Die erste dieser Großdemonstration am 10. Oktober 1981 stand unter dem Motto *Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen* und konnte ca. 300.000 Teilnehmer mobilisieren. Die letzte Großdemonstration gab es 1983.⁴⁴

-
- 41 *Wettrüsten*, Andreas Grau und Regina Haunhorst, 5. Mai 1983, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-krise management/konfrontation-und-annaeherung/wettruerten.html>
- 42 *Vor 40 Jahren: Der „Krefelder Appell“*, Magnus Koch, 21. November 2020, Bundeskanzler Helmut Schmidt Stiftung, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.helmut-schmidt.de/aktuelles/nachrichten/detail/artikel/vor-40-jahren-der-krefelder-appell-1/>
- 43 *Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister der NATO über den bedingten Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen* ("NATO-Doppelbeschluß") vom 12. Dezember 1979, in: documentArchiv.de [Hrsg.], abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <http://www.documentarchiv.de/in/natodb.html>
- 44 *„Für den Frieden!“*, Friedrich-Ebert-Stiftung, undatiert, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.fes.de/adsd50/hofgarten-demo>

Der Bundestag, in dem seit dem Erfolg des konstruktiven Misstrauensvotums gegen Helmut Schmidt und dem Regierungswechsel im Oktober 1982 eine Koalition aus CDU/CSU und FDP die Mehrheit hatte, stimmte am 22. November 1983 der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu.^{45 46}

5.2. Ratlose politische Reaktion auf die 1968er

Eine zielführende Reaktion der Bundesregierung auf die Herausforderungen der 1968er und der Abneigung der Jugend gegen das Militärische erwies sich als schwierig: Einerseits versuchte man, den Jugendlichen entgegenzukommen, damit die Abwehrreaktionen gegen den Wehrdienst nicht in offene, unkontrollierte Proteste ausarten, andererseits musste der Apparat am Laufen gehalten werden. Als Symbol für die politische Ratlosigkeit dieser Zeit gilt der gut gemeinte, aber letztlich nicht sinnvolle und nicht durchsetzungsfähige **Haarnetz-Erlass** des seinerzeitigen **Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt** vom 8. Februar 1971.

45 In: *Historische Debatten (9): Nato-Doppelbeschluss*, 14. August 2017, Deutscher Bundestag, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/natodoppelbeschluss-200098> siehe auch: *Vor 35 Jahren: Bundestag bestätigt Entscheidung zum NATO-Doppelbeschluss*, 21. November 2018, Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/280816/nato-doppelbeschluss>

46 „Beendet wurde die Streitfrage um die amerikanischen und sowjetischen atomaren Mittelstreckenraketen erst durch die so genannte Doppel-Nulllösung von 1987: Der damalige US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow vereinbarten den Abbau aller nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa“ in *Historische Debatten (9): Nato-Doppelbeschluss*, 14. August 2017, Deutscher Bundestag, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/natodoppelbeschluss-200098>



Abbildung: Bundeswehr-Haarnetz aus dem Jahr 1971⁴⁷

„Das Ausland spottete über die „German Hair Force“, und der Wehrbeauftragte sorgte sich um einen Verfall der Sitten und der Disziplin. Hochrangige Bundeswehr-Offiziere beklagten: „Die Truppe ist schlampig und verdreckt“ – eine haarige Angelegenheit für den Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt. Mit dem Haarnetz-Erlass vom 5. Februar 1971 ging er auf zeittypische Moden ein und beabsichtigte, das Bild einer liberalen Armee zu vermitteln. Die lange Mähne galt für die 68er-Generation als unangepasst und progressiv. Doch ein Jahr später blies Schmidt zum Rückzug. Von den knapp 740.000 Haarnetzen, die die Bundeswehr beschafft hatte, um die Haarpracht der Soldaten zu bändigen, wurde der größte Teil eingemottet.“⁴⁸

47 Abbildung: Bundeswehr/Krämer in *Vor 50 Jahren - der liberale Haar- und Barterlass der Bundeswehr*, 8. Februar 2021, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/aktuelles/luftwaffe-der-liberale-haar-und-barterlass-der-bundeswehr-5033324>

48 German Hair Force – *Vor 50 Jahren: Der Haarnetz-Erlass der Bundeswehr sorgt für Empörung*, 30 Januar 2021, Bundeskanzler Helmut Schmidt Stiftung, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.helmut-schmidt.de/aktuelles/nachrichten/detail/artikel/german-hair-force/>

Die damalige Begründung des Ministeriums für den Rückzug aus dem 360.000 D-Mark teuren Experiment war pragmatisch: „Das Haarnetz hat infolge mangelnder Belüftung die bei langen Haaren festzustellende Verfettung und Verschmutzung noch verstärkt“.^{49 50}

5.3. Rechtsextremismus unter Soldaten in den 60er und 70er Jahren

Einem Artikel des *Spiegels* aus dem Jahr 1968 kann entnommen werden, dass Rechtsextremismus unter Soldaten prinzipiell auch damals als Problem erkannt wurde:

„Der ranghöchste deutsche Soldat, Generalinspekteur Ulrich de Maizière, ließ durchzählen – vom Verfassungsschutz. Das Ergebnis gab er selbst bekannt: ‚Weniger als ein halbes Prozent der Zeit- und Berufssoldaten sind Mitglieder der NPD⁵¹.‘ Das wären knapp 400.

NPD-Chef Adolf von Thadden kam freilich zu einem ganz anderen Ergebnis: ‚Ich veranschlage die Zahl der Mitglieder unserer Partei in der Bundeswehr auf rund 1500. Die Hälfte sind Unteroffiziere, etwa 250 sind Offiziere.‘⁵²

5.4. Zunehmende Verankerung der Bundeswehr im Staat in den 70er Jahren

Parallel zu den Antimilitarismus-Protesten der 70er Jahren verbessert sich die Stellung der „Institution Bundeswehr“ in Staat und Gesellschaft im Rahmen eines Generationswechsels. So schrieb der *Spiegel* in einem Artikel von 1975:

„Viele Jahre lang fühlten sich Westdeutschlands Staatsbürger in Uniform als Stiefkinder der Nation: unzulänglich ausgerüstet, von der Gesellschaft mit Mißtrauen beügt und sozial wenig angesehen, zudem politisch umstritten. Heute, 20 Jahre nach Einkleidung der ersten 101 Freiwilligen, ist die Bundeswehr salviert: Bei den Demokraten aller Couleur hat die Armee längst keine Feinde mehr, und in ihre Kasernen drängen mehr Wehrpflichtige und Freiwillige, als sie braucht.

49 *Kapitulation vor langen Haaren*, Benjamin Stahl, 1. Februar 2021, Das Parlament, Nr. 5-6, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter http://www.das-parlament.de/2021/5_6/kehrseite/819880-819880

50 *Vor 50 Jahren - der liberale Haar- und Barterlass der Bundeswehr*, 8. Februar 2021, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/aktuelles/luftwaffe-der-liberale-haar-und-barterlass-der-bundeswehr-5033324>

51 Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde 1964 gegründet.

52 *Braune Feldgraue*, 7. Januar 1968, Der Spiegel, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/braune-feldgraue-a-25a61985-0002-0001-0000-000045465458?context=issue>

(...) Während die Politologen Rudolf Wildenmann und Heribert Schatz noch 1967 eine erhebliche Anfälligkeit der Militärs für rechtsextreme Ideen feststellten, haben Meinungsforscher bei jüngsten Untersuchungen herausgefunden, daß rechts- wie linksextreme Parolen bei den Soldaten keine Resonanz mehr finden. Die Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren vor allem im Korps der Unterführer erheblich an Sympathien gewonnen. In der Aufbauzeit der Bundeswehr galten Offiziere und Unteroffiziere gleichermaßen in ihrer großen Mehrheit als CDU-Wähler. Eine Untersuchung des Godesberger Infas-Instituts vom Herbst vergangenen Jahres [1974, *A.d.R.*] revidierte dieses Bild: Laut Infas bekannten sich 41 Prozent der Unteroffiziers-Bewerber zur SPD, 28 Prozent zur CDU/CSU und elf Prozent zur FDP. (...) Laut Infas entschieden sich die Offiziers-Bewerber des Jahres 1974 zu 40 Prozent für die CDU/CSU, nur zu 27 Prozent für die SPD, aber zu 16 Prozent für die FDP. (...)

Noch immer stellt eine überwiegend konservative Gesellschaftsschicht fast die Hälfte des Führungspersonals: 1970 kamen 40 Prozent der Offiziere aus Beamten- und Soldatenfamilien.

Inzwischen gerät jedoch auch diese Tradition ins Wanken: 1973 hatten bereits 34,2 Prozent der Leutnants Angestellte zu Vätern, nur 32,4 Prozent stammten von Beamten ab. Auch der Arbeiter-Anteil stieg von 1962 bis 1973, wenn auch langsamer, von zwölf auf 17,4 Prozent. (...)

Mit 20 Jahren ist die Bundeswehr inzwischen älter, als Reichswehr und Hitler-Wehrmacht mit je zwölf Jahren geworden sind. Die meisten ihrer Offiziere und Unteroffiziere sind als Bürger der Bundesrepublik groß geworden und frei von Erinnerungen an Diktatur und verlorenen Krieg. (...) Zwei Generale kommen bereits aus dem Jahrgang 1928, der den Krieg höchstens noch als Flakhelfer oder im Volkssturm mitgemacht hat. Bei den Obristen ist schon jeder zehnte zwischen 1928 und 1937 geboren.“⁵³

5.5. Frühere Skandale

Schon kurz nach der Wiederbewaffnung wurde das Ansehen der Bundeswehr beziehungsweise des Bundesministeriums der Verteidigung wegen Beschaffungs- und Korruptionsskandalen in Mitleidenschaft gezogen. Allen voran sind die Skandale um den Schützenpanzer **Hispano Suiza HS-30** und die sogenannte „**Starfighter-Affäre**“ zu nennen.

53 Bundeswehr: Armee von Arbeitnehmern, 30. November 1975, abgerufen am 15. November 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/bundeswehr-armee-von-arbeitnehmern-a-a2816068-0002-0001-0000-000041392700>

Beim **HS-30-Skandal** handelt es sich um Vorwürfe der Schmiergeldzahlungen an CDU-nahe Personen zwecks **Finanzierung des Bundestagswahlkampfes 1957**. Die Schmiergeldzahlungen erfolgten im Rahmen der 1956 beschlossenen Beschaffung von 10.680 Schützenpanzern, wobei die Bundeswehr letztendlich nur 2.176 Einheiten zwischen 1959 und 1962 erhielt. **Der HS-30 erlang nie zufriedenstellende Einsatzreife** und wurde daher schon 1971 durch den sich bis heute im Dienst befindlichen Schützenpanzer Rheinmetall Marder abgelöst.⁵⁴

Die Auswirkung des Skandals auf die Reputation von Bundeswehr und Politik in der Gesellschaft kann man einem Artikel **Rudolf Augsteins im Spiegel** Nr.44/1966 entnehmen: „**HS 30 – oder wie man einen Staat ruiniert**“.⁵⁵

Bei der sogenannten „**Starfighter-Affäre**“ handelt es sich zunächst um einen **Korruptionsskandal im Rahmen der Beschaffung der Lockheed F-104G Starfighter aus amerikanischer Produktion im Oktober 1958**. Verteidigungsminister **Franz Josef Strauß** (CSU) und seiner Partei wurde 1961 vorgeworfen, mehrere Millionen D-Mark im Gegenzug für das Geschäft erhalten zu haben. Diese Vorwürfe konnte jedoch nie restlos geklärt bzw. nachgewiesen werden.⁵⁶ **Andererseits wurde die Beschaffungsmaßnahme auch aufgrund der zahlreichen und nie vollständig gelösten technischen Probleme⁵⁷ des Flugzeuges kritisiert**, zumal die technisch eindeutig bessere und für den Auftrag⁵⁸ der Luftwaffe besser geeignete Dassault Mirage III aus französischer Produktion verfügbar war.

Die Indienststellung erfolgte 1961. Der letzte Starfighter wurde 1991 ausgemustert. **Von den 916 Maschinen der Luftwaffe stürzten 292 ab. 116 Piloten starben. Es brachte dem Flugzeug in den deutschen Medien die Spitznamen „Witwenmacher, Erdnagel oder Sargfighter“**.⁵⁹

54 *HS-30-Skandal*, Wikipedia, abgerufen am 10 Oktober 2021 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/HS-30-Skandal> ; HS 30, Wikipedia, abgerufen am 10 Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/HS_30

55 *HS 30 – oder wie man einen Staat ruiniert*, Rudolf Augstein, Der Spiegel, 23. Oktober 1966, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/hs-30-oder-wie-man-einen-staat-ruiniert-a-a93a7879-0002-0001-0000-000046414788>

56 *Starfighter-Skandal – Krumme Summe*, Der Spiegel, 13. Juni 1976, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/krumme-summe-a-e91b421b-0002-0001-0000-000041170741>

57 *Ein gewisses Flattern*, der Spiegel, 23. Januar 1966, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/ein-gewisses-flattern-a-4aae3cdd-0002-0001-0000-000038223909?context=issue>

58 Abfangjagd und Mehrzweckkampf.

59 *50 Jahre Starfighter-Kauf – Witwenmacher mit Stummelflügel*, Thomas Thiel, 15. März 2009, Der Spiegel, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/geschichte/50-jahre-starfighter-kauf-a-948207.html>

5.6. Unbefriedigende Zustände in den Kasernen in den 70er und 80er

In den 1970er und 1980er Jahren war das Soldatenleben für viele Wehrdienstleistenden nicht zufriedenstellend. Der *Spiegel* beschrieb solche Zustände in einem Artikel aus dem Jahr 1979 wie folgt und fragte, ob **die Bundeswehr** die „**Saufschule der Nation**“ sei:

„Bundeswehr die ‚Saufschule der Nation‘?

Gammeldienst, gesellschaftliche Isolation und der Frust des Kasernenalltags lassen immer mehr Wehrpflichtige, Zeit- und Berufssoldaten zur Flasche greifen. Im Rausch werden Untergebene mißhandelt, Vorgesetzte angegriffen und Befehle verweigert. Bundeswehrmediziner registrieren pro Jahr 700 Trunksüchtige und 1000 Selbstmordversuche unter Alkohol.

(...)

Vor allem ‚Verdienstaustausch‘ (76 Prozent), die ‚Entfernung von der Heimat‘ (59 Prozent), der ‚militärische Befehlston‘ (53 Prozent) und die ‚fehlende Privatsphäre‘ (46 Prozent) nannten Wehrpflichtige bei Umfragen als ‚störende Momente am Wehrdienst‘.

Von 1013 Rekruten, die das Münchner Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr befragte, erlebte über die Hälfte die Dienstzeit als ‚mehr oder weniger sinnlos‘. Auf die Bitte, in Stichworten aufzuschreiben, ‚was sie bei der Bundeswehr gelernt haben‘, antworteten 80,6 Prozent der ‚Sinnlos‘-Dienenden: ‚Gammeln und Trinken.‘⁶⁰

5.7. NATO-Soldaten gegen Atom-Raketen

Unter dem Motto „**NATO-Soldaten gegen Atom-Raketen**“ beteiligten sich bemerkenswerterweise **Bundeswehrosoldaten in Uniform** an den Friedensprotesten in den Jahren 1981-1983.⁶¹

60 *Bundeswehr die „Saufschule der Nation“?*, Der Spiegel, 24. Juni 1979, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/bundeswehr-saufschule-der-nation-a-243c96ff-0002-0001-0000-000040349455>

61 Vgl. *Nato-Soldaten gegen Atom-Raketen – Proteste gegen die Nachrüstung anlässlich des Staatsbesuchs von US-Präsident Ronald Reagan in Bonn*, Sven Simon, Aufnahme datum 10. Oktober 1981, Imago, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.imago-images.de/st/0052224138> und *Bündnis NATO-Soldaten gegen Atom-Raketen - anlässlich einer Friedensdemo gegen Pershing 2 in Bonn*, Sven Simon, Aufnahme datum 22. Oktober 1983, Imago, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.imago-images.de/fotos-bilder/demo-1983-bonn>

Wenngleich die Anzahl der Beteiligten sehr klein war, handelte sich um einen eindeutigen Tabubruch, denn Artikel 15 des Soldatengesetzes⁶² (SG) bestimmt unter Punkt „Politische Betätigung“ ausdrücklich: „Im Dienst darf sich der Soldat nicht zu Gunsten oder zu Ungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen.“ Absatz 3 bestimmt darüber hinaus: „Der Soldat darf bei politischen Veranstaltungen keine Uniform tragen.“⁶³

5.8. Kriegsdienstverweigerung

Das jeweils aktuelle verteidigungspolitische Klima und die sozialpolitische Präsenz der Friedensbewegung hatten eine direkte Auswirkung auf die Zahl der Kriegsdienstverweigerer, die tendenziell stetig wuchs: während bis **1967 unter 5.000 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung pro Jahr** gestellt wurden, wurden im Jahr **1989 über 77.000 Anträge** gestellt.⁶⁴

Im wiedervereinigten Deutschland wurden im **Jahr 1991** – während des Zweiten Golfkriegs – **über 150.000 Anträge** gestellt und somit doppelt so viele wie im Vorjahr.

In der Zeit **vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2012 wurden schon fast 1,8 Millionen Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt**. Davon waren fast 32.000 Anträge von Soldaten.⁶⁵

62 *Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten* (Kurzform: Soldatengesetz, SG), abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.gesetze-im-internet.de/sg/>

63 Im Rahmen der für die Recherche für diese Dokumentation gegebenen Zeit ließ sich zu etwaigen juristischen Konsequenzen für die Teilnehmer nichts ermitteln. Das Bundesverwaltungsgericht entschied jedoch im Jahre 1982, dass Soldaten auch in Uniform demonstrieren dürfen, wenn an berufsständischen Veranstaltungen in Uniform teilgenommen wird. Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 8. Dezember 1982, Aktenzeichen BVerwG 1 WB 62/81, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://research.wolterskluwer-online.de/document/4a79ce69-38ae-45fa-8d01-7482ef11540b>

64 „Eine sprunghafte Steigerung der KDV-Anträge bringt das Jahr 1977, als es kurzzeitig möglich ist, sich per Postkarte vom Wehrdienst abzumelden: fast 70 000 Postkarten-Anträge gehen ein. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Postkarten-Novelle für nichtig erklärt hat, fallen die Antragszahlen 1978 auf das Niveau von 1976 zurück, wachsen von da an aber weiter an.“ in: *50 Jahre Bundeswehr*, Bernhard Fleckenstein, 18. Mai 2005, Aus Politik und Zeitgeschichte 21-2005, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.bpb.de/apuz/29038/50-jahre-bundeswehr>

65 *Anerkennungspraxis des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben im Hinblick auf Kriegsdienstverweigerungsanträge von Soldatinnen und Soldaten*, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion *Die Linke*, 6. März 2013, Drucksache 17/12352, S. 1, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://dserver.bundestag.de/btd/17/126/1712632.pdf>

6. Armee der Einheit

6.1. Gründung der NVA

Die Nationale Volksarmee der DDR wurde **offiziell am 1. März 1956** gegründet, allerdings reicht die verdeckte Wiederbewaffnung bis in die 1950er Jahre hinein, so dass die NVA bei ihrer Gründung die schon vorher gegründete Kasernierte Volkspolizei (KVP) übernahm. **Am 24. Januar 1962 erfolgte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.** Bis 1962 erreichte die NVA 85.000 Mann, Ende 1989 umfasste sie 173.000 Soldaten.⁶⁶ **1964 schuf der Nationale Verteidigungsrat die Möglichkeit eines waffenlosen Militärdienstes als sogenannter Bausoldat.** Wer diesen Dienst wählte, hatte unter ständigen Schikanen zu leiden. Eine Totalverweigerung war gesetzwidrig und wurde entsprechend hart bestraft. Der Grundwehrdienst war im Alter von 18 bis 26 Jahren für 18 Monate abzuleisten. Er wurde mit dem obligatorischen **Wehrkundeunterricht an den Schulen** vorbereitet und setzte sich in Form von Reservisteneinsätzen zum Teil noch viele Jahre nach dem aktiven Wehrdienst fort. Bis zu einem Alter von 50 Jahren konnte man insgesamt weitere 24 Monate einberufen werden. Eine Laufbahn als Berufsunteroffizier dauerte zehn Jahre, als Fähnrich 15 und als Berufsoffizier 25 Jahre.⁶⁷ Die sogenannte „**ständige Gefechtsbereitschaft**“ als Normalzustand zwang 85 Prozent der Soldaten, permanent in den Kasernen zu bleiben.⁶⁸

6.2. Auflösung der NVA

Das Bonner Haus der Geschichte beschrieb diese in der Geschichte einmalige Situation anlässlich einer Ausstellung zum Thema zwischen 2016 Juli und Februar 2017 wie folgt: „Beim Militär gibt es für fast alles eine Vorschrift – doch was passiert, wenn eine Armee ehemals gegnerische Streitkräfte zusammenführen soll? Die deutsche Wiedervereinigung löst 1989/90 diesen historisch einmaligen Vorgang aus.“⁶⁹

- Am 31. August 1990 wird der **Einigungsvertrag** unterschrieben.

66 *Das deutsche Militärwesen (8) - Deutsche Demokratische Republik 1949 – 1990*, Virtuelle Ausstellung, Bundesarchiv, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/Das-Deutsche-Militaerwesen-8-Deutsche-Demokratische-Republik-1949-1990/das-deutsche-militaerwesen-8-deutsche-demokratische-republik-1949-1990.html>

67 *NVA: Von der Freiwilligen-Armee zur Gesamtstreitkraft*, (wörtliches Zitat), 1. März 2021, NDR, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/NVA-Die-Geschichte-der-Nationalen-Volksarmee-in-der-DDR.nationalevolksarmee102.html>

68 *Die Nationale Volksarmee der DDR – Streitkräfte im Dienste der SED*, Rüdiger Wenzke, 31. März 2016, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr>

69 *Ab Morgen Kameraden!* – Ausstellung im Haus der Geschichte Bonn, 6. Juli 2016 – 12. Februar 2017 abgerufen am 6. Oktober 2021 unter https://www.hdg.de/fileadmin/bilder/01-Bonn/Ausstellungen/Plakat_BUND_HdG_mit-Rahmen.jpg

- Am 9. September 1990 begannen die ersten 280 Offiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) einen Lehrgang an der Offiziersschule der Luftwaffe (OSLw) in Fürstenfeldbruck. Die Episode der deutsch-deutschen Wiederannäherung ist in dem Artikel „Hans, das ist unsere Demokratie“ des *Spiegels* überliefert.⁷⁰
- Am 12. September 1990 wird der **Zwei-plus-Vier-Vertrag** unterschrieben. Gemäß diesem Vertrag musste die vereinigte Bundeswehr auf **maximal 370.000 Mann** abgerüstet werden.
- Die Vorstellung des DDR-Verteidigungsministers Rainer Eppelmann (CDU), die NVA für eine Übergangsphase neben der Bundeswehr bestehen zu lassen, scheitert am Nein aus Bonn. „**Ein Staat - eine Armee**“, hält ihm sein West-Kollege **Stoltenberg** entgegen.⁷¹
- **Am 2. Oktober 1990 endet mit einem einfachen Fahnenappell die Geschichte der NVA.**⁷²
- Umfasste die NVA am Ende des Jahres 1989 noch circa 168.000 Soldaten, waren es zum 3. Oktober 1990 nur noch 90.000 Soldaten sowie rund 39.000 Wehrdienstleistende und etwa 48.000 zivile Beschäftigte. Grund dafür waren Proteste der Soldaten ab Dezember 1989, welche zu wesentlichen Verbesserungen führten: Die ständige Gefechtsbereitschaft wurde abgeschafft, die Fünf-Tage-Woche eingeführt, die Wehrpflicht auf zwölf Monate und der Wehrdienst von drei auf zwei Jahre reduziert.⁷³
- Am 3. Oktober 1990, am Tag der Wiedervereinigung, werden zunächst rund 90.000 NVA-Soldaten und 47.000 Zivilangestellte der NVA in die Bundeswehr eingegliedert. Damit beträgt die Mannstärke der Bundeswehr mit den ehemals NVA Soldaten zusammen etwa 600.000 Mann.
- **Die Bundeswehr übernimmt rund 11.000 Soldaten und Offiziere der DDR.**⁷⁴ Ein Artikel der Zeitschrift *Das Parlament* von 2015 beschreibt die Situation wie folgt:

„Rund 60 Prozent der ehemaligen NVA-Offiziere und -Unteroffiziere scheiden in den ersten Monaten zwar freiwillig aus der Bundeswehr aus.“

70 »Hans, das ist unsere Demokratie«, Der Spiegel, 39/1990, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/hans-das-ist-unsere-demokratie-a-5d932d00-0002-0001-0000-000013502816?context=issue>

71 *Seite an Seite*, Alexander Weinlein, Das Parlament Nr. 36-37, 31. August 2015, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter https://www.das-parlament.de/2015/36_37/themenausgaben/386336-386336

72 *Vom Ende der NVA*, 19. November 2020, MDR, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.mdr.de/zeitreise/was-wurde-aus-der-nva-100.html>

73 *Von der Nationalen Volksarmee zur Bundeswehr – Die NVA 1956-89*, undatiert, Bundesstiftung Aufarbeitung, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/198990-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit/nationale-volksarmee-bundeswehr>

74 *Ab Morgen Kameraden!* – Ausstellung im Haus der Geschichte Bonn, 6. Juli 2016 – 12. Februar 2017, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter <https://www.hdg.de/haus-der-geschichte/ausstellungen/ab-morgen-kameraden-armee-der-einheit>

Generäle und Admiräle werden von der Bundeswehr prinzipiell nicht übernommen, da ihnen eine zu große ideologische Nähe zum SED-Regime attestiert wird. Etwa 12.000 Offiziere und ebenso viele Unteroffiziere aber streben eine Karriere in jener Armee an, die noch kurze Zeit vorher schlichtweg als ‚der Feind‘ galt.

6.000 Offiziere und 7.800 Unteroffiziere werden zunächst für zwei Jahre als Zeitsoldaten übernommen. Etwa 90 Prozent von ihnen stellen schließlich einen Antrag auf Übernahme als Berufssoldaten. Von den Offizieren wird schließlich jedoch nur jeder zweite in den Streitkräften verbleiben. Etwa 20 Prozent werden nach ihrer Überprüfung durch die Stasi-

Unterlagenbehörde wegen Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit vorzeitig entlassen, die übrigen wegen fehlender Eignung. Im Jahr 1998 beziffert das Verteidigungsministerium die Zahl der in die Bundeswehr integrierten NVA-Soldaten mit 11.000.

Für Verärgerung bei ehemaligen DDR-Soldaten sorgte auch der Umstand, dass ihr Sold vorerst nur 60 Prozent von dem eines West-Soldaten betrug. Die Offiziere wurden zudem meist nur mit einem niedrigeren Dienstgrad übernommen (...).⁷⁵

- Die einzige übernommene Einheit ist der heutige **Technologiestützpunkt Tarnen und Täuschen** in Storkow (Mark) bei Berlin.⁷⁶
- Im Jahr 2009 beklagte der Historiker Michael Wolffsohn von der Bundeswehr-Universität München eine vermeintliche „**Ossifizierung**“⁷⁷ der Streitkräfte: 30 Prozent der Soldaten kämen aus den neuen Ländern, in denen aber nur 20 Prozent der Deutschen lebten. Wolffsohn sprach in einem Artikel der *Welt* gar polemisch von einer „**Unterschichtarmee**“.⁷⁸ Der Bundestagabgeordnete Peter Hettlich (Bündnis 90/Die Grünen) präsentierte ebenfalls Zahlen, nach denen

75 *Seite an Seite*, Alexander Weinlein, Das Parlament Nr. 36-37, 31. August 2015, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter https://www.das-parlament.de/2015/36_37/themenausgaben/386336-386336

76 „*Tarnen und Täuschen*“ – die letzte Einheit der DDR-Armee, Uwe Heßler, Deutsche Welle, 15. November 2021, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter <https://www.dw.com/de/tarnen-und-t%C3%A4uschen-die-letzte-einheit-der-ddr-armee/a-6056215>

77 *Die Bundeswehr ist eine Unterschichtenarmee*, Michael Wolffsohn, Die Welt, 21. August 2009, abgerufen am 4. Oktober 2021 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article4368744/Die-Bundeswehr-ist-eine-Unterschichtenarmee.html>

78 *Die Bundeswehr ist eine Unterschichtenarmee*, Michael Wolffsohn, Die Welt, 21. August 2009, abgerufen am 4. Oktober 2021 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article4368744/Die-Bundeswehr-ist-eine-Unterschichtenarmee.html>

fast jeder zweite der 6.400 Soldaten, die damals im Kosovo oder in Afghanistan im Einsatz waren, aus Ostdeutschland stammte.⁷⁹

- **Rund 30 Prozent der Anfang Mai 2016 im Ausland stationierten Soldaten stammten aus Ostdeutschland.** Nach einer Studie der Universität Leipzig, die der MDR in Auftrag gegeben hatte, waren zum gleichen Zeitpunkt – also 26 Jahre nach der Wiedervereinigung – **198 der 200 Generäle und Admirale im Westen geboren**, wobei der Anteil der Bewohner der ostdeutschen Bundesländer an der gesamtdeutschen Bevölkerung bei knapp 15 Prozent lag.⁸⁰
- Generell galt bis zum 1. März 2005 die in der NVA geleistete Dienstzeit als „gedient in fremden Streitkräften“. Heute lautet die Bezeichnung „gedient außerhalb der Bundeswehr“. Laut Einigungsvertrag ist es den ehemaligen NVA-Angehörigen – im Gegensatz zu früheren Angehörigen der Wehrmacht – nicht gestattet, in der Bundesrepublik ihren letzten Dienstgrad mit dem Zusatz „a.D.“ (außer Dienst) zu führen. Eine Verwendung des Zusatzes für ehemalige NVA-Angehörige scheiterte im Frühjahr 2005 im Verteidigungsausschuss des Bundestages an den Stimmen der Vertreter von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP.⁸¹
- Obwohl bis zum Jahr 2025 die Renten in Ost- und Westrenten komplett angeglichen werden sollen, werden ehemalige DDR-Wehrdienstleistende nach aktueller Rechtslage weiterhin ungleich behandelt. Wehrdienstzeiten wurden zu DDR-Zeiten rentenrechtlich gar nicht berücksichtigt. Dagegen waren Wehrdienstleistenden in der Bundesrepublik seit 1957 in der Rentenversicherung pflichtversichert. Aufgrund des nach der Wende vereinbarten Ausgleichsschlüssels werden die betroffenen Männer für ihre Wehrdienstzeit ca. 150 Euro weniger Rente pro Jahr als Westdeutsche bekommen.⁸²

79 *Seite an Seite*, Alexander Weinlein, Das Parlament Nr. 36-37, 31. August 2015, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter https://www.das-parlament.de/2015/36_37/themenausgaben/386336-386336

80 *Bund: Westdeutsche befehligen Ostdeutsche*, JungeWelt, 1. Juni 2016, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter <https://www.jungewelt.de/artikel/287186.bund-westdeutsche-befehligen-ostdeutsche.html>

81 *Nationale Volksarmee*, Wikipedia, zuletzt am 15. August 2021 um 14:34 Uhr bearbeitet, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Nationale_Volksarmee

82 *Trotz Angleich: Weniger Rente für NVA-Wehrpflichtige*, Cecilia Reible, 7. Dezember 2020, MDR Aktuell, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/hmp-rente-ddr-nva-wehrpflicht-100.html>

7. Die Wehrmachtausstellung

Die Jahre 1995-1997 waren die Jahre der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung der Deutschen mit der Geschichte der Wehrmacht. Die sogenannte **Wehrmachtausstellung** polarisierte fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Krieges in einer noch nie dagewesene Art.⁸³ Die Bundeszentrale für politische Bildung beschrieb den damaligen Diskurs in einem Artikel von 2017 wie folgt:

„1995 eröffnete in Hamburg die Wanderausstellung ‚Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht von 1941–1944‘. Organisiert und finanziert hatte sie das Hamburger Institut für Sozialforschung.

(...)

Die Ausstellungsmacher hatten sich das Ziel gesetzt, das Narrativ einer "sauberen Wehrmacht" zu dekonstruieren. Große Schautafeln und vor allem zahlreiche Fotografien sollten darüber informieren, wie deutsche Wehrmachtssoldaten an den Mordaktionen an der russischen Zivilbevölkerung und sowjetischen Kriegsgefangenen beteiligt gewesen waren.

(...)

Die Schau polarisierte. In vielen Städten gründeten sich Vereine, die mit Petitionen und Kundgebungen entweder für oder gegen die Wehrmachtausstellung warben. Immer wieder demonstrierten auch Rechtsextreme gegen die Ausstellung und forderten beispielsweise „Ruhm und Ehre für die Wehrmacht“.

(...)

Im Februar 1997 beantragten Bündnis90/die Grünen, dass die Wehrmachtausstellung im Bundestag in Bonn gezeigt werden solle. Unterstützung fanden sie bei der Fraktion der PDS. Alle übrigen Fraktionen (CDU/CSU, SPD und FDP) sprachen sich in eigenen Anträgen dagegen aus, dass die Schau in den Räumen des Bundestages gezeigt werden solle. In einer Aktuellen Stunde am 13. März 1997 debattierte der Bundestag schließlich über die Wehrmachtausstellung. Die Auseinandersetzung wurde persönlich und emotional geführt. Einige Redner sprachen über die Geschichte ihrer Väter und deren Zeit als Wehrmachtssoldaten. Der SPD-Abgeordnete Otto Schily berichtete von

83 Vgl. *Die Wehrmachtausstellung zwischen Krawallen und Kritik* (Chronologie), Der Spiegel, 27. November 2001, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/chronik-die-wehrmachtausstellung-zwischen-krawallen-und-kritik-a-169990.html> & *Wie eine Ausstellung die Deutschen spaltete*, Irene Altenmüller, NDR, 5. März 2020, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Wehrmachtausstellung-loest-1995-Proteste-aus.wehrmachtausstellung100.html>

seinem Onkel, der als Kommandeur der Luftwaffe aus Verzweiflung über die NS-Verbrechen freiwillig den Tod gesucht habe.

Die Mehrheit der Abgeordneten begrüßte, dass die Ausstellung dazu zwingt, sich mit der Rolle der Wehrmacht im NS-Regime auseinanderzusetzen. Der Grünen-Abgeordnete Gerald Häfner sagte in seiner Rede, ihm gehe es darum, ‚mit der Lüge aufzuhören, dass für alle schlimmen Taten nur die SS (Schutzstaffel) verantwortlich gewesen sei‘. Auch Otto Graf Lambsdorff (FDP) nannte die Ausstellung in seiner Rede ‚wichtig‘, wünschte sich aber, sie hätte die Wehrmacht differenzierter dargestellt und etwa auch über militärischen Widerstand innerhalb der Wehrmacht informiert. Gerhard Zwerenz erwiderte, dass es bereits eine Widerstandsausstellung gebe und es die Wehrmachtausstellung "überfordern" würde, alle Aspekte der Widerstandsschau abzubilden. Alfred Dregger von der CDU/CSU-Fraktion warf der Ausstellung hingegen vor, ‚die gesamte Kriegsgeneration pauschal als Angehörige und Helfershelfer einer Verbrecherbande abzustempeln.‘ Der SPD-Abgeordnete Freimut Duve hielt dagegen, die Ausstellung pauschalisieren Schuld nicht, sie weise nur auf diese hin.

Am 24. April schließlich lehnte der Bundestag mit großer Mehrheit den Antrag der Grünen ab. Die Wehrmachtausstellung wurde nicht in den Räumen des Bonner Parlamentes gezeigt.

Im Herbst 1999 wurde die Wehrmachtausstellung ein letztes Mal gezeigt. Wissenschaftler hatten massive Kritik an der Ausstellungskonzeption geübt. So waren Bilder falsch beschriftet und auch Fotografien verwendet worden, die keine Verbrechen der Wehrmacht, sondern anderer Kriegsbeteiligter zeigten. Daraufhin ließ das Hamburger Institut für Sozialforschung das Konzept überarbeiten. Im November 2001 schließlich wurde die zweite Wehrmachtausstellung unter dem Titel "Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944" in Berlin eröffnet. Sie wurde an elf Orten in Deutschland, Luxemburg und Österreich gezeigt, zuletzt von Januar bis März 2004 in Hamburg und anschließend in den Bestand des Deutschen Historischen Museums (DHM) Berlin überführt.

8. Eine Armee im Einsatz

8.1. Sind Soldaten Mörder?

Das **Bundesverfassungsgericht** in Karlsruhe urteilte 1995⁸⁴ über die Zulässigkeit der Aussage „**Soldaten sind Mörder**“. Dieses Zitat stammt ursprünglich aus der von Kurt Tucholsky 1931 publizierten Glosse „Der bewachte Kriegsschauplatz“ und wurde seitdem immer wieder gegenüber Soldaten von Antimilitarismus-Aktivistinnen und Pazifisten benutzt.

Das Gericht stellte in der Gesamtabwägung mit **Urteil vom 7. November 1995** fest, dass die Aussage „Soldaten sind Mörder“ vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sein kann und **nicht zwangsweise eine Beleidigung** einzelner Soldaten oder der Bundeswehr darstellt und hob somit mehrere Verurteilungen wegen Beleidigung und Volksverhetzung auf.

Das Urteil sorgte jedoch auch für Kritik. Der evangelische Militärbischof Bernhard Felmburg wurde beispielsweise in einem Artikel der *Frankfurter Neuen Presse* wie folgt zitiert:

„Den Satz ‚Soldaten sind Mörder‘, sagt der evangelische Militärbischof Bernhard Felmburg, würden Bundeswehrsoldaten sehr wohl auf sich beziehen. Sie würden sich in ihrer beruflichen Identität und Ehre gekränkt fühlen.‘ Dies könne er gut verstehen. Auch wenn Bundeswehr-Soldaten als äußerstes Mittel Gewalt anwenden müssten: ‚Mörder sind die Soldaten der Bundeswehr deshalb nicht – weder im juristischen Sinne noch von ihrem Auftrag oder ihrer Intention her‘ “. ⁸⁵

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts forderte die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP eine Novellierung des Artikels 109 des StGB und die Verankerung einer **Ehrenschutzklausel** zugunsten der Bundeswehrsoldaten. Nach einem Mehrheitswechsel im Jahr 1998 wurde der wiederbelebte Antrag im Jahr 1999 endgültig mit folgender Begründung abgelehnt: „**Nach Ansicht der Mehrheit des Hauses ist ein besonderer strafrechtlicher Ehrenschutz für die Bundeswehr weder gerechtfertigt oder erforderlich, noch werde dieser von den Streitkräften selbst gewünscht.**“⁸⁶ Das Parlament folgte dabei der Beschlussempfehlung des federführenden Rechtsausschusses.⁸⁷

84 *Zum Verhältnis von Meinungsfreiheit und Ehrenschutz bei Kollektivurteilen über Soldaten*, Bundesverfassungsgericht, Beschluss des Ersten Senats vom 10. Oktober 1995, BVerfG 1 BvR 1476/91, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1995/10/rs19951010_1bvr147691.html

85 *Soldaten sind Mörder – ein Satz, ein Urteil und die Folgen*, Sylvia Amanda Menzendorf, 6. November 2020, Frankfurter Neuen Presse, abgerufen am 4. Oktober 2021 unter <https://www.fnp.de/frankfurt/soldaten-sind-moerder-ein-satz-ein-urteil-und-die-folgen-90093242.html>

86 *Besonderer Ehrenschutz für Bundeswehr ist nicht nötig*, Blickpunkt, 9. Oktober 1999, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/bp/1999/bp9909/9909054c.html>

87 *Besonderer Ehrenschutz für Bundeswehr ist nicht nötig*, Blickpunkt, 9. Oktober 1999, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/bp/1999/bp9909/9909054c.html>

8.2. Ex-Jugoslawien: Die Zäsur

Mit der Teilnahme an den UN-Friedensoperationen im Ex-Jugoslawien änderten sich die verteidigungspolitische und gesellschaftliche Stellung der Bundeswehr drastisch. Diese Entwicklung kann einem Beitrag der Bundeswehr auf ihrer Internet-Seite entnommen werden:

„Der seit 1990 eskalierende Konflikt im zerfallenden Jugoslawien brachte die deutsche Außenpolitik in eine Zwangslage. Mit der schnellen Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens im Dezember 1991 hatte sie den Konflikt dieser Staaten mit Rest-Jugoslawien verschärft. Ein Jahr später entstand mit der Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas der nächste Brennpunkt, diesmal als ethnischer Konflikt zwischen den bosnischen Muslimen und den Serben. Die Vereinten Nationen sahen dieser Entwicklung lange tatenlos zu. Die *United Nations Protection Force* (UNPROFOR – United Nations Protection Force) konnte weder den Konflikt entschärfen, noch hatten ihre Truppen ein Mandat, gegen die „ethnischen Säuberungen“ durch die bosnischen Serben einzuschreiten.

Die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich 1992 bereit, die UNPROFOR mit einer logistischen Basis in Kroatien sowie Aufklärungsflugzeugen zu unterstützen. Später half die Bundeswehr auch bei der Überwachung eines Embargos mit Hilfe von Schiffen im Mittelmeer (Operation *Sharp Guard*). Zur Überwachung [des Friedensabkommens von Dayton] entsandten die Vereinten Nationen die IFOR (*Implementation Force*). Die Bundeswehr beteiligte sich mit einem Heereskontingent zur Versorgung der beteiligten Streitkräfte [und überwachte die Flugverbotszone]. [Die Bundeswehr wurde auch im Rahmen der Versorgung der Zivilbevölkerung eingesetzt] : Zwischen Juli 1992 und Juni 1996 brachten deutsche Transportflugzeuge über eine Luftbrücke Versorgungsgüter, Lebensmittel und Medikamente [in das von bosnischen Serben belagerte Sarajevo].

Die Teilnahme an den Einsätzen auf dem Balkan führte wiederholt zu Kontroversen zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien. Bis zum Sommer 1994 erklärte die Bundesregierung, die Teilnahme an diesen Einsätzen besäße immer auch humanitären Charakter, so dass Deutschland nicht abseits stehen dürfe.

Um zu klären, ob diese Einsätze mit dem Grundgesetz vereinbar seien, wandten sich die SPD und die FDP-Bundestagsfraktionen an das Bundesverfassungsgericht: Die SPD hielt bereits die Einsätze *Sharp Guard* und UNOSOM II (*United Nations Operation in Somalia II*) für verfassungswidrig, die FDP hingegen die Teilnahme

deutscher Soldaten an den AWACS⁸⁸-Überwachungsflügen über dem Balkan.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 12. Juli 1994 in Karlsruhe: Das Grundgesetz lässt den Einsatz der Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Territoriums zu.⁸⁹ Denn in Artikel 24 (2) heißt es: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts lässt sich das sowohl auf die NATO als auch auf die Vereinten Nationen anwenden. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen verpflichtet Deutschland nach Kapitel VII der UN-Charta zudem zur militärischen Unterstützung bei mandatierten Einsätzen. Damit waren die Einsätze der Bundeswehr von Anfang an mit dem Grundgesetz in Einklang.

Das Bundesverfassungsgericht schrieb der Bundesregierung jedoch vor, die Entsendung der Bundeswehr in einen Einsatz vom Bundestag beschließen zu lassen.

Das 2005 in Kraft gesetzte Parlamentsbeteiligungsgesetz definiert dieses Verfahren. Maßgeblich für Auslandseinsätze der Bundeswehr vor und nach 1994 ist das Grundgesetz. **Das Karlsruher Urteil sprach dem Bundestag jedoch ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht zu.**⁹⁰

Durch das am 18. März 2005 in Kraft gesetzte Parlamentsbeteiligungsgesetz (ParlBG)⁹¹ wurde die **parlamentarisch-demokratische Kontrolle über den Einsatz der Streitkräfte spürbar und dauerhaft gestärkt.**

88 Airborne Early Warning and Control System (Zu Deutsch, etwa: Luftgestütztes Luftraumaufklärung und -überwachung System).

89 Vgl. *Vor 25 Jahren: Bundesverfassungsgericht billigt Auslandseinsätze*, 8. Juli 2019, Bundeszentrale für politische Bildung abgerufen am 6. Oktober 2016 unter <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/188072/urteil-zu-auslandseinsaetzen>

90 *Die Bundeswehr als Armee im Einsatz*, Bundeswehr, undatiert, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/armee-einsatz> (Hervorhebungen durch den Verfasser dieser Arbeit).

91 *Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland* (Parlamentsbeteiligungsgesetz vom 18. März 2005 (BGBl. I S. 775), abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.gesetze-im-internet.de/parlbg/BJNR077500005.html>

Zusammenfassend kann folgendes festgestellt werden: Die unterschiedlichen Einsätze der Bundeswehr im Ausland wurden von der PDS⁹² bzw. ihrer Nachfolgerin der LINKEN stets ganz grundsätzlich abgelehnt. **Auch den Rettungseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Sommer 2021 lehnte die Fraktion der LINKEN im Bundestag ab bzw. enthielt sich.** Eine nicht ganz so strikte, aber doch grundsätzliche Ablehnung der Auslandseinsätze kommt ebenfalls von der rechtsaußen positionierten Alternative für Deutschland (AfD), die seit 2017 im Bundestag vertreten ist.⁹³ Somit ist derzeit im Parlament eine nicht unbedeutende Ablehnung von Bundeswehr-Einsätzen wahrzunehmen.

Auch die deutsche Bevölkerung steht den Einsätzen tendenziell skeptisch gegenüber. In einer Umfrage von September 2011 waren beispielsweise 66 Prozent der Befragten dafür, dass die deutschen Soldaten sofort aus Afghanistan abgezogen werden und lediglich 32 Prozent befürworteten einen Verbleib.⁹⁴ Im August 2021 waren nur 43 Prozent der Befragten einer Umfrage der Meinung, dass der Militäreinsatz des Westens in Afghanistan grundsätzlich richtig war.⁹⁵

8.3. AWACS-Urteil von 2008

Mit dem sogenannten AWACS-Urteil⁹⁶ von 2008 stärkte das Bundesverfassungsgericht erneut die Rechte des Parlaments und stellte fest:

„Der wehrverfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt greift ein, wenn nach dem jeweiligen Einsatzzusammenhang und den einzelnen rechtlichen und tatsächlichen Umständen die Einbeziehung deutscher Soldaten in bewaffnete Auseinandersetzungen konkret zu erwarten ist.“⁹⁷

92 Partei des Demokratischen Sozialismus (1990-2007)

93 *Bundestagswahl 2021 – Wahlprogramme: Bundeswehreinsätze bleiben umstritten*, 21. September 2021, Deutschlandfunk Nova, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/bundestagswahl-2021-keine-einheit-bei-bundeswehreins%C3%A4tzen>

94 *Sollen die deutschen Soldaten sofort aus Afghanistan abgezogen werden?*, ARD; Infratest dimap, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5393/umfrage/afghanistan-weiterer-aufenthalt-oder-rueckzug-der-bundeswehr/>

95 *Was meinen Sie, war der Militäreinsatz des Westens in Afghanistan gegen die Taliban seit 2001 grundsätzlich richtig?* ZDF-Politbarometer vom 27. August 2021, Bild 12/40, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1260097/umfrage/umfrage-zum-afghanistaneinsatz/>

96 *Karlsruhe stärkt die Rechte des Bundestags*, Die Welt, 7. Mai 2008, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.welt.de/politik/article1972950/Karlsruhe-staerkt-die-Rechte-des-Bundestags.html>

97 BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 07. Mai 2008, Az. 2 BvE 1/03, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2008/05/es20080507_2bve000103.html

8.4. Die Einsatzferne schwindet mit der Fortdauer der Einsätze

Die Fortdauer der Auslandseinsätze erzwingt eine **Professionalisierung der Bundeswehr**, die in Afghanistan für das erste Mal in ihrer Geschichte an einem Krieg teilnimmt. Die Auslandseinsätze erzwingen aber auch eine **Debatte über den Begriff des Krieges im parlamentarischen und politischen Raum**. Schließlich erzwingen die Einsätze eine breite gesellschaftliche **Debatte über eigene Verluste im Krieg sowie über die Anwendung tödlicher Gewalt durch die Streitkräfte**.

8.4.1. Im Einsatz verletzte Soldaten 2001-2008

2001 : 0	2005 : 29
2002 : 36	2006 : 6
2003 : 34	2007 : 7
2004 : 89	2008 : 19

Quelle: Bundeswehr^{98 99}

98 *Anzahl von bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr durch Waffen oder Sprengmittel verletzte Soldaten von 1997 bis 2008*, Bundeswehr, 2009 über Statista, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4901/umfrage/bundeswehr-waffenwirkung-verletzte-soldaten/>

99 Daten für den Zeitraum 2009-2021 sind nicht bekannt.

8.4.2. Im Dienst getötete Soldaten 2001-2021

2001 : 51	2011 : 12
2002 : 46	2012 : 12
2003 : 51	2013 : 5
2004 : 43	2014 : 5
2005 : 23	2015 : 10
2006 : 23	2016 : 7
2007 : 27	2017 : 10
2008 : 28	2018 : 12
2009 : 10	2019 : 8
2010 : 16	2020 : 5
	2021 : 4 (bis 20. Juli)

Quelle: Bundeswehr¹⁰⁰

8.4.3. Umstrittener Luftangriffsbefehl bei Kundus (2009)

Am 4. September 2009 gegen zwei Uhr Ortszeit wurden etwa fünfzehn Kilometer südlich der Stadt Kundus im Norden Afghanistans zwei von Taliban entführte Tanklastwagen und die sich in nächster Nähe befindlichen Menschen bombardiert. **Der zuständige deutsche Oberst forderte den Bombenabwurf**, dieser wurde von zwei US-amerikanischen Flugzeugen ausgeführt. Die Angaben zur den Opferzahlen variieren sehr stark, **je nach Quelle werden zwischen 14 und 142 Opfer**

100 *Anzahl der in Ausübung des Dienstes getöteten Soldaten in der Bundeswehr von 1956 bis 2021*, Bundeswehr, 07-2021 über Statista, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4892/umfrage/anzahl-der-in-ausuebung-des-dienstes-getoeteten-soldaten-in-der-bundeswehr/>

genannt, darunter auch Zivilisten und Kinder. Der Regierungsbericht geht von 99 Todesopfern aus.^{101 102 103}

Am 26. November 2009 entthob Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg den Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan und den Staatssekretär Peter Wichert ihrer Ämter mit der Begründung, sie hätten ihm Informationen zu dem Angriff vorenthalten. Der zum Zeitpunkt des Geschehens zuständige Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung trat am 27. November 2009 von seinem neuen Amt als Bundesarbeitsminister zurück, als der Vorwurf aufkam, er habe Parlament und Öffentlichkeit verspätet, unvollständig oder falsch über die Tötung von Zivilisten informiert.¹⁰⁴

Ab dem 21. Januar 2010 versuchte der **Verteidigungsausschuss**, die Vorgänge als parlamentarischer **Untersuchungsausschuss** aufzuklären. Der Abschlussbericht¹⁰⁵ wurde am 25. Oktober 2011 dem Deutschen Bundestag vorgelegt und am 1. Dezember 2011 im Plenum abschließend debattiert.

Der Luftangriff wurde **Gegenstand von mehreren Untersuchungen und juristischen Auseinandersetzungen**, darunter vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).¹⁰⁶ Bis zum heutigen Tag sind sowohl die militärische als auch die juristische Bewertung des Angriffes umstritten.¹⁰⁷

Der Entschluss des deutschen Obersts und der Angriff wurden in den Medien und in der Öffentlichkeit weitestgehend negativ kommentiert und rezipiert. Für Empörung in den Medien

101 *Luftangriff bei Kundus*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriff_bei_Kundus

102 *EGMR urteilt zu Kundus-Luftangriff: Deutsche Justiz hat genug aufgeklärt*, Dr. Markus Sehl, Legal Tribune Online, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.lto.de/recht/justiz/j/egmr-kundus-deutschland-luftangriff-oberst-afghanistan-zivilisten-bundeswehr/>

103 *Kritik von BGH-Richtern – Muss der Fall Kundus neu bewertet werden?*, 6. August 2021, Tagesschau, ARD, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-luftangriff-kundus-101.html>

104 *Luftangriff bei Kundus*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriff_bei_Kundus

105 *Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 45a Absatz 2 des gemäß Artikel 45a Absatz 2 des Grundgesetzes*, 25. Oktober 2011, Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7400, 580 S., abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://dserver.bundestag.de/btd/17/074/1707400.pdf>

106 *Alles richtig gemacht? – Das EGMR-Urteil zum Luftangriff im Kundus*, Theresa Bosl, 10. März 2021, Völkerrechtsblog, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://voelkerrechtsblog.org/de/alles-richtig-gemacht-das-egmr-urteil-zum-luftangriff-im-kundus/>

107 *Kritik von BGH-Richtern – Muss der Fall Kundus neu bewertet werden?*, 6. August 2021, Tagesschau, ARD, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-luftangriff-kundus-101.html>

und unter den Opfervertretern sorgte auch die Beförderung des für den Bombenabwurf zuständigen Obersts zum Brigadegeneral im Jahr 2013.¹⁰⁸

Die deutsche **Doku-Fiktion** „**Eine mörderische Entscheidung**“, 2013 im Ersten erstausgestrahlt, **thematisierte erstmals rechtliche und moralische Fragen des Geschehens für ein breites Publikum.**¹⁰⁹

8.4.4. Verteidigungsminister: „In Afghanistan herrscht Krieg“ (2009)

Am 3. November 2009 von der *Bild Zeitung* gefragt ob er – wie die Soldaten – „Krieg“ nennen würde, was sich in Afghanistan abspielt, bejahte der damalige Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor zu Guttenberg, die Frage und vollzog somit einen Paradigmenwechsel in der politischen Kommunikation zum Einsatz in Afghanistan:

„Ich will ganz offen sein. In Teilen Afghanistans gibt es fraglos kriegsähnliche Zustände. Zwar ist das Völkerrecht eindeutig und sagt: Nein, ein Krieg kann nur zwischen Staaten stattfinden. Aber glauben Sie, auch nur ein Soldat hat Verständnis für notwendige juristische, akademische oder semantische Feinsinnigkeiten? Und: Manche herkömmliche Wortwahl passt für die Bedrohung von heute nicht mehr wirklich. Ich selbst verstehe jeden Soldaten, der sagt: In Afghanistan ist Krieg, egal, ob ich nun von ausländischen Streitkräften oder von Taliban-Terroristen angegriffen, verwundet oder getötet werde“. Der Einsatz in Afghanistan ist seit Jahren auch ein Kampfeinsatz, Wenigstens in der Empfindung nicht nur unserer Soldaten führen die Taliban einen Krieg gegen die Soldaten der internationalen Gemeinschaft.“¹¹⁰

108 *Luftangriff bei Kundus – Bundeswehr bleibt ungestraft*, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), undatiert, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.ecchr.eu/fall/grosse-kammer-des-egmr-verhandelt-luftangriff-bei-kundus/> ; *Kundus-Affäre* (Dossier), Der Spiegel, https://www.spiegel.de/thema/kunduz_affeere/ ; *Luftangriff bei Kundus*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriff_bei_Kundus

109 *Eine mörderische Entscheidung*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Eine_m%C3%B6rderische_Entscheidung#Kritik

110 *zu Guttenberg: Kriegsähnliche Zustände in Teilen Afghanistan*, 3. November 2009x, Bild Zeitung, Archiv der Bundesregierung, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/zu-guttenberg-kriegsaehnliche-zustaende-in-teilen-afghanistan-648450>

8.4.5. „Karfreitagsgefecht“ bei Kundus (2010)

Das sogenannte „Karfreitagsgefecht“ nahe Kundus ist medial sehr umfangreich beleuchtet worden. Folgende Zitate fassen die Berichterstattung gut zusammen:

„Karfreitagsgefecht, der bisher härteste Kampf der Bundeswehr“.

Y–Das Magazin der Bundeswehr, November 2016.¹¹¹

„Das so genannte Karfreitagsgefecht¹¹², bei dem am 2. April 2010 drei deutsche Soldaten in Afghanistan starben, hat die Bundeswehr verändert – aber in Teilen auch den Blick der deutschen Gesellschaft auf die Streitkräfte.“

Thomas Wiegold, *Augen geradeaus!*, 2. April 2020.¹¹³

111 *Karfreitagsgefecht*, Wikipedia, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Karfreitagsgefecht> ; *Karfreitagsgefecht, der bisher härteste Kampf der Bundeswehr* in: *Tod und Verwundung*, Y-Magazin, 11-2016, S. 8-14, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/4880204/3c02c620d86d2afbc5c1092095/y-magazin-spezial-tod-verwundung-2016-data.pdf>

112 *Karfreitagsgefecht*, Wikipedia, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Karfreitagsgefecht>

113 *Zehn Jahre nach dem Karfreitagsgefecht: Wie es Bundeswehr und gesellschaftlichen Blick veränderte*, Thomas Wiegold, 2. April 2020, *Augen geradeaus!* / Zeitschrift Europäische Sicherheit und Technik, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2020/04/zehn-jahre-nach-dem-karfreitagsgefecht-wie-es-bundeswehr-und-gesellschaftlichen-blick-veraenderte/>

8.5. Kosten der Auslandseinsätze

Nach Antwort des Bundesministeriums der Verteidigung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE haben die Auslandseinsätze der Bundeswehr **zwischen 1992 und August 2017 knapp 21 Mrd. Euro** gekostet.¹¹⁴ Im Durchschnitt also knapp **eine Mrd. pro Jahr** seit der Wiedervereinigung. Zum Vergleich: 2017 betragen die Gesamtausgaben des Bundes über 329 Mrd. Euro.¹¹⁵

8.6. Soldatinnen und Soldaten im Einsatz

Zwischen 1991 und 2017 waren rund 410.000 Soldaten in insgesamt 52 internationalen Einsätzen. In diesem Zeitraum kamen 108 Soldaten ums Leben (ca. ein Drittel durch Feindeinwirkung, ein Drittel durch Unfälle und ein Drittel durch Suizid).¹¹⁶

Am 27. September 2021 waren nach offiziellen Angaben insgesamt 2.331 Soldatinnen und Soldaten unmittelbar bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr eingesetzt. Davon wird die überwiegende Mehrheit, 1.418 Mann¹¹⁷, in Mali eingesetzt.¹¹⁸

Eine nicht zu vernachlässigende **gesellschaftspolitische und gesundheitspolitische Auswirkung** der Auslandseinsätze ist die in den letzten Jahren **stetig gestiegene**¹¹⁹ **Anzahl von traumatisierten Veteranen:**

114 *Auslandseinsätze der Bundeswehr kosteten Milliarden*, FAZ, 26. August 2017, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auslandseinsaetze-der-bundeswehr-kosteten-21-milliarden-euro-15169344.html>

115 *Bundesaushalt – Haushaltsjahr 2017*, Bundesministerium der Finanzen, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bundshaushalt.de/#/2017/soll/ausgaben/einzelplan.html>

116 *Auslandseinsätze der Bundeswehr kosteten Milliarden*, FAZ, 26. August 2017, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auslandseinsaetze-der-bundeswehr-kosteten-21-milliarden-euro-15169344.html>

117 1.110 Soldatinnen und Soldaten werden im Rahmen von MINUSMA und 308 im Rahmen von EUTM Mali eingesetzt. Darunter sind insgesamt 116 Frauen.

118 *Personalzahlen der Bundeswehr*, undatiert, regelmäßig aktualisiert, Bundeswehr, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr>

119 Ein wesentlicher Grund für den Zuwachs dürfte allerdings auch die optimierte Versorgung durch den Dienstherrn sein und der – im Gegensatz zu den Anfangsjahren der Einsätze – niedrigschwellig, flächendeckende Zugang zu Betreuungspersonal und Therapiemaßnahmen.

Laut Regierungsangaben lag für den Jahreszeitraum 2016 bis 2019 folgendes Zahlenbild vor:¹²⁰

- im Jahr 2016 insgesamt 751 Behandlungskontakte (Afghanistaneinsatz 559, Kosovoeinsatz 88, sonstige Auslandseinsätze der Bundeswehr 104);
- im Jahr 2017 insgesamt 784 Behandlungskontakte (Afghanistaneinsatz 560, Kosovoeinsatz 87, sonstige Auslandseinsätze der Bundeswehr 137);
- im Jahr 2018 insgesamt 867 Behandlungskontakte (Afghanistaneinsatz 615, Kosovoeinsatz 100, sonstige Auslandseinsätze der Bundeswehr 152);
- im Jahr 2019 insgesamt 982 Behandlungskontakte (Afghanistaneinsatz 695, Kosovoeinsatz 106, sonstige Auslandseinsätze der Bundeswehr 181).

Laut Bundeswehrangaben verteilen sich die einsatzbedingten psychischen Neuerkrankungsbilder für den Jahreszeitraum 2016 bis 2020, wie folgt:¹²¹

- im Jahr 2016 wurden 318 psychische Erkrankungen bei Veteranen diagnostiziert
Darunter 175 PTBS¹²²-Fälle und 143 sonstige Erkrankungen;
- im Jahr 2017 wurden 274 psychische Erkrankungen bei Veteranen diagnostiziert
Darunter 170 PTBS-Fälle und 104 sonstige Erkrankungen;
- im Jahr 2018 wurden 279 psychische Erkrankungen bei Veteranen diagnostiziert
Darunter 182 PTBS-Fälle und 97 sonstige Erkrankungen;
- im Jahr 2019 wurden 290 psychische Erkrankungen bei Veteranen diagnostiziert
Darunter 183 PTBS-Fälle und 107 sonstige Erkrankungen;
- im Jahr 2020 wurden 301 psychische Erkrankungen bei Veteranen diagnostiziert
Darunter 213 PTBS-Fälle und 88 sonstige Erkrankungen.

120 *Immer mehr Einsatzsoldaten der Bundeswehr mit PTBS?*, 12. Februar 2020, Bundeswehr-Journal, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr-journal.de/2020/immer-mehr-einsatzsoldaten-der-bundeswehr-mit-ptbs/>

121 *Bundeswehr-Statistik zu Posttraumatischen Belastungsstörungen und psychischen Erkrankungen*, undatiert, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/betreuung-fuersorge/ptbs-hilfe/trauma-ptbs/statistik>

122 PTBS: Posttraumatische Belastungsstörung

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass etwa drei Prozent der Einsatzveteranen an Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) erkranken und dass nur etwa die Hälfte der Fälle diagnostiziert wird.¹²³

9. Aussetzung der Wehrpflicht und Umstrukturierung der Streitkräfte

9.1. Aussetzung der Wehrpflicht

Die Wehrpflicht kann jederzeit vom Bundestag mit einfacher Mehrheit eingeführt oder ausgesetzt werden, ohne dass dafür das Grundgesetz geändert werden muss, weil es sich um eine sogenannte „Kann-Vorschrift“¹²⁴ handelt.

Schon 1978 stellte das Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil¹²⁵ fest:

„Die von der Verfassung geforderte militärische Landesverteidigung kann auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, aber – sofern ihre Funktionsfähigkeit gewährleistet bleibt – verfassungsrechtlich unbedenklich beispielsweise auch durch eine Freiwilligenarmee sichergestellt werden.“¹²⁶

Die **Wehrpflicht** war in Deutschland bis zur ihrer **Aussetzung im Jahr 2011** einerseits eine direkte Verbindung vieler Familien mit den Streitkräften und trug zur **Sichtbarkeit der Bundeswehr im gesellschaftlichen Alltag** bei, andererseits aber auch politisch und gesellschaftlich stets umstritten. Schon anlässlich des vierzigjährigen Bestehens der Bundeswehr im Jahr 1995 mahnte der damals amtierende Bundespräsident Roman Herzog zur Mäßigung seitens des Staates, denn:

„Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder

123 *Bundeswehr-Statistik zu Posttraumatische Belastungsstörung und psychischen Erkrankungen*, undatiert, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/betreuung-fuersorge/ptbs-hilfe/trauma-ptbs/statistik>

124 Eine Kann-Bestimmung ist keine Vorschrift im strengen Sinne, sondern eine Bestimmung, „nach der im Einzelfall verfahren werden kann, aber nicht verfahren werden muss“. Eine Kann-Formulierung bedeutet nach manchmal vertretener Ansicht, dass freies Ermessen bei der Rechtsanwendung gewährt wird. Vgl. Muss-, Soll- und Kann-Vorschrift, Wikipedia, abgerufen am 28. September 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Muss-,_Soll-_und_Kann-Vorschrift

125 BVerfG, Urteil vom 13. April 1978, Az. 2 BvF 1/77, Wehrpflichtnovelle.

126 *Wahlrecht zwischen Wehr- und Zivildienst läßt das Grundgesetz nicht zu*, CDU-Dokumentation, UID 1978 Nr. 18, 4. Mai 1978, Konrad Adenauer Stiftung, abgerufen am 28. September 2021 unter https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=bb5b80bf-d154-3f58-77c5-a04d1dc2f173&groupId=252038

Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können. Gesellschaftspolitische, historische, finanzielle und streitkräfteinterne Argumente können dann ruhig noch als Zusätze verwendet werden. Aber sie werden im Gespräch mit dem Bürger nie die alleinige Basis für Konsens sein können. Wehrpflicht glaubwürdig zu erhalten, heißt also zu erklären, weshalb wir sie trotz des Wegfalls der unmittelbaren äußeren Bedrohung immer noch benötigen.“

(...)

„Es ist vor allem die Landes- und Bündnisverteidigung und nicht die Beteiligung an internationalen Missionen, die Umfang und Struktur der Bundeswehr und die Beibehaltung der Wehrpflicht rechtfertigen.“

(...)

„Es wäre falsch, aus der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Gleichbehandlung der Wehrdienst- und Zivildienstleistenden eine Gleichrangigkeit beider Dienstformen abzuleiten. Gesellschaftlich wichtig und wertvoll - auch daran möchte ich keinen Zweifel lassen – sind allerdings beide Dienste.“¹²⁷

Für Unmut in der Bevölkerung sorgte, dass die **Wehrgerechtigkeit schon wenige Jahre nach Einführung der Wehrpflicht nicht gewährleistet** werden konnte. Aufgrund des sogenannten Babybooms und der damit verbundenen hohen Geburtenraten zwischen 1946 und 1965 bewegte sich der personelle **Überhang zwischen 50.000 und 100.000 Mann** in jedem Jahr. Demographische Dynamik und **Verkleinerung der Bundeswehr von 255.000 auf 185.000 Mann ab dem Jahr 2011** führten zur stetig wachsenden Wehrungerechtigkeit und schließlich zur **Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht zum 1. Juli 2011** durch Beschluss des Bundesstages.¹²⁸ Den politischen Verlauf kann einem Artikel¹²⁹ der Bundeszentrale für politische Bildung entnommen werden:

127 *Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der Kommandeurtagung der Bundeswehr, Bundespräsident Roman Herzog*, 15. November 1995, abgerufen am 28. September 2021 unter https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1995/11/19951115_Rede.html

128 *Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen*, Webarchiv, Deutscher Bundestag, KW12, 2011, https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2011/33831649_kw12_de_wehrdienst-204958

129 *Wehrgerechtigkeit*, Patrick Bernhard, Bundeszentrale für politische Bildung, 9. Mai 2016, abgerufen am 28. September 2021 unter <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/216756/wehrgerechtigkeit>

„Die Bundesregierung ging deshalb zu einem Lotterieverfahren über. Per Los bestimmte die Bundeswehrverwaltung diejenigen Wehrpflichtigen, die zur personellen Bedarfsdeckung der Armee über das notwendige Maß an Zeit- und Berufssoldaten hinaus gebraucht wurden. In den Anfangsjahren der Bundeswehr waren das nur 30 bis 40 Prozent aller Wehrdienstpflichtigen. So entließ die Bundeswehr etwa Tausende Akademiker stillschweigend aus ihrer Wehrpflicht. Wer in den 1950er und 1960er Jahren gleich nach dem Abitur ein Studium aufnahm, hatte große Chancen, gar nicht mehr "gezogen" zu werden. Die Förderung der Ausbildung hatte zunächst offiziell Vorrang, war der Betreffende dann 25 Jahre alt, verzichtete der Staat ganz auf die Einberufung zur Bundeswehr.

Viele Betroffene empfanden das bis 1965 gültige Lotteriesystem als ungerecht, weil in ihren Augen allein der Zufall über Dienen und Nichtdienen entschied.“

(...)

„Ende der Sechzigerjahre kam Bewegung in die Diskussion über die Wehrgerechtigkeit. Damals stieg die Zahl der Wehrdienstverweigerer spürbar an: Hatten sich zuvor nur wenige Tausend pro Jahr auf ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht berufen, den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern, so lag die Zahl 1968 erstmals über 10.000 und stieg in den Folgejahren kontinuierlich an.“

(...)

„Die Regierung Willy Brandt machte die Beseitigung der Wehrungerechtigkeit zu einem Schwerpunkt ihrer Reformpolitik in den Siebzigerjahren. Im Mittelpunkt standen zwei Maßnahmen: Zum einen senkte die Bundeswehr die Dauer des Wehrdienstes von 18 auf zunächst 15 Monate ab. Dadurch war es möglich, dass mehr Wehrpflichtige jedes Jahr die Bundeswehr durchliefen. Zum anderen baute die Regierung den Zivildienst massiv aus“

(...)

„Auch ihr angestrebtes Ziel, die Wehrgerechtigkeit insgesamt zu beseitigen, erreichte die Regierung Brandt nicht. Zwar schaffte sie es, deutlich mehr Verweigerer zum Zivildienst einzuberufen. Jedoch war sie damit so erfolgreich, dass sie zugleich neue Wehrgerechtigkeiten schuf: Prozentual wurden zum Zivildienst nämlich nun deutlich mehr junge Männer einberufen als zur Bundeswehr.“

(...)

„Auch den nachfolgenden Regierungen gelang es bis zur Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 nicht, für mehr Wehrgerechtigkeit zu sorgen. Im Gegenteil verschärfte sich das Problem noch einmal. Nach dem Ende des Kalten Kriegs wurde die Bundeswehr personell stark verkleinert. Sie benötigte deshalb immer weniger Rekruten.“

(...)

„Auch wenn für die Regierung Merkel wohl vor allem fiskalische Motive ausschlaggebend waren, die teure Wehrpflicht auszusetzen, so hatte die vorangegangene Diskussion um die Wehrgerechtigkeit dieser Entscheidung den Boden bereitet. Die Wehrpflicht fiel zum Schluss ohne große Widerstände – obwohl es sich bei der Idee des Staatsbürgers in Uniform, der das demokratische Gemeinwesen verteidigt, um einen Kern bundesrepublikanischen Staatsverständnisses handelte.“

Eine Aussetzung der Wehrpflicht wurde mit der Zeit sozialpolitisch und in ethischer Hinsicht unabdingbar, weil die Wehrungerechtigkeit immer absurdere Früchte trug. Der *Spiegel* fasste die **Lage im Jahr 2009** so zusammen:

„Von **417.300 abgeschlossenen Musterungsverfahren** im vergangenen Jahr endeten fast **43 Prozent** mit dem Ergebnis ‚**nicht wehrdienstfähig**‘, was auch politisch so gewollt ist. Deutschland verfügte 2009 über das vermutlich größte Heer von Untauglichen in Europa, **eine Invalidenarmee von 178.325 Mann**, das entspricht etwa einem Dutzend Divisionen. (...)

So wurden 2009 erst die Untauglichen, dann die Kriegsdienstverweigerer, angehende Polizisten und Feuerwehrleute ausgesiebt und gerade noch **96.185 Einberufungsbescheide** verschickt, die wiederum zu Zehntausenden aufgehoben wurden. Dank überschrittener Altersgrenzen, der Aufhebung von Einberufungsbescheiden, Zurückstellungen oder einfach aus ‚organisatorischen Gründen‘ mussten nur 68.304 Mann einrücken, von denen 4891 die Truppe bereits innerhalb der ersten vier Wochen wieder verließen. **Am Ende blieben 63.413 Wehrpflichtige**, die ihren Dienst am Vaterland simulieren durften.“^{130 131}

130 Hervorhebung durch den Verfasser dieser Arbeit.

131 *Die große Leere*, Michael Fröhlingsdorf, Sven Röbel und Christoph Scheuermann, 21. Juni 2010, Der Spiegel, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/a-701906.html>

9.2. Umstrukturierung der Streitkräfte

9.2.1. Dramatische Materiallage

Die ab 2010 vom damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg angestrebte Umstrukturierung der Streitkräfte war mit einem **Sparziel von etwa 10 Mrd. Euro** bis 2014 verbunden.¹³² Geplant war, die **Verteidigungskosten von 31 Mrd. Euro auf unter 30 Mrd. Euro zu drücken**. Die primäre Auswirkung dieser Sparpolitik war, dass die Bundeswehr in den darauffolgenden Jahren unterfinanziert war und von der Substanz leben musste. Die sekundäre Auswirkung war ein schwerer und andauernder **Reputationsverlust der Bundeswehr** in der Bevölkerung – und bei den Alliierten –, denn bald fuhren die Panzer, schwammen die Schiffe und flogen die Flugzeuge nicht mehr – und zwar über Jahre hinweg.

So titelte die *Zeit* zum Beispiel Ende 2015:

„Weniger als jeder zweite Tornado ist einsatzbereit“¹³³

Vor dem geplanten Syrien-Einsatz offenbart ein Bericht des Verteidigungsministeriums Mängel der Luftwaffe. Viele Jets können wegen fehlender Ersatzteile nicht fliegen.“¹³⁴

Dem Heer erging es nicht besser: im Jahr 2017 waren **nicht einmal die Hälfte der Kampfpanzer Leopard 2 einsatzfähig**; nämlich **nur 95 von insgesamt 244**.¹³⁵

Im gleichen Jahr musste festgestellt werden, dass **von den sechs U-Booten der Marine kein einziges mehr einsatzfähig** war.¹³⁶

132 *Guttenberg verordnet Truppe Sparkurs*, Die Zeit / dpa, 26. Mai 2010,

133 Hervorhebung durch den Verfasser dieser Arbeit.

134 *Weniger als jeder zweite Tornado ist einsatzbereit*, Die Zeit, 2. Dezember 2015, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.zeit.de/politik/2015-12/bundeswehr-tornados-maengel>

135 Nicht mal die Hälfte der Leos einsatzbereit, Augen geradeaus!, 16. November 2017, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2017/11/nicht-mal-die-haelfte-der-leos-einsatzbereit/>

136 *Kein einziges deutsches U-Boot fährt mehr*, Augen geradeaus!, 19. Oktober 2017, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2017/10/kein-einziges-deutsches-u-boot-faehrt-mehr/>

9.2.2. Neues Stationierungskonzept

Im Rahmen des neuen **Stationierungskonzepts von Oktober 2011** entschied der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière die **Schließung von 31 Liegenschaften**. Diese Maßnahme wurde **von vielen Kommunen, besonders in wirtschaftsschwachen Regionen, heftig kritisiert**. Im Jahr 2018 wurde das Vorhaben erneut überprüft, so dass einige Liegenschaften doch nicht aufgegeben wurden und andere zu einem späteren Zeitpunkt aufgegeben werden (für eine dritte Kategorie läuft die Prüfung noch).¹³⁷ Im Oktober 2021 hat die Bundeswehr knapp 1.500 Liegenschaften im In- und Ausland. Die Standorte und Liegenschaften in Deutschland umfassen zusammen eine Fläche von 369.000 Fußballfeldern – das ist ungefähr die Größe des Saarlands. Insgesamt verwaltet der Organisationsbereich Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen knapp 33.000 Gebäude an den Standorten der Bundeswehr.¹³⁸

10. Professionalisierung, Modernisierung und Mediatisierung

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 und der „**Neuausrichtung**“ der Bundeswehr ab **2010**, der umfangreichsten Reform der Bundeswehrgeschichte, änderte sich nicht nur der Auftrag der Streitkräfte, sondern auch ihre Stellung in der Gesellschaft. So musste die Bundeswehr zur Deckung des Personalbedarfs von etwa 20.000¹³⁹ Mann¹⁴⁰ pro Jahr **attraktiver für Bewerberinnen und Bewerber** und gleichzeitig **in der Gesellschaft sichtbarer** werden. Dies geschah in vielfältiger Weise. Die bessere Sichtbarkeit der Bundeswehr hatte allerdings auch unerwünschte Nebeneffekte in Situationen, in denen das Ansehen der Institution in Mitleidenschaft gezogen wurde. Diese Entwicklung wird untenstehend kurz skizziert.

10.1. Neueröffnung des Militärhistorischen Museum der Bundeswehr

Die erste wahrnehmbare **Repositionierung der Bundeswehr im gesellschaftlichen Diskurs** und auf der politischen Agenda erfolgte 2011 mit der Neueröffnung des Militärhistorischen Museums in Dresden, einem Projekt im Volumen von 62,5 Mio. Euro. In einem Beitrag für *zeitgeschichte online* schrieb Alexandra Kaiser am 1. Oktober 2011:

137 *Jetzt offiziell: Neue Planung für Schließung von Bundeswehr-Liegenschaften*, Thomas Wiegold, Augen geradeaus!, 30. Mai 2018, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2018/05/jetzt-offiziell-neue-planung-fuer-schliessung-von-bundeswehr-standorten/>

138 *Bundeswehrstandorte und Liegenschaften: So groß wie das Saarland*, Sebastian Nothing, undatiert, Bundeswehr, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/standorte-bundeswehr>

139 *Bundeswehr im zunehmenden Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte*, Andreas Fölsing, Telepolis, 13. Mai 2013, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.heise.de/tp/features/Bundeswehr-im-zunehmenden-Wettbewerb-um-qualifizierte-Arbeitskraefte-3398918.html>

140 Frauen und Männer.

„Es ist das Museumereignis des Jahres: Am 15. Oktober 2011 öffnet das Militärhistorische Museum der Bundeswehr (MHM) in Dresden nach umfangreichen Umbauten und mit einer völlig neuen Konzeption seine Tore. Mit rund 10.000 qm Ausstellungsfläche im Hauptgebäude – hinzu kommen circa 3.000 qm Außenflächen und 6.000 qm Schaudepot – ist das MHM fortan das größte Museum in Dresden und das größte Militärmuseum in Deutschland. Der Sammlungsbestand von über einer Million Objekten, von denen circa 10.500 in der neuen Dauerausstellung als Exponate zu sehen sind, ist weitaus größer als derjenige anderer Geschichtsmuseen, etwa des Deutschen Historischen Museums oder des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit einem Sammlungsbestand von jeweils circa 700.000 Objekten. Schon jetzt wird deutlich, dass das neue Museum nicht nur national, sondern auch international Beachtung finden wird. So empfahl unlängst die „New York Times“ Dresden wegen des MHM als Reiseziel. (...) Hier soll keine neue Waffen- und Technikschau entstehen, nicht die Faszination für Militär- und Kriegsgerät befördert werden; im Fokus der neuen Dauerausstellung steht vielmehr der Mensch und mit ihm die anthropologische Seite der Gewalt“.^{141 142}

10.2. Novellierung des Traditionserlass der Bundeswehr

Im Jahr 2018 novellierte das Bundesministerium der Verteidigung, unter Federführung der damaligen Ministerin Ursula von der Leyen, den sogenannten „Traditionserlass“ (Die Tradition der Bundeswehr – Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege). **Der neue Traditionserlass**¹⁴³, unterzeichnet am **28. März 2018**, ersetzte die Vorversion aus dem Jahr 1982, welche als nicht mehr zeitgemäß bewertet worden war. Der erste Traditionserlass war 1965 herausgegeben worden.¹⁴⁴ Der derzeit gültige Traditionserlass ist keine radikale Neufassung, sondern eher eine Weiterentwicklung der vorherigen Version. Insbesondere folgende Punkte wurden geschärft:

141 *Gestorben wird immer – Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr öffnet in Dresden mit einer neuen Konzeption*, Alexandra Kaiser, 1. Oktober 2011, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/gestorben-wird-immer>

142 Internet-Seite des Militärhistorisches Museum der Bundeswehr: www.mhmbw.de

143 *Die Tradition der Bundeswehr – Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege*, (Kurz: *Traditionserlass*), Bundesministerium der Verteidigung, 2018, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bmvg.de/resource/blob/23234/6a93123be919584d48e16c45a5d52c10/20180328-die-tradition-der-bundeswehr-data.pdf>

144 *Bundeswehr und Tradition*, Bundesministerium der Verteidigung, Bonn, 1. Juli 1965, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter https://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2017/11/Traditionserlass_Bw_1965.pdf

„Die Tradition der Bundeswehr ist der Kern ihrer Erinnerungskultur. Sie ist die bewusste Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in gewachsenen Ausdrucksformen. (...)“

Mit ihrer Tradition überliefert und pflegt die Bundeswehr die Erinnerung an Ereignisse, Personen, Institutionen und Prinzipien aus der Gesamtheit der deutschen (Militär-)Geschichte, sofern diese vorbildlich und richtungweisend für ihren heutigen Auftrag wirken. (...)

Die Tradition der Bundeswehr bewahrt deren Erbe auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes und, daraus abgeleitet, des Soldatengesetzes. Sie ist integraler Bestandteil der Konzeption der Inneren Führung. (...)

Die Tradition der Bundeswehr beruht auf der kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, auf den ethischen Geboten der Konzeption der Inneren Führung und auf ihrer gesellschaftlichen Integration als Armee der Demokratie. Geschichtsbewusstsein und Kenntnis der eigenen Geschichte sind Voraussetzungen für das werteorientierte Traditionsverständnis der Bundeswehr und Grundlage für eine verantwortungsvolle Traditionspflege. (...)

Grundlage sowie Maßstab für das Traditionsverständnis der Bundeswehr und für ihre Traditionspflege sind neben den der Bundeswehr übertragenen Aufgaben und Pflichten vor allem die Werte und Normen des Grundgesetzes. Zu ihnen zählen insbesondere die Achtung der Menschenwürde, die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht, der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft sowie die Verpflichtung auf Freiheit und Frieden. Die 5 Angehörigen der Bundeswehr sind zudem der Menschlichkeit verpflichtet, auch unter Belastung und im Gefecht. (...)

Die Bundeswehr pflegt keine Tradition von Personen, Truppenverbänden und militärischen Institutionen der deutschen (Militär-)Geschichte, die nach heutigem Verständnis verbrecherisch, rassistisch oder menschenverachtend gehandelt haben. (...)

10.3. Polemik um die Unterrichtung von Jugendoffizieren an Berliner Schulen

Ende März 2019 beschloss die Berliner SPD auf ihrem Parteitag ein Werbeverbot der Bundeswehr an den Schulen in der Hauptstadt und sorgte sowohl parteiintern¹⁴⁵ als auch in den bundesweiten Leitmedien für eine heftige Debatte über den Einsatz von Jugendoffizieren der Bundeswehr in Schulen.

(SPD) Antrag 109/I/2019
Werbeverbot für alle militärischen Organisationen an Schulen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses sowie die SPD-Senator*innen des Landes Berlin werden aufgefordert, den Wortlaut des §5 Absatz 2, Teil 1 Schulgesetz für das Land Berlin um folgendes zu erweitern:

„Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben.“¹⁴⁶

Der Bundeswehr-Beauftragte des SPD-Vorstands **Thomas Hitschler** antwortete auf Twitter:

„Die Bundeswehr ist in der Mitte der Gesellschaft und wir müssen dafür sorgen, dass sie genau dort bleibt. Die Jugendoffiziere, die ich kennengelernt habe, bereichern die sicherheitspolitische Bildung an Schulen und das ist auch gut so!“¹⁴⁷

Diese Positionen waren jedoch nicht neu. Die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)** – sie vertritt 2021 nach eigenen Angaben¹⁴⁸ ca. 280.000 Mitglieder – hatte schon im **Oktober 2011** die Broschüre **„Einsatzgebiet Klassenzimmer – die Bundeswehr in der Schule“** herausgegeben. In dieser Schrift forderte die Gewerkschaft, man solle den „Einfluss [der Bundeswehr an den Schulen] zurückdrängen“, denn „politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften“. Schulen sollten als **„bundeswehrfreie Zonen“** gestaltet werden“. Darüber hinaus wurde empfohlen: „Eltern können

145 *Umstrittener Beschluss der Berliner SPD: Debatte über Bundeswehr an Schulen*, Kai Döring, 3. April 2019, Vorwärts, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.vorwaerts.de/artikel/umstrittener-beschluss-berliner-spd-debatte-bundeswehr-schulen>

146 *Antrag 109/I/2019 Werbeverbot für alle militärischen Organisationen an Schulen*, SPD Berlin, 25. Februar 2019 / 30. März 2019, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/werbeverbot-fuer-alle-militaerischen-organisationen-an-schulen/

147 *Umstrittener Beschluss der Berliner SPD: Debatte über Bundeswehr an Schulen*, Kai Döring, 3. April 2019, Vorwärts, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.vorwaerts.de/artikel/umstrittener-beschluss-berliner-spd-debatte-bundeswehr-schulen>

148 *Die GEW stellt sich vor*, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.gew.de/ueber-uns/>

beantragen, dass ihre Kinder vom Unterricht befreit werden, wenn Jugendoffiziere oder andere Bundeswehrsoldaten in die Schulen kommen.“¹⁴⁹

Jugendoffiziere gibt es seit 1958. Die Jugendoffiziere veröffentlichen jedes Jahr einen Jahresbericht.¹⁵⁰ Im Jahr 2019 waren im Durchschnitt 73 Jugendoffiziere im Einsatz, wobei die Dienstposten über 61 Standorte verteilt sind. **Im Jahr 2019 führten die Jugendoffiziere knapp 5.700 Veranstaltungen durch und konnten über 150.000 Teilnehmende erreichen.**^{151 152}

10.4. Vielfältige Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum

Seitdem die Wehrpflicht abgeschafft wurde, steht die **Bundeswehr in Konkurrenz mit den zivilen Arbeitgebern.** In einigen Branchen muss sogar versucht werden, die raren Fachkräfte abzuwerben. Um dies zu bewerkstelligen, etablierte die Bundeswehr zunächst eine neue Personalpolitik, um die Bewerberbasis möglichst bedarfsdeckend zu erweitern. Sodann verstärkte die Bundeswehr ihre Informationsarbeit in eigenen und fremden Medien, wobei sie konsequent auf Soziale Medien setzte, um das erhoffte Personal zu erreichen. Dies führte innerhalb von wenigen Jahren zu einer Omnipräsenz der „**Arbeitgebermarke Bundeswehr**“ in der Medienlandschaft, in den Sozialen Medien und im Alltag der Bürgerinnen und Bürger (zumindest in den Großstädten).

10.4.1. Hohe Anerkennung bei Hochwasser- und Hilfeinsätzen

Dem Artikel „**Hilfeleistung ja, Kampfeinsätze besser nicht**“ des Magazins *Loyal* des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr zufolge **unterstützt die deutsche Bevölkerung Bundeswehreinätze im Rahmen der Amtshilfe und des Zivilschutzes deutlich stärker als Kampfeinsätze:**

149 Einsatzgebiet Klassenzimmer – die Bundeswehr in der Schule, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Oktober 2011, 44 S., abgerufen am 6. Oktober 2021 unter https://www.gew.de/index.php?eID=dump-File&t=f&f=24443&token=639b83092054a1cb0a307da282b5626736ec2605&download=&n=Einsatzgebiet_Klassenzimmer-WEB.pdf

150 *Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2020*, Bundeswehr / Bundesministerium der Verteidigung, Mai 2021, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5016406/0751bef53dac20763900f107d0f76f72/jahresbericht-jgdoffz-2020-data.pdf>

151 *Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2020*, Bundeswehr / Bundesministerium der Verteidigung, Mai 2021, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter https://www.bundeswehr.de/resource/blob/897288/62f2d3a3d515cca913a91365c3a9427f/200714%20Jahresbericht_JgdOffz_2019_FINAL.pdf

152 Zum besseren Vergleich ist das Berichtsjahr 2019 herangezogen worden, da die Zahlen vom Berichtsjahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie kaum Vergleichbarkeit ermöglichen.

„Zwischen dem 18. Juli und dem 10. Oktober 1997 beorderte Hans-Peter von Kirchbach [Kommandierender General des IV. Korps in Potsdam, *E.d.V.*] die heute unvorstellbare Zahl von mehr als 30.000 Soldaten ins Überflutungsgebiet. 50 Bundeswehr-Hubschrauber waren insgesamt 2.700 Stunden in der Luft, 3.000 Fahrzeuge bewegten hunderttausende Tonnen Sand. Es wurde der größte Katastropheneinsatz der Bundeswehr.

Die Flutkatastrophe dieses Sommers [2021, *E.d.V.*] ist die schlimmste, die Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz jemals erlebt haben. 180 Tote sind zu beklagen, die Schäden gehen in die Milliarden. Auch diesmal ist die Bundeswehr maßgeblich beteiligt an der Hilfe entlang von Ahr und Erft. Diesmal sind es aber nur 2000 Soldaten, die zum Teil mit schwerem Gerät unterstützen. (...) Alleine in Nordrhein-Westfalen hatten die Kommunen in den Tagen nach der verheerenden Flutwelle 73 Anträge auf Amtshilfe gestellt. (...)

Es sind regelmäßig solche Einsätze, die zum Ansehen der Bundeswehr in der Bevölkerung beitragen. (...) Wenn es aber um militärspezifische Aufgaben der Bundeswehr geht, zeigt sich ein anderes Bild. **Während zuletzt 86 Prozent der Befragten einen Einsatz der Bundeswehr bei der Katastrophenhilfe befürworten, liegt die Zustimmung bei internationalen Einsätzen – etwa zur Bekämpfung des Terrorismus oder zur Stabilisierung einer Krisenregion – nur noch bei 60 Prozent. (...)**¹⁵³

Insgesamt zeigt sich, dass die Deutschen die Bundeswehr immer dann schätzen, wenn sie als „bewaffnetes Technisches Hilfswerk“ (...). Wenn es aber um das eigentliche militärische Handwerk geht, das Kämpfen und der robuste Einsatz auch mit Waffengewalt, dann nimmt die Zustimmung signifikant ab.“¹⁵⁴

10.4.2. Bundeswehr-Karriere und Trendwende Personal

Die „**Trendwende Personal**“ von 2016 ist die neue Personalstrategie der Bundeswehr im Rahmen der **Transition zur Freiwilligenarmee** und steht im Einklang mit den Zielen des 2016 publizierten **Weißbuchs**¹⁵⁵. Das Bundesministerium der Verteidigung beschreibt diese Strategie wie folgt:

153 Hervorhebung durch den Verfasser.

154 *Hilfsleistung ja, Kampfeinsätze besser nicht*, André Uzulis, „loyal“, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/hilfsleistung-ja-kampfeinsaetze-besser-nicht/>

155 *Weißbuch 2016*, Bundesministerium der Verteidigung, Mai 2021, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/weissbuch>

„Bevor die ehemalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Trendwende Personal im Mai 2016 einleitete, hatte die Bundeswehr rund 25 Jahre lang Personal abgebaut. Dies war dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Integration der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr geschuldet gewesen. Hinzu kam die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 und der daraus folgende Umbau der Bundeswehr zur Freiwilligenarmee.

In der Wendezeit hatte es noch eine halbe Million Soldatinnen und Soldaten in Deutschland gegeben; im Sommer 2016 dienten nur noch 166.500 Zeit- und Berufssoldaten in den Streitkräften. Damit war der historische Tiefpunkt im militärischen Personalbestand erreicht. Mit dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr von 2016 wurde die Abkehr von der jahrzehntelangen personalpolitischen Schrumpfkur eingeleitet. Seitdem wächst die Truppe wieder. Langsam zwar, aber stetig.“¹⁵⁶

Zusammen mit der Trendwende Personal wurden andere Begleitprojekte erfolgreich implementiert, zum Beispiel:¹⁵⁷

- Mit der **Agenda Attraktivität** wurden ab **2014** eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um den Soldatenberuf so attraktiv wie möglich zu gestalten.
- Ein **Gesetz zur Modernisierung der Besoldungsstrukturen** wurde verabschiedet und verbesserte die finanzielle Situation der Soldaten.

10.4.3. Modernisierte Personal- und Umgangspolitik

Besonders unter Ursula von der Leyen (CDU), Bundesministerin der Verteidigung von 2013 bis 2019, wurde eine **Annäherung der Bundeswehr an die Zivilgesellschaft angestrebt**. Die **Diversitätsoffensive** sollte die Bundeswehr gezielt als Arbeitgeber für Minderheiten attraktiv machen.

156 *Trendwende Personal*, Bundesministerium der Verteidigung, Mai 2021, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/modernisierung-bundeswehr/trendwende-personal>

157 *Trendwende Personal*, Bundesministerium der Verteidigung, Mai 2021, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/modernisierung-bundeswehr/trendwende-personal>

Als Galionsfigur dieses Paradigmenwechsels gilt Oberstleutnant Anastasia Biefang, die erste – und bisher einzige – Transfrau im Rang einer Kommandeurin. Oberstleutnant Biefang übernahm im Oktober 2017 das Informationstechnikbataillon 381 in Storkow (Mark) und wechselte 2020 ins Kommando CIR¹⁵⁸ nach Bonn.¹⁵⁹

Weitere Maßnahmen wurden getroffen, um den Dienst insgesamt attraktiver für die Hauptzielgruppe (18-25 Jahre) zu gestalten. So wurden viele **Unterkünfte modernisiert** und der sogenannte „**Haar- und Barterlass**“, eigentlich die Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) A-2630/1, „Das äußere Erscheinungsbild der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr“ wurde mit der **Novellierung von 2014**¹⁶⁰ großzügiger ausgelegt: die Bundeswehr erlaubte (unter bestimmten Voraussetzungen) das Tragen von bestimmten **Piercings** (außer Dienst) und lockerte die Regelungen für **Tätowierungen** sowie **Bartwuchs**.

Schließlich sorgte die Einführung der **Soldatenarbeitszeitverordnung (SAZV)**¹⁶¹, im Rahmen der Umsetzung einer EU-Verordnung dafür, dass die Dienstzeiten der Soldatinnen und Soldaten weitestgehend den der zivilen Angestellten und Beamten angeglichen wurden. Die **Arbeitszeit im „Grundbetrieb“**¹⁶² beträgt seit dem 1. Januar 2016 **41 Wochenstunden ohne Pausen**. Während der Grundgedanke des Gesetzgebers sicherlich von guten Intentionen getragen war, erwies sich die Umsetzung – wie für andere Streitkräfte in Europa – im Bundeswehralltag anfangs als nicht unproblematisch. **In der Summe handelt es sich um eine wesentliche Besserstellung der Soldatinnen und Soldaten.**¹⁶³

10.4.4. Sportsoldatinnen und Sportsoldaten

Die Sportsoldatinnen und -soldaten bilden die **Spitzensportförderung der Bundeswehr**. Die Athleten werden von der Bundeswehr mit ca. 1.500 und 2.500 Euro pro Monat besoldet und dürfen sich ihrem Sport in einer der 15 Sportfördergruppen widmen, wobei eine Leistungskontrolle regelmäßig stattfindet. Die Sportsoldatinnen und -soldaten sind deshalb eine Art **Aushängeschild**

158 Kommando Cyber- und Informationsraum.

159 *Oberstleutnant Anastasia Biefang: Abschied nach drei Jahren*, 1. September 2020, StorkowPlus, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://storkowplus.de/oberstleutnant-anastasia-biefang-abschied-nach-drei-jahren/>

160 *Neuer Haar- und Barterlass: Regenschirm ja, Tunnel nein, Augen gerade aus!*, 20. Januar 2014, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2014/01/neuer-haar-und-barterlass-regenschirm-ja-tunnel-nein/>

161 Verordnung über die Arbeitszeit der Soldatinnen und Soldaten (Kurz: Soldatenarbeitszeitverordnung, SAZV) abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.gesetze-im-internet.de/sazv/SAZV.pdf>

162 Im Einsatz oder im Falle von Sonderdiensten gilt eine andere Regelung.

163 *Die Angst der Bundeswehr vor der 41-Stunden-Woche*, Thorsten Jungholt, 7. Dezember 2015, Die Welt, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article149674818/Die-Angst-der-Bundeswehr-vor-der-41-Stunden-Woche.html>

der Bundeswehr bzw. des Bundesministeriums der Verteidigung und Deutschlands auf dem internationalen Parkett.

Diese Spitzenförderung lohnt sich für die Bundesrepublik durchaus: **von den 431 Olympia-Teilnehmern der Sommerspiel 2021 in Tokio waren 154 Sportsoldaten** (63 Frauen und 91 Männer) – mehr als in Peking 2008, London 2012 und Rio 2016. **Obwohl die Sportsoldaten nur ein Drittel der deutschen Athleten ausmachten, errangen die Sportsoldatinnen und -soldaten mehr als die Hälfte der Medaillen.**¹⁶⁴

10.4.5. Tag der Bundeswehr

Über das ganze Jahr präsentiert die Bundeswehr sich und ihre Fähigkeiten bei zahlreichen Veranstaltungen der Bevölkerung. Der Veranstaltungshöhepunkt im Terminkalender der Bundeswehr ist der **seit 2015 jährlich stattfindende Tag der Bundeswehr**. An verschiedensten Standorten in ganz Deutschland erhalten Interessierte Einblicke in die Vielfalt ihrer Streitkräfte. Im Juni 2019 präsentierte sich die Bundeswehr an 14 Standorten. Es kamen insgesamt **270.000 Besucher zum fünften Tag der Bundeswehr**¹⁶⁵ – ein Zuwachs von 50.000 Besucherinnen und Besuchern gegenüber dem Vorjahr.¹⁶⁶

10.4.6. Moderne Kommunikationswege

Die Bundeswehr nimmt für sich in Anspruch, auch mit modernsten Kommunikationsmitteln ihre Botschaften abzusetzen. **Die Bundeswehr erreicht** über verschiedene *Social Media*-Kanäle nach eigener Darstellung **täglich knapp 1,5 Millionen Menschen**.¹⁶⁷ Selbst der **Generalinspekteur** hat ein **offizielles Twitter-Konto** und immerhin fast 22.000 Abonnenten („Follower“).

164 *Olympia: Sportsoldaten holen mehr als jede zweite Medaille für Deutschland*, Gunnar Kruse, BundeswehrVerband, 9. August 2021, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/blickpunkt/beitrag/olympia-sportsoldaten-holen-mehr-als-jede-zweite-medaille-fuer-deutschland> und Bundeswehr: Förderung für Athleten „lebensnotwendig“, SZ / dpa, 27. Juli 2021, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.sueddeutsche.de/sport/olympia-bundeswehr-foerderung-fuer-athleten-lebensnotwendig-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210727-99-553488>

165 *Das war der Tag der Bundeswehr 2019*, (Videobeitrag), 13. Juni 2020, Bundeswehr, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/veranstaltungen-bundeswehr/das-war-der-tag-der-bundeswehr-2019-172492>

166 *Tag der Bundeswehr: Der Truppe ganz nah*, BundeswehrVerband, 11. Juni 2018, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/blickpunkt/beitrag/tag-der-bundeswehr-der-truppe-ganz-nah>

167 *Die Bundeswehr auf Social Media*, Bundeswehr, undatiert, abgerufen am 12. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/social-media-bundeswehr>



Abbildung: Offizielles Twitter-Konto des Generalinspektors der Bundeswehr¹⁶⁸

10.4.7. Die Werbekampagne „Mach was wirklich zählt“

Mit der 2015 gestarteten und bis heute andauernden **Rekrutierung- und Werbekampagne „Mach was wirklich zählt“**, wirbt die Bundeswehr um Aufmerksamkeit und Talenten beziehungsweise Rekruten.

Die Kampagne wurde mit markigen, provozierenden Sprüchen bekannt und in den Medien immer wieder kommentiert. Daneben ist das Hauptmotiv der Kampagne, ein **polygonaler modern-wirkender Camouflage-Hintergrund** zur Erkennungsmarke der Bundeswehr und ihrer Kommunikation geworden. Besonders in Großstädten und bei wichtigen Veranstaltungen wird das Motiv großzügig plakatiert. In Berlin ist die Werbekampagne oft an U- und S-Bahn-Stationen

168 Abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://twitter.com/bundeswehrgi?lang=de>

anzutreffen, manchmal werden Busse mit dem Werbemotiv foliiert. 2015 wurde für die erste Kampagne 10,5 Mio. Euro budgetiert.¹⁶⁹ Für das darauffolgende Jahr wurden aufgrund der überwiegend positiven Resonanz jedoch schon 35,26 Mio. Euro aufgewendet.¹⁷⁰

Das *Bundeswehr-Journal*¹⁷¹ (eine private Publikation, die nicht von der Bundeswehr herausgegeben wird) beschreibt diese Kampagne in einem Artikel von Dezember 2015, wie folgt:

„Grünzeug ist auch gesund für deine Karriere“ oder „Bei uns geht es ums Weiterkommen. Nicht nur ums Stillstehen“ – mit solch provokanten Botschaften will die aktuelle Arbeitgeberkampagne der Bundeswehr potenziellen Nachwuchskräften Entscheidungsimpulse geben. Die Kampagne, die am 2. November unter dem Motto „Mach, was wirklich zählt“ gestartet worden ist, fokussiert auf zwei Bereiche. Zum einen auf den sinnstiftenden Dienst an der Gesellschaft, zum anderen auf die vielen qualifizierenden Ausbildungsmöglichkeiten in der Truppe.

(...)

Dass kaum ein anderer Arbeitgeber ein so breites Aufgabenspektrum abbildet wie die Bundeswehr, soll seit gut vier Wochen durch mehr als 30.000 Plakate, fünf Millionen Postkarten sowie Riesenpostern in elf ausgewählten deutschen Städten sichtbar gemacht werden. In einer zweiten Phase werden inzwischen seit Mitte November in Videos und auf Plakaten auch einzelne Berufsbilder der Öffentlichkeit präsentiert: vom freiwillig Wehrdienstleistenden bis hin zur „Eurofighter“-Pilotin. Die Männer und Frauen in Bundeswehruniform oder auch zivile Mitarbeiter der Streitkräfte stellen exemplarisch die Besonderheiten ihres Berufs dar und sprechen in den Kurzfilmen über die Chancen und Herausforderungen ihrer Tätigkeit.

(...)

169 10,6 Millionen Euro für Werbekampagne der Bundeswehr, Christian Dewitz, Bundeswehr-Journal, 5. Dezember 2015, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr-journal.de/2015/106-millionen-euro-fuer-werbekampagne-der-bundeswehr/>

170 35,26 Millionen für den Kampf um Herzen und Köpfe, Christian Dewitz, Bundeswehr-Journal, 30. Mai 2016, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr-journal.de/2016/3526-millionen-fuer-den-kampf-um-herzen-und-koepfe/>

171 Das bundeswehr-journal ist ein unabhängiges deutsches Militärmagazin, welches von OTL d.R. Christian Dewitz bzw. der von ihm gegründeten Agentur mediakompakt in Bad Godesberg herausgegeben wird. Die Publikation ist unter der Adresse www.bundeswehr-journal.de im Internet zugänglich. Vgl. *bundeswehr-journal*, Wikipedia, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswehr-journal>

Die Grundlage für die Konzeption dieser Arbeitgeberkampagne sei durch die Arbeitsgemeinschaft „Arbeitgebermarke Bundeswehr“ des Verteidigungsministeriums gelegt worden, so [Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung Markus, *E.d.V.*] Grübel. Dabei habe man unter Berücksichtigung einer Studie des Zentrums Informationsarbeit Bundeswehr – kurz ZinfoABw – eine strategische Positionierung der Bundeswehr als Arbeitgeber entwickelt. Der Staatssekretär zu der Studie: Sie „wurde im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung vergeben, die eine aus den Agenturen Castenow und Burson-Marsteller bestehende Bietergemeinschaft für sich entscheiden konnte“.

Die Arbeitgeberpositionierung werde nun im Rahmen der Arbeitgeberkampagne „Mach, was wirklich zählt“ umgesetzt, erklärte Grübel weiter. Die Kampagne selber sei in Zusammenarbeit zwischen der Agentur Castenow, die im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zur Arbeitgeberkommunikation und Personalwerbung der Bundeswehr den Zuschlag erhalten habe, und dem Büro des Beauftragten für die Kommunikation der Arbeitgebermarke „Bundeswehr“ entwickelt worden.

Kernzielgruppe der Kampagne seien 17- bis 35-jährige Männer und Frauen. Erreicht werden sollen aber auch die allgemeine Öffentlichkeit sowie alle Angehörigen der Bundeswehr.

Für die Arbeitgeberkampagne, die am 2. November gestartet worden ist und jetzt bis in den Februar 2016 wirken soll, sind nach Auskunft Grübels im Haushaltsjahr 2015 Mittel in Höhe von 10,6 Millionen Euro vorgesehen. Verbucht werden die Kosten für die Nachwuchswerbung bei Kapitel 1403 des Verteidigungsetats, Titel 538 01.

Der Bund der Steuerzahler Deutschland kritisiert die Ausgaben für diese Arbeitgeberkampagne heftig. „Die Bundeswehr sucht händeringend Nachwuchskräfte. Dafür geht sie seit Anfang November in eine neue Offensive – und braucht dazu 10,6 Millionen Euro Steuergeld. Deutschlandweit sollen locker formulierte Slogans auf die Bundeswehr aufmerksam machen. 30.000 Plakate für 4,3 Millionen Euro, fünf Millionen Postkarten für 590.000 Euro, 550.000 Euro für Radiospots, mehr als zwei Millionen Euro für Onlineaktivitäten und mehr: Bis in den Februar 2016 hinein will sich die Bundeswehr auf diese Weise als ‚besonders sinnstiftender und qualifizierender Arbeitgeber‘ vermarkten.“

(...)

Erstaunlich ist, dass der eigentliche Dienst der Soldaten – ihr Dienst an und mit der Waffe – bei Vergabe dieser teuren *Employer Branding*-Auftragsarbeit offenbar kein Thema war. Dafür haben sich Ministerium und Agentur aber auf einen neuen Begriff einigen können: Die Männer und Frauen in Bundeswehruniform heißen nun „militärische Fachkraft“.

Mittlerweile sehen sich die Kampagnemacher auch mit einer fatalen Nachahmung konfrontiert. Seit einigen Tagen hetzt ein Netzwerk „von Aktionskünstlern und Aktivisten“ – das Berliner „Peng-Kollektiv“ – mit einer zum Verwechseln ähnlichen Onlineaufmachung gegen die Bundeswehr.¹⁷²

Die bundeswehrkritische Aktion des Peng-Kollektivs ist immer noch erreichbar und kann weiterhin mit dem gleichen Hauptmotiv (dem polygonalen Camouflage-Hintergrund) wie die Bundeswehr werben, da dieser markenrechtlich nicht geschützt ist.



Abbildung: Bildschirm-Abbild der Bundeswehrkritischen Kampagne des Peng-Kollektivs 2021¹⁷³

172 10,6 Millionen Euro für Werbekampagne der Bundeswehr, Christian Dewitz, Bundeswehr-Journal, 5. Dezember 2015, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr-journal.de/2015/106-millionen-euro-fuer-werbekampagne-der-bundeswehr/>

173 Abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://pen.gg/machwaszaehlt/>

Allerdings reagierte die Bundeswehr auf solche Kritik und ließ bei mehreren Anlässen das Motiv „Wir kämpfen auch dafür, dass Du gegen uns sein kannst!“ plakatieren:



Abbildung: „Wir kämpfen auch dafür, dass Du gegen uns sein kannst!“¹⁷⁴

174 *Bundeswehr Karriere*, Offizielle Facebook-Seite, Eintrag vom 25. November 2015, abgerufen am 7. November 2021 unter <https://m.facebook.com/bundeswehr.karriere/photos/a.983355625037230.1073741857.215977868441680/983355651703894/>

10.4.7.1. Beispiel 1: Kampagne „Mach was wirklich zählt“

Abbildung: „Weltfrieden Defekt“ (2019)¹⁷⁵

175 Bundeswehrkarriere, Facebook-Seite (offiziell), Eintrag vom 5. Juni 2019 abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.facebook.com/bundeswehr.karriere/posts/2336982053007907/>

10.4.7.2. Beispiel 2: Kampagne „Mach was wirklich zählt – Cyber“

Abbildung: „Deutschlands Freiheit wird auch im Cyberraum verteidigt“¹⁷⁶

176 *Projekt digitale Kräfte*, Presse und Informationszentrum Personal (PIZ-Personal), 16. März 2016, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.presseportal.de/pm/116137/3278538>

10.5. Vielfältige Präsenz der Bundeswehr in den Medien

Kaum ein anderes Unternehmen bzw. kaum eine andere Institution ist so präsent in den Medien und somit im Alltag vieler Menschen wie die Bundeswehr. Einige Verbreitungskanäle werden untenstehend beschrieben.

10.5.1. Bundeswehreigene Medien

10.5.1.1. Beispiel 1: Sonderpublikationen im Printbereich

Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Y¹⁷⁷ – Das Magazin der Bundeswehr“, erscheint seit 2001 und kann aufgrund der Beitrags- und Gestaltungsqualität als Flaggschiff der bundeswehreigenen Publikationen bezeichnet werden. Darin werden die jeweils aktuellen bundeswehrrelevanten und verteidigungspolitischen Themen behandelt. Herausgeber sind das Bundesministerium der Verteidigung beziehungsweise der Presse- und Informationsstab der Bundeswehr.

Besonders die **Sonderausgabe „Der höchste Einsatz – Tod und Verwundung“¹⁷⁸ von November 2016**, die das Thema Tod und Verwundung im Mittelpunkt stellte, wurde innerhalb und außerhalb von Bundeswehrkreisen positiv rezipiert und wurde mehrfach mit Medienpreisen¹⁷⁹ prämiert.¹⁸⁰

177 Das „Y“ bezieht sich auf das Meldekennzeichen der Bundeswehrfahrzeuge.

178 Abgerufen am 7. Oktober 2021 unter : [y-magazin-spezial-tod-verwundung-2016-data.pdf \(bundeswehr.de\)](https://www.bundeswehr.de/y-magazin-spezial-tod-verwundung-2016-data.pdf)

179 *Y (Zeitschrift)*, Wikipedia, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Y_\(Zeitschrift\)#cite_note-3](https://de.wikipedia.org/wiki/Y_(Zeitschrift)#cite_note-3)

180 *Spezialausgabe des Y-Magazins der Bundeswehr: „Tod und Verwundung“*, Bundeswehr-Kanal, 13. November 2016, YouTube, 3:50min, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter https://www.youtube.com/watch?v=HI_FaR-WbtpU



Abbildung: Umschlagsbild vom Y-Magazin, „Der höchste Einsatz“ (2016)¹⁸¹

181 Abgerufen am 7. Oktober 2021 unter : y-magazin-spezial-tod-verwundung-2016-data.pdf (bundeswehr.de)

10.5.1.2. Beispiel 2: YouTube-Kampagne „Die Rekruten“ (2016)¹⁸²

Große Bekanntheit und Durchdringung durch alle Schichten der Bevölkerung und vor allem der werberelevanten Altersklasse der 17 bis 25-jährigen erlangte die Bundeswehr mit ihrer **Werbe- und Rekrutierungskampagne „Die Rekruten“**, die im November 2016 startete.



Werbekampagne der Bundeswehr „Die Rekruten“ auf YouTube.
Abbild: Bundeswehrkarriere.de¹⁸³

182 *Die Rekruten*, Bundeswehr-Karriere, 2016, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bundeswehr-karriere.de/dierekruten>

183 *Die Rekruten*, Bundeswehr-Karriere, 2016, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bundeswehr-karriere.de/dierekruten>

Die 65 Kurzepisoden¹⁸⁴ von ca. fünf bis zehn Minuten begleiten im Format „Reality-TV“ zwölf Rekruten der **Marinetechnikschule in Parow** (Mecklenburg-Vorpommern) während ihrer gesamten Grundausbildung von drei Monaten. Die Produktion der Serie kostet knapp 1,7 Millionen Euro, hinzu kamen noch 5,2 Millionen Euro an Werbebudget.¹⁸⁵

Die Rekruten wurden **meist positiv rezipiert** und die Serie wurde mehrfach mit Medienpreisen ausgezeichnet. Gelegentlich wurde dahingehend **Kritik** geäußert, dass sowohl Format als auch Darstellung zu einer fragwürdigen und realitäts- beziehungsweise einsatzfernen **Romantisierung des Soldatenlebens** beitragen würden. Thomas Heimbach zum Beispiel schrieb zur Serie in der *Welt*: „**Man denkt, die Bundeswehr sei ein Abenteuerpielplatz**“.¹⁸⁶

Mehrere Episoden erlangten eine sehr **hohe Platzierung in den YouTube-Trends**. Das Projekt wurde **für die Bundeswehr ein großer Marketingerfolg**:

„Über 44 Millionen Views, 270.000 Abonnenten und 150.000 Kommentare machen die Serie zu einem der erfolgreichsten Social Media Projekte der letzten Jahre. Über 40 Prozent der 14 bis 29 Jährigen kennen die Serie, davon findet die Hälfte die Serie gut. ‚Für die Bundeswehr ist die Serie ein großer Überraschungserfolg. Die Serie hat uns sehr geholfen, 20 Prozent mehr militärische Bewerbungen für die Bundeswehr zu bekommen‘, bilanziert Dirk Feldhaus, Beauftragter für die Kommunikation der Arbeitgebermarke Bundeswehr.“¹⁸⁷

184 Die Gesamtserie ist weiterhin abrufbar unter <https://www.youtube.com/playlist?list=PL0nyHde37tlao-vYD1K4rvhW4Hoav-ITq>

185 „Die Rekruten“: *Viraler Erfolg spart eine Million Euro Werbekosten*, Pressemitteilung, Presse- und Informationszentrum Personal, 22. Dezember 2016, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.presseportal.de/pm/116137/3518714>

186 *Man denkt, die Bundeswehr sei ein Abenteuerpielplatz*, Tobias Heimbach, 22. Oktober 2021, Die Welt, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article159125728/Man-denkt-die-Bundeswehr-sei-ein-Abenteuerpielplatz.html>

187 *YouTube-Erfolg "Die Rekruten" bringt der Bundeswehr mehr Bewerber*, Pressemitteilung, Presse- und Informationszentrum Personal, 29. Mai 2017, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.presseportal.de/pm/116137/3646795>

10.5.1.3. Nachfolgekampagnen der Bundeswehr in den Sozialen Medien

Der Erfolg der *Rekruten* veranlasste die Bundeswehr weitere ähnliche Formate zu produzieren.

- **2017 : Mali – Folge uns in den Einsatz**
31 Videos
Die Produktion kostete 2 Millionen Euro, die Werbemaßnahmen 4,5 Millionen¹⁸⁸
Unterstützend wurde ein Storytelling-Bot eingesetzt¹⁸⁹
Das Titellied der Serie schaffte es auf Platz 1 der *Spotify Viral 50 Deutschland-Charts*.¹⁹⁰
- **2018 : Biwak – 4 Tage in Eis und Schnee**
8 Videos
- **2018 : Die Springer – Mach den Sprung deines Lebens**
18 Videos
Die Gesamtkosten wurden mit 2,1 Millionen Euro angegeben¹⁹¹
- **2018 : Unbesiegt – Die Kraft der *Invictus Games***
17 Videos
- **2018 : KSK – Kämpfe nie für dich allein**
34 Videos
- **2019 : Survival – 7 Offiziere, eine Mission**
11 Videos
- **2019 : Die Rekrutinnen – Folge uns in die Grundausbildung**
71 Videos
- **2020 : Besatzung Bravo**
33 Videos
- **2021 : Die Mission – Bereit Dich zu schützen**
17 Videos

188 *Reality-TV aus dem Mali-Einsatz: „Willkommen auf dem Mars, hier ist's schön“ (m. Nachtrag)*, Thomas Wiegold,

189 *Bundeswehr, der 1. Storytelling-Bot im Einsatz in Mali*, Castenow, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.castenow.de/cases/bundeswehr-der-1-storytelling-bot-im-einsatz-in-mali>

190 *Bundeswehr, der 1. Storytelling-Bot im Einsatz in Mali*, Castenow, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.castenow.de/cases/bundeswehr-der-1-storytelling-bot-im-einsatz-in-mali>

191 *Neue YouTube-Serie der Bundeswehr heißt „Die Springer“*, Annette Mattgey, 17. Juli 2018, W&V, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter https://www.wuv.de/karriere/neue_youtube_serie_der_bundeswehr_heisst_die_springer

10.5.2. Private und öffentlich-rechtliche Medien

Das Thema Bundeswehr und die damit einhergehenden Themen der Verteidigungspolitik erreichen die Bevölkerung auch in dem private und öffentlich-rechtliche Medien diese Themen aufgreifen.

10.5.3. Bundeswehr-Darstellung in Büchern (ab 2010)

Bücher zum Thema Bundeswehr können in drei Kategorien unterteilt werden:

- **Wissenschaftliche Publikationen** (Beispiel)
 - Sönke Neitzel
Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte (2020)

„Ein Leutnant des Kaiserreichs, ein Offizier der Wehrmacht und ein Zugführer der Task Force Kunduz des Jahres 2010 haben mehr gemeinsam, als wir glauben. Zu diesem überraschenden Schluss kommt Sönke Neitzel, der die deutsche ‚Kriegerkultur‘ in all ihren Facetten untersucht. Seine Bilanz: Soldaten folgen der Binnenlogik des Militärs, sie sollen kämpfen und auch töten. Das gilt für die großen Schlachten im Ersten Weltkrieg, den verbrecherischen Angriffskrieg der Wehrmacht und aber auch für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. In einer großen historischen Analyse durchmisst Neitzel das Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Militär und zeigt, wie sich die Kultur des Krieges über die Epochen veränderte. 75 Jahre nach Kriegsende geht es darum, das ambivalente Verhältnis der Deutschen zu ihrer Armee neu zu bestimmen.“¹⁹²

- **Politische Bücher** (Beispiel)
 - Richard Drexl und Joseph Kraus
Nicht einmal bedingt abwehrbereit – Die Bundeswehr in der Krise (2021)

192 *Deutsche Krieger, Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte*, Sönke Neitzel, Propyläen Verlag, 816 Seiten, Erschienen: 2. November 2020, Verlagstext, abgerufen am 12. Oktober 2021 unter <https://www.ullstein-buchverlage.de/nc/buch/details/deutsche-krieger-9783549076477.html> ; Rezensiert für den Arbeitskreis Historische Friedens- und Konfliktforschung bei H-Soz-Kult von Eckart Conze, Seminar für Neuere Geschichte, Universität Marburg, 5. Mai 2021, abgerufen am 12. Oktober 2021 unter <https://www.hsozkult.de/review/id/reb-95530?title=s-neitzel-deutsche-krieger>

- **Einsatzberichte** (Beispiele)
 - Achim Wohlgetan,
Endstation Kabul – Als deutscher Soldat in Afghanistan (2009)
 - Johannes Clair,
Vier Tage im November – Mein Kampfeinsatz in Afghanistan (2012)
(Siehe dazu Punkt 10.5.5.2, Beispiel 2: Der Einsatzveteran in den sozialen Medien)

10.5.4. Bundeswehr-Darstellung in Spiel- und Dokumentarfilmen ab 2001

Dokumentarfilme zum Thema Bundeswehr beleuchten entweder gesellschaftliche Fragen, die Ausbildung von Spezialeinheiten, das Problem von Ausrüstungsmängeln sowie Ereignisse um den Einsatz von Soldaten im Ausland.

Nennenswerte Dokumentationen sind (Auswahl):

- **Feldtagebuch – Allein unter Männern** (SWR, 2002)¹⁹³
Der Film behandelt die Grundausbildung der ersten Rekrutinnen der Bundeswehr
- **Foxtrott 4 – Sechs Monate Afghanistan** (NDR, 2012)¹⁹⁴
Der Film dokumentiert den Alltag einer Dingo¹⁹⁵-Besatzung in Afghanistan
- **Ausgedient** (NDR/WDR, 2014)¹⁹⁶
Der Film begleitet Soldaten, die traumatisiert aus dem Einsatz zurückkamen

193 *Feldtagebuch – Allein unter Männern*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Feldtagebuch_%E2%80%93_Allein_unter_M%C3%A4nnern

194 *Foxtrott 4: Das Buch noch nicht gelesen, schon kommt der Film...*, Thomas Wiegold, Augen geradeaus!, 11. September 2012, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2012/09/foxtrott-4-das-buch-noch-nicht-gelesen-schon-kommt-der-film/>

195 Das Krauss-Maffei Wegmann Allschutz-Transport-Fahrzeug (ATF) Dingo ist ein gepanzertes Radfahrzeug für Patrouillen- und Spähfahrten.

196 *Ausgedient*, Michael Richter, Hanfgarn und Ufer Filmproduktion, NDR/WDR, 2014, abgerufen am 12. Oktober 2021 über die Mediathek der Bundeszentrale für politische Bildung unter <https://www.bpb.de/media-thek/217271/ausgedient>

- **Das Hubschrauber-Fiasko bei der Bundeswehr** (ZDF, 2015)¹⁹⁷
Der Film behandelt die Probleme des Transport-Hubschraubers NH90
- **Soldaten: Vom ersten Tag bis zum Auslandseinsatz** (NDR/rbb, 2021)¹⁹⁸
Der Film begleitet zwei Jahre lang Rekruten bis zum ersten Einsatz

Doku-Fiktionen zum Thema Bundeswehr beleuchten Skandale um die Bundeswehr.

Nennenswerte Doku-Fiktionen sind (Auswahl):

- **Eine mörderische Entscheidung** (ARD, 2013).¹⁹⁹
Der Film thematisierte rechtliche und moralische Fragen des Luftangriffes in Kundus.
- **Tod einer Kadettin** (ARD, 2017)²⁰⁰
Der Film behandelt den Tod der Kadettin Jenny Böken auf der Gorch Fock im Jahr 2008

Spielfilme um die Bundeswehr sind zunächst vor allem **Komödien, die sich mit der Wehrpflicht auseinandersetzen**. Nennenswerte Komödien (Auswahl) sind:

- **Kein Bund für's Leben** (2007)²⁰¹
- **Morgen, ihr Luschen! Der Ausbilder-Schmidt-Film** (2008)²⁰²

197 ZDFzoom berichtet über den militärischen Transport-Hubschrauber NH90, ZDF, Pressemitteilung, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/das-hubschrauber-fiasko-bei-der-bundeswehr/>

198 *Von Hagenow nach Afghanistan – Dokumentarfilm „Soldaten“* in der ARD Mediathek und im Ersten, Pressemitteilung, NDR, Presseportal, 4. Juli 2021, abgerufen am 12. Oktober 2021 unter <https://www.presseportal.de/pm/69086/4959357>

199 *Eine mörderische Entscheidung*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Eine_m%C3%B6rderische_Entscheidung#Kritik

200 *Tod einer Kadettin*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Tod_einer_Kadettin

201 *Kein Bund für's Leben*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Kein_Bund_f%C3%BCr%E2%80%99s_Leben

202 *Morgen, ihr Luschen! Der Ausbilder-Schmidt-Film*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Morgen,_ihr_Luschen!_Der_Ausbilder-Schmidt-Film

Um das Jahr 2010 kommen ernste Bundeswehr-Themen ins Fernsehen und in die Kinos in Form von abendfüllenden Spielfilmen. Diese Spielfilme behandeln vor allem Themen um die Auslandseinsätze und ihre Auswirkungen.

Im April 2010 schreibt Eckhard Fuhr in der *Welt*: „**Jetzt ist die Bundeswehr endlich filmreif**“ und ergänzt:

„Fast alle Facetten des deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg sind in Filmen gezeigt worden. Mit der Bundeswehr haben sich Kino und Fernsehen dagegen lange Zeit schwer getan. Doch jetzt kommt der alltägliche Krieg in Afghanistan auch in deutschen Wohnzimmern und auf deutschen Leinwänden an. Es wurde auch Zeit.“²⁰³

Im September 2010 beklagt Michael Schulze von Glaßer in *Telepolis* dagegen eine Welle des „**Militainment made in Germany**“ als „**Produkt staatlich subventionierten Fernsehens**“.²⁰⁴

Nennenswerte Spielfilme zum Thema Bundeswehr sind (Auswahl):

- **Kongo (2010)**²⁰⁵
Thema: Eine Frau Oberleutnant soll in der Republik Kongo der Frage nachgehen, wieso sich dort ein Soldat der Bundeswehr umgebracht hat
- **Heimatfront** (Tatort, Saarländischer Rundfunk, 2011)²⁰⁶
Thema: Die Traumatisierung von Einsatz-Veteranen
- **Auslandseinsatz** (2012)
Thema: Drei Soldaten verstricken sich trotz ihrer Bemühungen, nur humanitäre Hilfe leisten zu wollen, in Konflikte zwischen der afghanischen Bevölkerung, den Taliban und den US-Streitkräften

203 *Jetzt ist die Bundeswehr endlich filmreif*, Eckhard Fuhr, 09. April 2010, Die Welt, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.welt.de/kultur/kino/article7101293/Jetzt-ist-die-Bundeswehr-endlich-filmreif.html>

204 *Der unterhaltsame Krieg*, Michael Schulze von Glaßer, 19. September 2010, Telepolis, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.heise.de/tp/features/Der-unterhaltsame-Krieg-3386939.html>

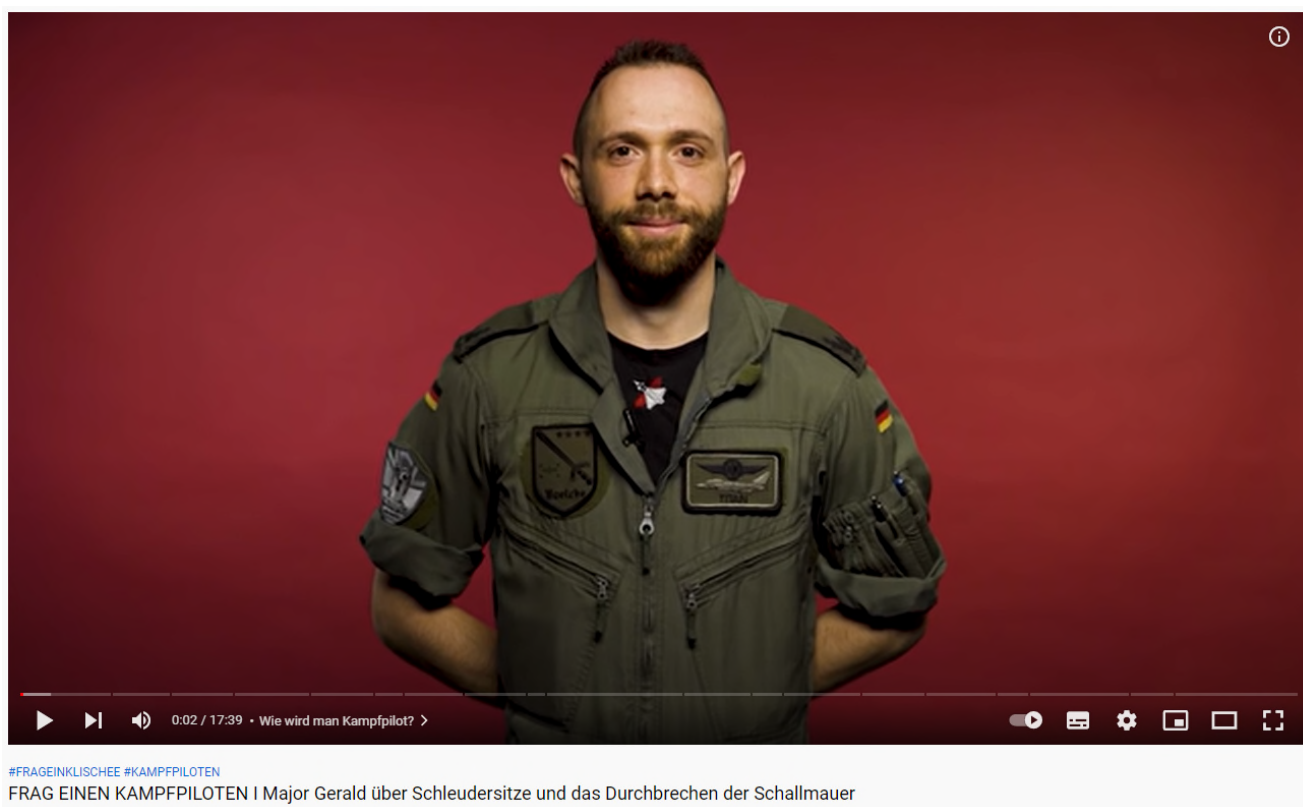
205 *Kongo (2010)*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Kongo_\(2010\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kongo_(2010))

206 *Tatort: Heimatfront*, Wikipedia, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Tatort:_Heimatfront

10.5.5. Bundeswehr-Darstellung in den sozialen Medien

10.5.5.1. Beispiel 1: Der Kampfpilot in den sozialen Medien

Die Bundeswehr gibt es auch in Online-Medien. Dies geschieht zum Beispiel, in dem aktive Soldaten sich vorstellen, wie am folgenden Beispiel in dem YouTube-Format „Frage ein Klischee“²⁰⁷ des Anbieters HyperboleTV²⁰⁸.



Videobeschreibung des Anbieters: „**Major Gerald ist Eurofighter-Pilot bei der Luftwaffe.** Mit diesem Kampffjet – dem modernsten der Luftwaffe – sichert er den deutschen Luftraum und kann mit ihm schneller als der Schall fliegen. Wir haben ihm eure Fragen gestellt!“

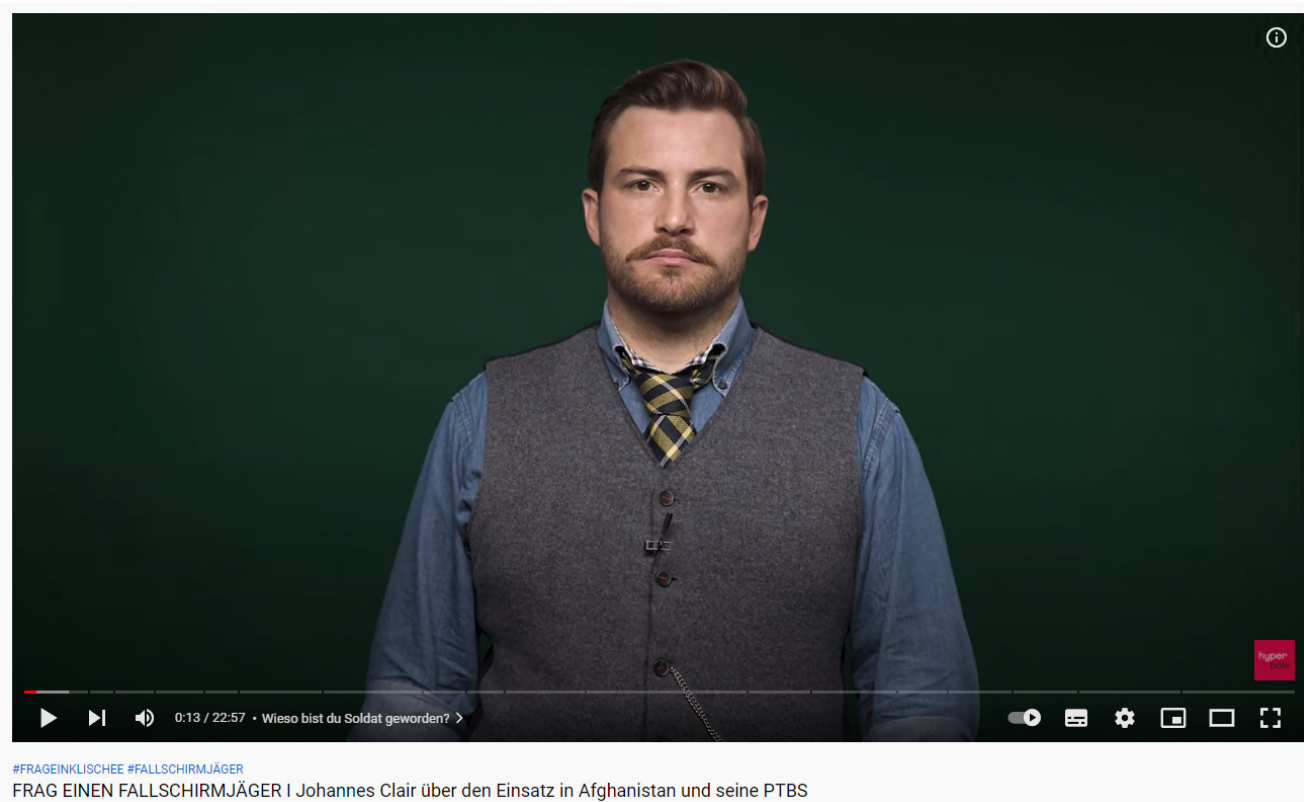
Das Gespräch hatte eine **Reichweite von über 770.000 Aufrufe** zwischen dem 20. Mai 2021 und dem 22. September 2021.

207 *Frag einen Piloten – Major Gerald über Schleudersitze und das Durchbrechen der Schallmauer*, HyperboleTV, YouTube, 20. Mai 2021, abgerufen unter <https://www.youtube.com/watch?v=7fBdqdgRxFM>

208 HyperboleTV, Internetseite abrufbar unter www.hyperbole.de

10.5.5.2. Beispiel 2: Der Einsatzveteran in den sozialen Medien

Die Bundeswehr-Themen werden jedoch nicht nur durch aktive Soldaten in die Welt getragen, sondern durch ehemalige Soldaten und Einsatzrückkehrer.²⁰⁹



Videobeschreibung des Anbieters: „**Johannes Clair ist mit 25 als Fallschirmjäger nach Afghanistan gegangen.** Durch den Einsatz hat er bis heute mit einer posttraumatischen Belastungsstörung zu kämpfen. Über seine Erlebnisse dort hat er ein Buch geschrieben. Wir haben Johannes eure Fragen gestellt!“

Das Gespräch hatte eine **Reichweite von über 390.000 Aufrufe** zwischen dem 16. September 2021 und dem 7. Oktober 2021.

Johannes Clair ist der Autor des Buchs *Vier Tage im November – Mein Kampfeinsatz in Afghanistan* (2012).

209 *Frag einen Fallschirmjäger – Johannes Clair über den Einsatz in Afghanistan und seine PTBS* [-Erkrankung, E.d.V.], HyperboleTV, YouTube, 20. Mai 2021, abgerufen unter <https://www.youtube.com/watch?v=ggbf3DGNShM>

10.5.6. Herausforderung „Soziale Medien“

Die Sozialen Medien sind für die Bundeswehr ambivalent. Einerseits kann der Dienstherr durch die Kommunikation seiner Soldatinnen und Soldaten auf Facebook, Instagram, TikTok, Twitter, WhatsApp, etc. **Reichweite und Sympathiewerte** verbuchen, andererseits besteht das **Risiko eines unbeabsichtigten Geheimnisverrates** sowie die **Gefahr einer Kommunikationspanne**.

Diese Situation veranlasste das Bundesministerium der Verteidigung dazu, 2019 eine neue²¹⁰ **Richtlinie für den Umgang mit den Sozialmedien** (Social Media Guidelines)²¹¹ zu veröffentlichen, welche die Verhaltensempfehlungen „Darf man“ („DOs“) und „Darf man nicht“ („DON'Ts“) veranschaulicht:



Posten Sie verantwortungsvoll und für die Öffentlichkeit geeignete und ansprechende Inhalte



Teilen und verlinken Sie gerne die offiziellen Bundeswehrkanäle



Seien Sie aufmerksam gegenüber Fake-News und vorsichtig bei Kontakt- bzw. Freundschaftsanfragen von Unbekannten



Stehen Sie zu Ihrem Beruf, Ihrer Einheit und zur Bundeswehr



Zeigen Sie Respekt und Wertschätzung sowie Zurückhaltung bei kontroversen Diskussionen oder Postings



Seien Sie durch Ihr Verhalten auch anderen Nutzern ein Vorbild



210 Die bisher gültige Vorschrift war aus dem Jahr 2012 und nicht mehr zeitgemäß. Vgl. „*Wenn möglich auch mit Humor*“: *Die Social Media Guidelines der Bundeswehr*, Thomas Wiegold, 16. Mai 2012, Augen gerade aus!, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2012/05/wenn-moglich-auch-mit-humor-die-social-media-guidelines-der-bundeswehr/>

211 *Social Media Guidelines*, Bundesministerium der Verteidigung, Presse- und Informationsstab, 9 S. abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/re-source/blob/153030/7713bef2cf60a5198b74abfe0b8b0444/20191122-download-social-media-guidelines-data.pdf>

X DON'Ts



Posten und veröffentlichen Sie keine Inhalte, die die militärische Sicherheit gefährden oder Sie und andere in Gefahr bringen könnten



Stellen Sie keine Inhalte online, die die Rechte anderer verletzen



Posten Sie nichts, was Ihre eigene oder die Sicherheit Dritter gefährden könnte



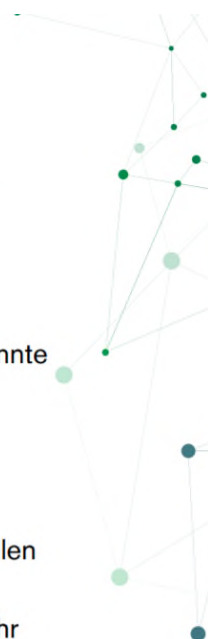
Lassen Sie sich auch im Social Web nicht dazu verleiten, unangemessen oder gar aggressiv zu handeln



Posten oder teilen Sie keine Inhalte aus zweifelhaften oder unseriösen Quellen



Verhalten Sie sich nicht abwertend gegenüber anderen und der Bundeswehr



11. Traditionen und Politischer Wille, die Uniform (wieder) sichtbar zu machen

11.1. Der 20. Juli 1944, die Bundeswehr und die Gesellschaft

Am 20. Juli 1944 scheiterte das Attentat von Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seiner Mitverschwörer auf den Diktator Adolf Hitler. Ihre Befehlszentrale war der Bendlerblock – heute der Berliner Dienstsitz des Bundesministeriums der Verteidigung. Viele der Widerstandskämpfer um Stauffenberg wurden nach dem gescheiterten Attentat im Hof des Bendlerblocks, noch in derselben Nacht, erschossen. Deshalb ist dieser Ort ein Mahnmal und eine Stätte des Erinnerns.

Der militärische Widerstand gegen die NS-Diktatur ist eine Traditionslinie der Bundeswehr. Ausdruck dieser Tradition sind jedes Jahr am 20. Juli ein Feierliches Gelöbnis und eine Gedenkfeier im Hof des Bendlerblocks am Landwehrkanal. Der Traditionserlass von 2018 vermerkt dazu:

„Mit dem Feierlichen Gelöbnis am 20. Juli in Berlin ehrt die Bundeswehr den militärischen Widerstand gegen das NS-Regime und bekundet dessen herausgehobene Bedeutung für die Tradition der Bundeswehr.“²¹²

212 *Die Tradition der Bundeswehr – Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege*, (Kurz: *Traditionserlass*), Bundesministerium der Verteidigung, 2018, abgerufen am 6. Oktober 2021 unter <https://www.bmvg.de/resource/blob/23234/6a93123be919584d48e16c45a5d52c10/20180328-die-tradition-der-bundeswehr-data.pdf>



Abb.: Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944)²¹³

213 Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944), Unbekannter Photograph, Gemeinfreies Bild über Wikipedia, abgerufen am 15. November 2021 unter [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Claus_von_Stauffenberg_\(1907-1944\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Claus_von_Stauffenberg_(1907-1944).jpg)

In der Bevölkerung selbst stößt der Widerstand bis Ende des 20. Jahrhunderts jedoch auf Ablehnung, erst 2004 wandte sich der Trend zum Positiven. Dies beschreibt die Bundeszentrale für politische Bildung, wie folgte:

„[1951] beurteilten (...) nur 43 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen die ‚Männer vom 20. Juli‘ positiv. Im Sommer 1956 lehnte es eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (54 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen) ab, eine Schule nach dem Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg oder nach dem zivilen Kopf des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944, Carl Friedrich Goerdeler, zu benennen. Nur 18 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus.

Der Anteil der positiven Beurteilung des 20. Juli 1944 sollte sich auch in den folgenden Jahrzehnten nur unwesentlich ändern. Eine Umfrage vom Frühjahr 1970 machte deutlich, dass 39 Prozent die ‚Männer vom 20. Juli‘ positiv beurteilten (gegenüber 40 Prozent im Jahr 1951) und nur noch 7 Prozent sie ablehnten (gegenüber 30 Prozent im Jahr 1951). Stark angestiegen war der Kreis derer, die nichts über die Ereignisse des 20. Juli 1944 wussten (37 Prozent gegenüber 11 Prozent im Jahr 1951). 1985 veränderte das Institut für Demoskopie Allensbach zwar seine Bewertungsmethode, bezog aber in seine Ergebnisse nur noch diejenigen ein, die über die Ereignisse des 20. Juli 1944 ‚richtige oder ungefähr richtige Angaben‘ machen konnten. Gegenüber 1971 war die Bewertung fast unverändert, lediglich die negativen Bewertungen gingen geringfügig zurück. Erst im Jahr 2004 gab es in einer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung erstmals eine überwiegend positive Beurteilung des 20. Juli 1944.“^{214 215}

Eine weitere Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Jahr 2014 forderte allerdings zu Tage, dass die geschichtlich-gesellschaftliche Einordnung des symbolträchtigen Tages in der Bevölkerung stark abnimmt:

214 *Die Wahrnehmung des Widerstands nach 1945*, Julia Albert und Johannes Tuchel. 17. August 2016, Bundeszentrale für politische Bildung, in Information zur politischen Bildung Nr. 330/2016, abgerufen am 15. November 2011 unter <https://www.bpb.de/izpb/232811/die-wahrnehmung-des-widerstands-nach-1945>

215 Siehe dazu auch: *Sollte man sich bemühen, den 20. Juli 1944 - den Tag des Attentates auf Adolf Hitler - in Erinnerung zu behalten und zu ehren?*, IfD Allensbach, 2004, veröffentlicht am 14. Juli 2004 von Statista, abgerufen am 15. November 2011 unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/540/umfrage/erinnerung-und-ehrung-des-attentats-auf-hitler/> (48 Prozent beantworteten die Frage mit „Ja“, 30 Prozent mit „Nein“ und 22 Prozent waren unentschieden.)

„In der jüngeren Generation weiß nur noch eine Minderheit um die Geschehnisse des 20. Juli. Fast jeder zweite Bürger will dennoch, dass der Tag in Erinnerung bleibt.“²¹⁶

11.2. Öffentliche Gelöbnisse

Das erste Gelöbnis von Soldaten vor dem Reichstag erfolgte erst 2008. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb dazu:

„Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte haben Rekruten der Bundeswehr vor dem Reichstag in Berlin ihr Gelöbnis abgelegt. Nachdem in Medien das Desinteresse führender Politiker an dem feierlichen Zeremoniell kritisiert worden war, nahmen auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Steinmeier daran teil.“²¹⁷

Das Bundesministerium der Verteidigung erklärt: „Das Gelöbnis ist für die Rekrutinnen und Rekruten ein aufregendes Ereignis zum Beginn ihrer Dienstzeit. Wann immer möglich, sind diese feierlichen Gelöbnisse an öffentlichen Orten geplant. So zeigt sich die Bundeswehr als Armee in der Mitte der Gesellschaft.“²¹⁸

Die öffentlichen Gelöbnisse stoßen allerdings nicht nur auf ein positives Echo: Die LINKE lehnt sie – als einzige Partei im Bundestag – ab:

216 *Erinnerung an den 20. Juli 1944 verblasst*, Allensbacher Kurzbericht – 17. Juli 2014, IfD Allensbach, abgerufen am 15. November 2021 unter https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/PD_2014_13.pdf

217 *Erstes Rekruten-Gelöbnis vor dem Reichstag – „Dieser Staat wird euch nicht missbrauchen“*, Stephan Löwenstein, 20. Juli 2008, FAZ, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/erstes-rekruten-geloebnis-vor-dem-reichstag-dieser-staat-wird-euch-nicht-missbrauchen-1665245.html>

218 *Feierliches Gelöbnis von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr*, 28. Oktober 2019, Bundesministerium der Verteidigung, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/gruendungstag-der-bundeswehr/feierliches-geloebnis-141998>



Abbildung: „Nein zum Bundeswehr-Gelöbnis – Keine Militarisierung der Zivilbevölkerung!“
Facebook-Auftritt der Partei Die LINKE, Landesverband Bayern.²¹⁹

Legende zum Bild (Auszug): „Zum ersten Mal seit über zehn Jahren soll heute ein Bundeswehr-Gelöbnis in der Öffentlichkeit stattfinden. (...) Wir stellen uns klar gegen Militarismus und das Werben fürs Sterben. Wir sagen nein zur Anbietderung der Bundeswehr an die Zivilbevölkerung.“²²⁰

219 Bildzitat: „*Nein zum Bundeswehr-Gelöbnis – Keine Militarisierung der Zivilbevölkerung!*“, Facebook-Auftritt der Partei Die Linke, Landesverband Bayern, Facebook, 18. November 2019, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://pt-br.facebook.com/DIELINKE.Bayern/photos/a.411261632281925/3297665123641547/?type=3&theater>

220 *Nein zum Bundeswehr-Gelöbnis – Keine Militarisierung der Zivilbevölkerung!*“, Facebook-Auftritt der Partei Die LINKE, Landesverband Bayern, Facebook, 18. November 2019, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://pt-br.facebook.com/DIELINKE.Bayern/photos/a.411261632281925/3297665123641547/?type=3&theater>

11.3. Kostenlose Bahnfahrten in Uniform

Seit dem 1. Januar 2020 dürfen Soldatinnen und Soldaten kostenlos mit der Deutschen Bahn fahren, selbst für Privatfahrten – **vorausgesetzt, sie tragen Ihre Uniform**. Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis einschließlich 14 Jahren können im Fernverkehr kostenfrei mitfahren. Kinder unter 6 Jahren dürfen ebenfalls kostenfrei mitgenommen werden.

Zunächst galt die Abmachung für die Fernzüge, bis Ende 2020 war die Regelung auf zahlreiche andere Strecken ausgeweitet worden. Insgesamt sind mit Stand 2021 der gesamte Fernverkehr und mehr als 90 Prozent der Verbindungen des Nahverkehrs abgedeckt.²²¹ Auf Basis einer Erhebung der Bundeswehr und der Deutschen Bahn, rechnete man **2020 mit rund 650.000 Bahnfahrten durch Soldatinnen und Soldaten im Fernverkehr** und für 2021 mit rund 600.000 Fahrten. Rund 40 Millionen Euro sind im Verteidigungshaushalt 2021 für das kostenfreie Bahnfahren für Soldaten und Soldatinnen in Uniform bereitgestellt. Das heißt, jede Fahrt wird zugunsten der Soldatinnen und Soldaten mit etwa 66 Euro aus dem Verteidigungsaushalt bezuschusst.²²²

11.4. Amtshilfe im Rahmen der Corona / COVID-19-Krise

Die Bundeswehr leistet **anlassbezogene Amts- und Katastrophenhilfe nach Artikel 35 GG** seit Anfang der COVID-19-Krise.

Zum Stichtag 23. Februar 2021 hatte die Bundeswehr laut Antwort des BMVg auf eine Kleine Anfrage²²³ der FDP-Fraktion **insgesamt 4.075 Hilfeleistungen** im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie mit **kumulativ knapp 48.000 Soldatinnen und Soldaten** durchgeführt. Bis zum Stichtag waren **knapp 4.841 Anträge auf Amtshilfe** im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie an die Bundeswehr gerichtet worden. Davon wurden 4.168 bewilligt und 339 abgelehnt. **Die Bearbeitungsdauer eines Amtshilfeantrags im Zusammenhang mit der Corona-Krise dauerte im Falle einer Bewilligung** seit Frühjahr 2020 durchschnittlich drei Tage, **seit Ende 2020 einen Tag**.

221 *Freie Bahnfahrt für Soldatinnen und Soldaten – Jetzt auch regional*, Redaktion der Bundeswehr, Bundeswehr, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/freie-bahnfahrt-soldatinnen-soldaten-regional-3045024>

222 *Großer Erfolg: Kostenloses Bahnfahren in Uniform*, Bundesverteidigungsministerium, 7. Oktober 2020, abgerufen am 2. Oktober 2021 unter <https://www.bmvg.de/de/presse/erfolg-kostenloses-bahnfahren-in-uniform-3279156>

223 *Unterstützungsleistungen der Bundeswehr in der Corona-Pandemie*, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion, 4. März 2021, Bundestag, Drucksache 19/27342, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://dserver.bundestag.de/btd/19/273/1927342.pdf>

Während im April 2020, am Anfang der Pandemie 200 Kräfte von insgesamt 15.000 verfügbaren Kräften gebunden waren, waren es Ende Februar über 18.000 von insgesamt 25.000.²²⁴

Die Hilfe der Bundeswehr wurde bundesweit angenommen. Lediglich in den Berliner Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg²²⁵ stieß sie zunächst auf wenig Gegenliebe. Ein Vertreter des Personalrates des Gesundheitsamtes begründete die Ablehnung Ende Oktober 2020 dem RBB gegenüber „**Uniformen [passen] nicht zu den Kreuzberger Befindlichkeiten**“.²²⁶ Nach überwiegender Kritik²²⁷ auf Landes- und Bundesebene konnte die Bundeswehr doch auch in beiden Berliner Bezirken eingesetzt werden.²²⁸

11.5. Preis „Bundeswehr und Gesellschaft“

Der **Preis „Bundeswehr und Gesellschaft“** wird seit 2015 vom Verteidigungsministerium gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindetag (DSTG) verliehen.²²⁹ Ausgezeichnet werden Menschen und zivile Institutionen, die sich besonders um die Bundeswehr verdient gemacht haben.

224 *Unterstützungsleistungen der Bundeswehr in der Corona-Pandemie*, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion, 4. März 2021, Bundestag, Drucksache 19/27342, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://dsrserver.bundestag.de/btd/19/273/1927342.pdf>

225 *Zwei Bezirke lehnen Corona-Hilfe der Bundeswehr ab*, 2. Juni 2020, RBB, abgerufen am 2. Oktober 2021 unter <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/06/berlin-corona-hilfe-bundeswehr-friedrichshain-kreuzberg-lichtenb.html>

226 *Friedrichshain-Kreuzberg lehnt Bundeswehreinsatz im Gesundheitsamt weiter ab*, RBB, abgerufen am 2. Oktober 2021 unter https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/10/berlin-friedrichshain-kreuzberg-bundeswehr-bezirksparlament-able.html

227 *Kritik an Ablehnung der Bundeswehr-Hilfe wächst*, 1. Oktober 2020, RBB, abgerufen am 2. Oktober 2021 unter https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/10/bundeswehr-soldaten-einsatz-berlin-friedrichshain-kreuzberg.html

228 *Bundeswehr jetzt auch in Friedrichshain-Kreuzberg im Einsatz*, 4. November 2020, RBB, abgerufen am 2. Oktober 2021 unter https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/11/soldaten-abstrich-keine-nachverfolgung-infektionen-berlin-friedrichshain-kreuzb.html

229 *Festakt in Berlin: Preis „Bundeswehr und Gesellschaft“ 2021 verliehen*, Bundesverteidigungsministerium, 8. August 2021, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/festakt-berlin-preis-bundeswehr-gesellschaft-2021-5206204>

11.6. Der „Große Zapfenstreich“

11.6.1. Definition und Geschichte²³⁰

Der Große Zapfenstreich ist das höchste und feierlichste Zeremoniell der Bundeswehr. Eine ähnlich hohe Bedeutung für die Traditionspflege der Bundeswehr hat nur das feierliche Gelöbnis.

Der Große Zapfenstreich soll den Zusammenhalt der Truppe festigen und die Verbundenheit von Bundeswehr und Bevölkerung stärken. Der Begriff Großer Zapfenstreich bezeichnet dabei die militärische Zeremonie ebenso wie die angetretenen Soldatinnen und Soldaten und die historisch überlieferte Musikfolge. Der Große Zapfenstreich wird immer am Abend und meist in der Öffentlichkeit durchgeführt. Er umfasst die vier Elemente: der Aufmarsch, die Serenade, die Musikfolge²³¹ (der eigentliche große Zapfenstreich) und der Ausmarsch.

Der Große Zapfenstreich als feierliches militärisches Zeremoniell stammt aus dem 19. Jahrhundert und ist seit dieser Zeit im Kern unverändert geblieben. In seiner heutigen Form als musikalischer Aufmarsch wurde es von Wilhelm Wieprecht, dem Direktor der Musikkorps des preußischen Gardekorps, geschaffen und **erstmals am 12. Mai 1838 in Berlin aufgeführt**.

Historisch geht der Große Zapfenstreich auf die Zeit der Landsknechte im 16. Jahrhundert zurück. Damals war es Brauch, dass der sogenannte Profos, der die Gerichtsbarkeit in Söldnerheeren innehatte, abends den Ausschank in den Wirtshäusern beendete, indem er mit seinem Säbel über den Zapfhahn der Bier- und Weinfässer strich. Zugleich riefen Trommler und Pfeifer die Söldner zur Nachtruhe ins Feldlager. Daraus entwickelten sich in den Armeen des 17. Jahrhunderts musikalische Signale für den Beginn der Nachtruhe in der Kaserne, die es als alltäglichen Zapfenstreich bis heute in den Streitkräften gibt, auch in der Bundeswehr. Zum feierlichen Abendzeremoniell über konfessionelle Grenzen hinweg für katholische ebenso wie protestantische Soldaten entwickelte sich der Zapfenstreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als es in Preußen üblich wurde, abendliche Militärkonzerte in der Öffentlichkeit abzuhalten.

Es gibt personen- und anlassbezogene Große Zapfenstreiche. Letztere finden bei besonderen Anlässen statt. Das kann das Ende einer langjährigen Mission sein wie beispielsweise der Abschluss des Afghanistaneinsatzes. Häufiger sind anlassbezogene Große Zapfenstreiche bei besonderen Jubiläen, wenn beispielsweise eine militärische Einheit oder eine Dienststelle der Bundeswehr ein rundes Jubiläum begeht. Diese werden in der Regel in kleinerem Rahmen abgehalten als die – in der Öffentlichkeit bekannteren – personenbezogenen Großen Zapfenstreiche.

230 *Der Große Zapfenstreich: Die feierlichste Zeremonie der Bundeswehr*, Simona Boyer, 13. Oktober 2021, Bundeswehr (weitestgehend wörtliche Textübernahme), abgerufen am 15. November 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/grosser-zapfenstreich-feierlichste-zeremonie-bundeswehr-5228576>

231 Die Musikfolge des Großen Zapfenstreichs ist festgelegt. Die dazu gehörenden Musikstücke – außer der Nationalhymne – dürfen die Musikkorps der Bundeswehr nicht zu anderen Anlässen spielen. Diese Musikstücke sind: der Marsch des Yorckschen Korps zum Aufmarsch, der preußische Zapfenstreichmarsch, die Kavalleriesignale und Spielstücke der Trommler und Pfeifer als Zeichen der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit der Streitkräfte, das Musikstück „Ich bete an die Macht der Liebe“ (Gebet) als symbolische Gelegenheit zur Andacht für alle Glaubensgemeinschaften und als Aufforderung zu Frieden und Toleranz und die Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.

Beim personenbezogenen Großen Zapfenstreich tritt die Truppe gemeinsam an, um eine verdiente Amtsträgerin oder einen verdienten Amtsträger zu seinem Dienstende zu ehren, zum Beispiel bei der Verabschiedung von Bundespräsidenten, Bundesverteidigungsministern und -ministerinnen sowie von Generalen und Admiralen der Bundeswehr. Auch Bundeskanzler und -kanzlerinnen können auf ihren Wunsch mit einem Großen Zapfenstreich aus ihrem Amt verabschiedet werden.

11.6.2. Kontroverse anlässlich der Würdigung des Afghanistan-Einsatzes

Die Bundesregierung veranstaltete am **13. Oktober 2021** einen Großen Zapfenstreich zum Ende des Afghanistan-Einsatzes und zur Würdigung des dort eingesetzten Soldaten.



Abbildung: Großer Zapfenstreich zum Ende des Afghanistan-Einsatzes.²³²

232 *Großer Zapfenstreich zum Ende des Afghanistan-Einsatzes*, 13. Oktober 2021, Bildschirmfoto (25:39 Min.), Live-Übertragung, Phoenix, abgerufen am 15. Oktober 2021 über YouTube unter <https://www.youtube.com/watch?v=9dYSw9cKwEE>

Die Zeremonie wurde von mehreren politischen Gruppen und Aktivisten kritisiert.

- Das antimilitaristische **Aktionsbündnis „Deutschland ist Brandstifter!“** organisierte am 13. Oktober 2021 ab 18:00 Uhr eine Demonstration unter dem Motto **„Auf die Straße gegen den großen Zapfenstreich“**.²³³
- **Theologinnen und Theologen aus der EKD schrieben einen Brief an ihre Vertreter**, die zur Veranstaltung eingeladen wurden, **mit der Forderung fern von den Feierlichkeiten zu bleiben**.²³⁴
- Der scheidende Bundestagsabgeordnete der LINKE Tobias Pflüger lehnte die Veranstaltung ab und sagte: **„Dieser Große Zapfenstreich ist völlig deplatziert. Der Afghanistan-Einsatz ist komplett gescheitert. Da gibt es nichts zu ‚feiern‘ mit einem großen Zapfenstreich. Der Einsatz hat Afghanistan keinen Frieden gebracht“**.²³⁵
- Der Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90 / Die GRÜNEN Hans-Christian Ströbele kritisierte ein **„militärisches Ritual aus Preußen und NS-Zeit“** und erzielte damit über 11.000 „Gefällt mir“-Angaben:



Abb.: Bildschirmfoto: Twitter-Eintrag von Christian Ströbele am 13. Oktober 2021.²³⁶

-
- 233 *Gegen den großen Zapfenstreich der Bundeswehr auf die Straße!*, (undatiert) Deutschland ist Brandstifter, abgerufen am 15. November 2021 unter <http://deutschland-ist-brandstifter.org/>
- 234 *Brief an Spitze der evangelischen Kirche – Pastoren gegen EKD-Teilnahme an Großem Zapfenstreich*, 11. Oktober 2021, Evangelische Zeitung, abgerufen am 15. November 2021 unter <https://www.evangelische-zeitung.de/pastoren-gegen-ekd-teilnahme-an-grossem-zapfenstreich/>
- 235 *Zum „Großen Zapfenstreich“*, Tobias Pflüger, 12. Oktober 2021, Pressemitteilung, Die LINKE, abgerufen am 15. November 2021 unter <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/zum-grossen-zapfenstreich/>
- 236 Twitter-Eintrag von Christian Ströbele am 13. Oktober 2021, abgerufen am 15. November 2021 unter https://twitter.com/MdB_Stroebele/status/1448324182580858882

Das **Bundesministerium der Verteidigung** reagierte auf diese Kritiken über Twitter am 13. Oktober 2021 mit dem Kommentar: „Der Große Zapfenstreich gilt unseren Soldatinnen & Soldaten. Er ist Ehre für die Truppe. **Hier werden Menschen gewürdigt, die ihr Leben für die Demokratie eingesetzt haben. Das politisch zu missbrauchen, ist unwürdig.**“ und am 14. Oktober 2021 mit der Feststellung: „**Debatte ist notwendig und wichtig. Vergleiche mit dem dunkelsten Kapitel Deutschlands enttäuschen uns. Die Bundeswehr ist Parlamentsarmee. Als diese hat sie ihren Platz inmitten der Gesellschaft – bei besonderen Anlässen auch vor dem Reichstagsgebäude**“.^{237 238}

12. Negative Schlagzeilen

12.1. Rekrutierung von Minderjährigen

Die Rekrutierung von Minderjährigen, d.h. von 17-jährigen, sorgt seit Jahren für regelmäßig negative Schlagzeilen in den Medien.

Das Nachrichtenmagazin *Focus* titelte beispielsweise im Januar 2018:

„Zahl der minderjährigen Soldaten in der Truppe hat sich verdreifacht – Die Zahl der minderjährigen Soldaten in der Bundeswehr steht auf einem Höchstwert. Obwohl 17-Jährige noch keinen Dienst mit der Waffe leisten dürfen, sprechen Kritiker von ‚Kindersoldaten‘“.²³⁹

Die *Rheinische Post* schrieb ihrerseits, ebenfalls im Januar 2018:

„Die Bundeswehr hat noch nie so viele Minderjährige an der Waffe ausgebildet wie im vergangenen Jahr. Die Zahl der Rekruten, die bei Dienstantritt noch unter 18 Jahre alt waren, hat sich seit 2011 verdreifacht.“²⁴⁰

237 Twitter-Eintrag des Verteidigungsministerium am 14. Oktober 2021, abgerufen am 15. November 2021 unter https://twitter.com/BMVG_Bundeswehr/status/1448371801571090433

238 Twitter-Eintrag des Verteidigungsministerium am 14. Oktober 2021, abgerufen am 15. November 2021 unter https://twitter.com/BMVG_Bundeswehr/status/1448544043911323648

239 *Zahl der minderjährigen Soldaten in der Truppe hat sich verdreifacht*, 9. Januar 2018, Focus, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter https://www.focus.de/politik/deutschland/bundeswehr-zahl-der-minderjaehrigen-soldaten-in-der-truppe-hat-sich-verdreifacht_id_8273724.html

240 *Bundeswehr bildet so viele minderjährige Soldaten aus wie nie*, Gregor Mayntz, 9. Januar 2018, Rheinische Post, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter https://rp-online.de/politik/deutschland/bundeswehr-zahl-der-minderjaehrigen-soldaten-verdreifacht-sich_aid-16444173

Die Bundeswehr nimmt zu dem Thema wie folgt Stellung:

„Soldatin oder Soldat kann man bereits mit 17 Jahren werden: Die Bundeswehr ermöglicht jungen Menschen, die noch nicht volljährig, aber das 17. Lebensjahr vollendet haben, einen Einstieg in den Beruf. In 2020 wurden insgesamt knapp 16.500 Soldatinnen und Soldaten eingestellt. Davon waren lediglich 1.148 junge Frauen und Männer noch keine 18 Jahre alt. Über die Hälfte dieser 17-Jährigen Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr wurden binnen eines halben Jahres nach ihrem Dienstantritt volljährig. Möchte ein 17-Jähriger oder eine 17-Jährige Soldat oder Soldatin bei der Bundeswehr werden, wird in intensiven Auswahlgespräche überprüft, ob er beziehungsweise sie die nötige Reife mitbringt und sonst alle Voraussetzungen erfüllt. Zudem brauchen die Jugendlichen das Einverständnis ihrer Eltern oder ihres gesetzlichen Vertreters oder ihrer gesetzlichen Vertreterin. Außerdem müssen sie die Vollzeit-Schulpflicht erfüllt haben. 17-Jährige Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr werden grundsätzlich nicht in den Einsatz geschickt. Sie dürfen Schusswaffen ausschließlich zu Übungs- und Ausbildungszwecken verwenden. Zum Wachdienst in der Kaserne werden sie nicht eingeteilt, da hier ein möglicher Schusswaffengebrauch zwar unwahrscheinlich ist, aber nicht ausgeschlossen werden kann. In den Ausbildungsstätten, in denen der Umgang mit Waffen geübt wird, stehen die jugendlichen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unter dem besonderen Schutz und der zusätzlichen Aufsicht durch die Vorgesetzten. Mit diesen Bestimmungen hält sich die Bundesrepublik Deutschland an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen wie die VN-Kinderrechtskonvention von 1989.“²⁴¹

Gegnerinnen und Gegner wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Initiative „#unter18nie!“²⁴² äußern dagegen folgende Bedenken:

„Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag hervorgehe, seien von Januar bis November 1.534 Minderjährige von der Bundeswehr neu eingestellt worden – 974 davon als Freiwilligen-Wehrdienst-Leistende und 560 als Soldaten auf Zeit.

241 *Mit 17 Jahren zur Bundeswehr*, 11. Februar 2021, Redaktion der Bundeswehr, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/mit-17-jahren-zur-bundeswehr-43470>

242 Internet-Seite abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://unter18nie.de/>

669 der Soldatinnen und Soldaten waren sogar nach Ablauf ihrer Probezeit beziehungsweise ihres Widerrufsrechts noch nicht volljährig. Laut Bundesregierung waren 288 der minderjährigen eingestellten Rekruten im vergangenen Jahr Mädchen. Seit Aussetzung der Wehrpflicht traten mehr als 13.000 Minderjährige ihren Dienst bei der Bundeswehr an.²⁴³

und fordern:

„Die Bundesregierung sollte endlich die Rekrutierung minderjähriger Mädchen und Jungen als Soldaten stoppen – wie es über 150 Länder weltweit schon getan haben. Denn eine Armee ist kein Platz für Kinder und Jugendliche“²⁴⁴

Die Kinderkommission des Bundestags empfiehlt in einer Stellungnahme von 2016:

„Die Anhebung des Mindestalters für den Dienstbeginn von Soldatinnen und Soldaten auf 18 Jahre“ sowie „Ein Verbot von Werbung für die Bundeswehr, die an Minderjährige gerichtet ist“ und Übergangslösungen zum Schutz von Minderjährigen, bis zur Umsetzung dieser Forderungen.²⁴⁵

243 *Zahl der Minderjährigen in der Bundeswehr bleibt hoch*, 17. Januar 2020, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/zahl-der-minderjaehrigen-in-der-bundeswehr-bleibt-hoch/>

244 *Zahl der Minderjährigen in der Bundeswehr bleibt hoch*, 17. Januar 2020, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/zahl-der-minderjaehrigen-in-der-bundeswehr-bleibt-hoch/>

245 *Stellungnahme der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder zum Verhältnis von Militär und Jugend in Deutschland*, Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kurz: Kinderkommission), 21. September 2016, Kommissionsdrucksache 18/16, 10 S. abgerufen am 7. Oktober 2021 unter https://www.bundestag.de/resource/blob/482006/b8fa4487dcd13f0730e96386957ddcff/stellungnahme_militaer_und_jugend_in_deutschland-data.pdf

12.2. Materiallage

Die schlechte Verfügbarkeit des Großgeräts (siehe dazu Punkt 9.2 - Umstrukturierung der Streitkräfte); Dauerprobleme mit Großprojekten (Airbus A400M Atlas, Eurocopter Tiger, NH-90, SPz Puma²⁴⁶ ...), die überteuert sind, mit Jahrzehnten Verspätung von der Industrie ausgeliefert werden und nicht oder kaum zur Einsatzreife zu bringen sind; Planungs- und Beschaffungsdebakel (Euro-Hawk); medial stark thematisierte Probleme (z.B. beim Heckler & Koch G-36)²⁴⁷ und Pannen bei der Beschaffung (z.B. im Streit um das neue Sturmgewehr)²⁴⁸ ²⁴⁹ haben den Ruf der deutschen Rüstungsindustrie und der Bundeswehr in den Medien sowie bei Alliierten beschädigt.

12.3. Rechtsextremistische Vorfälle 2016-2021

Mindestens genauso viele Negativschlagzeilen wie im Beschaffungs- und Ausrüstungswesen bescherten der Bundeswehr in den Jahren 2016 bis heute eine Reihe von Vorfällen mit rechtsextremistischen Hintergründen.

Diese komplexen und teilweise bis jetzt nicht restlos geklärten Vorkommnisse zu erläutern, ist im Rahmen dieser Dokumentation nicht möglich. Mindestens folgende Fälle sollen hier jedoch erwähnt werden, weil sie in erheblichem Maße dazu beigetragen haben, das Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zu beschädigen.

246 Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und Rheinmetall Landsysteme GmbH (RLS) Schützenpanzer Puma.

247 *Kein Schadensersatz für G36 – Heckler & Koch gewinnt Prozess gegen Bundesregierung*, 2. September 2016, der Spiegel, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/g36-bundesregierung-verliert-prozess-gegen-heckler-koch-a-1110631.html>

248 *Streit um Sturmgewehr-Auftrag, Rückschlag für Waffenhersteller Haenel*, 11. Juni 2021, FAZ, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/rueckschlag-fuer-waffenfirma-haenel-im-streit-um-sturmgewehr-auftrag-17383865.html>

249 Frankreich war zeitgleich in der Lage in einem problemlosen Verfahren ein neues Gewehr aus deutscher Produktion (Heckler & Koch HK-416F) zu beschaffen und einzuführen, während das deutsche Beschaffungsverfahren monatelang von einem Streit vor Gericht gehemmt wurde. Vgl. *HK416 F – Französische Sturmgewehrausrüstung verläuft planmäßig*, Jan-Phillipp Weisswange, 26 Juli 2021, Soldaten & Technik, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://soldat-und-technik.de/2021/07/bewaffnung/27868/hk416-f-franzoesische-sturmge-wehrausruestung-verlaeuft-planmaessig/>

- 2017 : Fall Franco A.: Soldat wird terroristischen Absichten und NS-Gedankengut vorgeworfen²⁵⁰
- 2017 : KSK-Geburtstagsfest mit Hitlergruß, Schweineköpfen und Rechtsrock²⁵¹
- 2018 : Das Hannibal-Netzwerk^{252 253} bereitet sich auf den Zusammenbruch der Staatsordnung an einem „Tag X“ und vermutlich auf den bewaffneten Umsturz vor.
- 2018 : Uniter e.V.²⁵⁴ -Affäre. Der Verein in dem u.a. Ex-Soldaten aktiv sind, wird einer rechtsextremistischen Gesinnung vorgeworfen (Uniter klagt dagegen).^{255 256}
- 2020 : KSK²⁵⁷-Soldaten Philipp S. hortet Sprengstoff, Munition und NS-Devotionalien²⁵⁸
- 2021 : Amnestie-Kisten-Affäre für entwendete Munition beim KSK²⁵⁹

-
- 250 *Terrorermittlungen gegen Bundeswehrsoldaten ab 2017*, Wikipedia, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Terrorermittlungen_gegen_Bundeswehrsoldaten_ab_2017
- 251 *Bundeswehr (KSK) – Geburtstagsparty mit Hitlergruß, Schweineköpfen und Rechtsrock*, 17. August 2018, Y-Kollektiv, YouTube, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter https://www.youtube.com/watch?v=G_oSUzT5iw8
- 252 *Hannibal (Netzwerk)*, Wikipedia, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Hannibal_\(Netzwerk\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Hannibal_(Netzwerk))
- 253 *Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr – Hannibals Schattenarmee*, Martin Kaul, Christina Schmidt, Daniel Schulz, taz, 16. November 2018, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://taz.de/Rechtes-Netzwerk-in-der-Bundeswehr/!5548926/>
- 254 Internet-Seite: <https://uniter.network/> (abgerufen am 8. Oktober 2021).
- 255 *Paramilitärisches Training von Uniter – „Hannibal“ soll Strafe zahlen*, Sebastian Erb, 14. Oktober 2020, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://taz.de/Paramilitaerisches-Training-von-Uniter/!5719764/>
- 256 *Uniter klagt gegen Verfassungsschutz*, 15. Juni 2021, Tagesschau, ARD, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/uniter-verfassungsschutz-101.html>
- 257 Kommando Spezialkräfte.
- 258 *Nach Munitionsfund im Garten: Bewährungsstrafe für KSK-Kommandofeldwebel*, Thomas Wiegold, Augen geradeaus!, 12. März 2021, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2021/03/nach-munitionsfund-im-garten-bewaehrungsstrafe-fuer-ksk-kommandofeldwebel/>
- 259 *„Amnestie“ für verschwundene Munition: Ermittlungen bei KSK*, Süddeutsche Zeitung, 22. Februar 2021, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/verteidigung-amnestie-fuer-verschwundene-munition-ermittlungen-bei-ksk-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210222-99-540711>

- 2021 : Rechtsradikale Vorfälle unter Bundeswehr-Soldaten in Litauen²⁶⁰
- 2021 : Ermittlungen gegen einen mutmaßlich rechtsextremen Referenten im BMVG²⁶¹
- 2021 : Disziplinare Vorfälle und rechtsradikale „Wolfsrudel“-Gruppe im Wachbataillon²⁶²

Oberst Arne Collatz, der **Pressesprecher des Bundesministeriums der Verteidigung** bewertete die Auswirkung auf den Zusammenhalt in der Truppe und auf die Reputation der Bundeswehr in der Bevölkerung am 8. Oktober 2021 wie folgt:

„Diese Vorfälle, die ich Ihnen hier zur Kenntnis gebe, beschämen uns alle zutiefst. Es ist für uns Soldatinnen und Soldaten, auch für mich als uniformierten Menschen in der Bundeswehr, schwer erträglich, dass es erneut und in einigen Verbänden eben auch gehäuft zu Vorfällen dieser Art kommt – und dann auch schon wieder in einem rechtsextremen Kontext. **Wer als rechtsextrem oder durch Gewalttaten auffällt, wer die Würde seines Gegenüber nicht achtet, wer Hass sät, der schädigt nicht nur – was schon schlimm genug ist – das Ansehen der Bundeswehr. Die Auswirkungen eines solchen Verhaltens gehen vielmehr viel tiefer. Das bedeutet immer auch eine Spaltung der Gemeinschaft in der Bundeswehr, wie es auch in der Gesellschaft bei solchem Verhalten zu betrachten ist.**“^{263 264}

-
- 260 *Bundeswehr-Einsatz in Litauen – Noch mehr rechtsextreme Vorfälle*, Tobias Schulze, 17. Juni 2021, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://taz.de/Bundeswehr-Einsatz-in-Litauen/!5777053/>
- 261 *Mutmaßlicher Rechtsextremist im Verteidigungsministerium enttarnt*, Matthias Gebauer, 22. September 2021, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/mutmasslicher-rechtsextremist-im-verteidigungsministerium-enttarnt-a-58d6ede1-5f2a-4cbb-b2ff-66e388e86f4f>
- 262 *Rechtsextremismus-Verdacht und „abartige Rituale“ beim Wachbataillon – Eine Kompanie aus dem Protokoll-dienst abgezogen* (Neufassung, m. Nachtrag), Thomas Wiegold, 8. Oktober 2021, Augen gerade aus!, abgerufen am 8. Oktober 2021 unter <https://augengeradeaus.net/2021/10/rechtsextremismus-verdacht-und-abartige-rituale-beim-wachbataillon-eine-kompanie-aus-dem-protokolldienst-abgezogen-neufassung-mehr-einzelheiten/>
- 263 Hervorhebung durch den Verfasser dieser Arbeit.
- 264 *Regierungspressekonferenz vom 8. Oktober 2021, über Jung & Naiv*, YouTube, abgerufen am 10. Oktober 2021 unter <https://www.youtube.com/watch?v=qtmX6tLQpnE>

Im sogenannten ersten „**Extremismusbericht**“ 2019 des Militärischen Abschirmdienstes wird festgehalten:

„Zum Stichtag 31. Dezember 2019 hat der Militärische Abschirmdienst insgesamt 743 Verdachtsfälle bearbeitet – ganz überwiegend wegen des Verdachts auf Rechtsextremismus (592 Fälle).²⁶⁵ An zweiter Stelle kommt der Islamismus mit 69 Verdachtsfällen, wegen linksextremistischer Umtriebe wurde das BAMAD (Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst) elf Mal eingeschaltet. In 482 Fällen wurden neue Ermittlungen eingeleitet; die restlichen Fälle stammen aus den Vorjahren. Bei insgesamt 265.000²⁶⁶ Bundeswehrangehörigen bedeutet dies, dass 0,28 Prozent oder einer von 357 Mitarbeitenden unter Extremismusverdacht stand.

Wegen extremistischer Verfehlungen oder fehlender Verfassungstreue aus dem Dienst entlassen wurden im Jahr 2019 insgesamt 49 Bundeswehrangehörige. 46 Entlassungen erfolgten wegen Rechtsextremismus, zwei wegen Islamismus, ein Soldat wurde als Linksextremist entlassen. Gehen mussten sechs Offiziere, 16 Unteroffiziere und 27 Mannschaften.

Zudem wurden 773 Reservistinnen und Reservisten mangels Verfassungstreue oder wegen extremistischer Bezüge vom Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr von ihrer Dienstleistungspflicht entbunden.“²⁶⁷

Trotz diesen vielen Fällen bleibt **Rechtsextremismus in der Bundeswehr insgesamt eine Randerscheinung** – wenngleich diese schlecht quantifiziert werden kann und der Logik nach weiterhin unentdeckte Fälle zu vermuten sind.

Die **Auswirkung dieser Vorfälle in der Bevölkerung** kann dagegen gut quantifiziert werden: Laut einer Umfrage des ZDF-Politbarometers von Juli 2020 ist **fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung der Meinung, dass rechtsextremes Gedankengut in der Bundeswehr entweder weit (35 Prozent) oder sehr weit (11 Prozent) verbreitet ist**. 40 Prozent der Befragten gaben an, rechtsextremes

265 Hervorhebung durch den Verfasser dieser Arbeit.

266 Inklusive Zivilkräfte.

267 *Erster Bericht der Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle zur Unterrichtung der Leitung des BMVg, des parlamentarischen Raums und der Öffentlichkeit – Berichtszeitraum 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019*, BAMAD, 22 S., abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://www.bmvg.de/re-source/blob/201182/89fa4378557b4adc56d885910b0501e3/download-bericht-extremismus-2019-data.pdf>

Gedankengut sei nicht so weit verbreitet, **lediglich 2 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass rechtsextrems Gedankengut überhaupt nicht verbreitet sei.**²⁶⁸

13. Reputation in der Bevölkerung

Insgesamt hat die Bundeswehr heute eine „gute“ bis „sehr gute“ Reputation in der Bevölkerung. Nachfolgend werden einige Statistiken vorgestellt,

13.1. Einführung des Slogans „Wir. Dienen. Deutschland.“

In einer **Bevölkerungsumfrage 2012**²⁶⁹ des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr von 2012 wurde untersucht, wie Bürgerinnen und Bürger den 2011 eingeführten Bundeswehr-Slogan „**Wir. Dienen. Deutschland.**“ bewerten. Mit der Einführung des neuen Slogans wurde der seit 1969 benutzte Slogan „**Wir produzieren Sicherheit**“ abgelöst.²⁷⁰ Folgendes Meinungsbild wurde durch die Befragung zu Tage gefördert:

- Die Bundeswehr wird vor allem über die Medien wahrgenommen. Beim Fernsehen (72 Prozent) und beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften (64 Prozent) werden die Menschen in Deutschland am häufigsten auf sie aufmerksam. Im Radio und im Internet wird sie nicht so häufig registriert (36 Prozent bzw. 23 Prozent). Von unmittelbaren Begegnungen im persönlichen Lebensumfeld oder bei öffentlichen Veranstaltungen berichtet nur ein kleinerer Teil der Befragten (22 Prozent bzw. 14 Prozent).
- Der Slogan „Wir. Dienen. Deutschland.“ wurde bisher von jedem siebten Bundesbürger wahrgenommen (14 Prozent). Bei besser gebildeten, jungen Leuten ist der Anteil mehr als doppelt so groß (29 Prozent).

268 *Was meinen Sie, ist in der Bundeswehr rechtsextrems Gedankengut sehr weit verbreitet, weit, nicht so weit oder überhaupt nicht verbreitet?*, Forschungsgruppe Wahlen, ZDF-Politbarometer vom 10. Juli 2020, Seite 10/30, Statista, abgerufen am 7. Oktober 2021 unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/706667/umfrage/umfrage-bundeswehr-als-sammelbecken-von-rechtsradikalen-in-deutschland/>

269 *Wahrnehmung und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“, Image der Bundeswehr sowie Haltungen zum Umgang mit Veteranen – Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2012* (Kurzbericht), Thomas Bulmahn, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Dezember 2012, 43 S., abgerufen am 10. Oktober 2021 über die Deutsche National Bibliothek unter <https://d-nb.info/1197536302/34>

270 *Der neue Markenkern: Wir.Dienen.Deutschland*, Thomas Wiegold, 13. Mai 2011, Augen geradeaus!, abgerufen am 7. Oktober 2021 ; *Imagefilm der Rüstungsindustrie: „Wir produzieren Sicherheit“*, Thomas Wiegold, 18. September 2017, Augen geradeaus!, abgerufen am 7. Oktober 2021 <https://augengeradeaus.net/2017/09/imagefilm-der-ruestungsindustrie-wir-produzieren-sicherheit/>

- Drei von vier Bundesbürgern finden den Slogan gut (76 Prozent), jeder fünfte findet ihn schlecht (21 Prozent).
- Das Motto wird von der breiten Mehrheit als verständlich (85 Prozent), zur Bundeswehr passend (74 Prozent), sympathisch (68 Prozent) und glaubwürdig (66 Prozent) beurteilt. Bei etwa jedem fünften Befragten weckt es zudem das Interesse an der Bundeswehr (21 Prozent).

13.2. Vertrauen in die Institution

Im Winter 2020/2021 sagten 71 Prozent der befragten Bundesbürger einer EU-Umfrage zufolge, dass sie der Bundeswehr eher vertrauten, während 21 Prozent sagten, dass sie der Bundeswehr eher nicht vertrauten und 8 Prozent keine Meinung angaben. Diese Werte sind mit kleineren Abweichungen seit 2017 grundsätzlich stabil.²⁷¹

Zum Vergleich: in **Frankreich vertrauen 76 Prozent** der Befragten im Jahr 2020 der französischen Armee.²⁷² Laut einer Umfrage des PEW Research Center zeigen EU-Armeen in der Regel vergleichbare Vertrauenswerte um die 70 bis 80 Prozent, mit einem **EU-Median von 76 Prozent im Jahr 2018**.²⁷³

13.3. Haltung zur Bundeswehr

Laut der jährlichen **Bevölkerungsbefragung 2020** des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr genießt die Bundeswehr ein **breites gesellschaftliches Renommee**, das höher ist als in den vergangenen Jahren. **82 Prozent der Befragten haben eine positive Einstellung zur Bundeswehr**. Das ist ein Zuwachs von 6 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.²⁷⁴

271 *Wie sehr vertrauen Sie der Bundeswehr?*, 12. Februar 2021, Kantar, Standard Eurobarometer 94, Tabellenanhang, Europäische Kommission, abgerufen am 7. Oktober 2021 über Statista unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/377235/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vertrauen-in-die-bundeswehr/>

272 *Confiance de la population dans les institutions – L'armée*, Centre de recherches politiques de Sciences Po, INSEE, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.insee.fr/fr/statistiques/serie/010596050>

273 *Trust in the military exceeds trust in other institutions in Western Europe and U.S.*, Courtney Johnson, 4. September 2018, Pew Research Center, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/09/04/trust-in-the-military-exceeds-trust-in-other-institutions-in-western-europe-and-u-s/>

274 Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland, Heiko Biehl, Timo Graf, Christina Irrgang, Markus Steinbrecher, Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 5-2020, S. 8, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf>

Die **Bevölkerungsbefragung 2012**²⁷⁵ ermittelte vor acht Jahren folgende Werte: **Die Bundeswehr genießt bei jedem dritten Befragten ein hohes Ansehen (34 Prozent)**, bei jedem zweiten ein durchschnittliches Ansehen (53 Prozent) und bei etwa jedem achten Befragten ein geringes Ansehen (12 Prozent).

13.4. Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

Laut der jährlichen „**Bevölkerungsbefragung**“ des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr nehmen die Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr vor allem über die Massenmedien vermittelt wahr. Im Vergleich zu 2019 zeigt sich eine leichte Abnahme der Wahrnehmung der Bundeswehr. **71 Prozent der Befragten erfahren etwas über die Streitkräfte durch die Massenmedien. 39 Prozent nehmen die Bundeswehr im persönlichen Bereich wahr** (im Alltag, in Gesprächen, in der Öffentlichkeit oder bei Zugfahrten). **Der Eindruck von der Bundeswehr ist bei persönlichen Begegnungen besonders positiv.** Die Berichterstattung in den Massenmedien wird – je nach Medium – von 39 bis 45 Prozent der Befragten auch (eher) positiv wahrgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der positive Eindruck um 3 bis 7 Prozentpunkte zurückgegangen. 2020 sind 33 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bundeswehr genug unternehme, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Das sind 7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. **Mit 52 Prozent sind etwas mehr Bürgerinnen und Bürger als 2019 der Auffassung, die Bundeswehr bemühe sich nicht ausreichend darum, mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.**²⁷⁶

275 *Wahrnehmung und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“, Image der Bundeswehr sowie Haltungen zum Umgang mit Veteranen – Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2012* (Kurzbericht), Thomas Bulmahn, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Dezember 2012, 43 S., abgerufen am 10. Oktober 2021 über die Deutsche National Bibliothek unter <https://d-nb.info/1197536302/34>

276 *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland*, Heiko Biehl, Timo Graf, Christina Irrgang, Markus Steinbrecher, Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 5-2020, S. 8-9, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf>

13.5. Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

Laut der jährlichen „**Bevölkerungsbefragung**“ des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ist die **Bundeswehr für 63 Prozent der Befragten ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen**. Hier zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Verschlechterung (-2 Prozentpunkte). **38 Prozent der Befragten sehen in der Bundeswehr einen für sie persönlich attraktiven Arbeitgeber. 59 Prozent sind gegenteiliger Ansicht.**²⁷⁷

In Schülerumfragen belegt die Bundeswehr seit mehreren Jahren die Spitzenplätze des Arbeitgeber-Rankings und rückte 2021 sogar auf Platz 1 des *Trendence-Fachkräfte-Barometers*:

- 2021: Bundeswehr auf Platz 1 der beliebtesten Arbeitgeber im *Trendence-Fachkräfte-Barometer*²⁷⁸
- 2020: Bundeswehr auf Platz 2 der beliebtesten Arbeitgeber für Schüler²⁷⁹
- 2017: Bundeswehr auf Platz 3 der beliebtesten Arbeitgeber für Schüler²⁸⁰

277 *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland*, Heiko Biehl, Timo Graf, Christina Irrgang, Markus Steinbrecher, Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 5-2020, S. 8-9, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf>

278 *Trendence Arbeitgeber-Ranking - Die Bundeswehr zieht am meisten*, Corinne Schindleck, elektroniknet.de, 8. Juni 2021, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.elektroniknet.de/karriere/arbeitswelt/die-bundeswehr-zieht-am-meisten.187022.html>

279 *Top-Unternehmen für Schüler*, Trendence Institut, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.arbeitgeber-ranking.de/rankings/schueler>

280 *Bundeswehr auf Platz 3 der beliebtesten Arbeitgeber*, Presse und Informationszentrum Personal (PIZ-Personal), 25. Juli 2017, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.presseportal.de/pm/116137/3693316>

13.6. Einstellung zur Höhe der Verteidigungsausgaben

Die Höhe des **Einzelplans 14**, also des Budgets der Bundeswehr, beträgt **46,9 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2021**.²⁸¹ Es waren **31,1 Mrd. im Jahr 2012**.²⁸² Es bedeutet ein Plus von ca. 50 Prozent zwischen 2012 und 2021.

2018 war die deutsche Bevölkerung klar gegen die Erhöhung von Militärausgaben. Laut einem Artikel der Zeitung *Die Welt* herrschte zu dem Zeitpunkt folgendes Meinungsbild:

„Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur [zufolge] sind nur 15 Prozent dafür, mehr als die von Merkel bis 2024 versprochenen 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Bundeswehr bereitzustellen. Dagegen halten 24 Prozent diese Marke für genau richtig, und weiteren 36 Prozent ist das schon zu viel. Damit lehnen zusammen 60 Prozent eine Anhebung der Militärausgaben auf mehr als 1,5 Prozent ab. 25 Prozent machten keine Angaben.“²⁸³

Laut der jährlichen „**Bevölkerungsbefragung**“ des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr spricht sich **2020**, wie in den Vorjahren, eine **relative Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (42 Prozent) für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben** aus. 40 Prozent sind dafür, dass diese gleich bleiben sollten, **12 Prozent befürworten eine Verringerung des Verteidigungsetats**.²⁸⁴

281 *Einzelplan 14*, Bundeshaushalt 2021, Bundesministerium der Finanzen, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.bundeshaushalt.de/#/2021/soll/ausgaben/einzelplan/14.html>

282 *Top-Unternehmen für Schüler*, Trendence Institut, abgerufen am 22. September 2021 unter <https://www.arbeiter-ranking.de/rankings/schueler>

283 *Deutsche sind klar gegen Erhöhung von Militärausgaben*, 11. Juli 2018, die Welt, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article179144290/Umfrage-Deutsche-sind-klar-gegen-Erhoe-hung-von-Militaerausgaben.html>

284 *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland*, Heiko Biehl, Timo Graf, Christina Irrgang, Markus Steinbrecher, Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 5-2020, S. 9, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf>

13.7. Einstellungen zu den Auslandseinsätzen

Im Jahr 2011 meinten 68 Prozent der Deutschen, dass die Bundeswehr nie in Afghanistan hätte einrücken dürfen, 23 Prozent hielten die Entsendung deutscher Soldaten zum damaligen Zeitpunkt für richtig. 50,4 Prozent waren dafür, dass die deutschen Soldaten Afghanistan erst verlassen, wenn sie ihre Mission „angemessen abgeschlossen“ hatten. 44,2 Prozent plädierten für einen Abzug ohne Wenn und Aber.²⁸⁵

Laut der jährlichen „**Bevölkerungsbefragung**“ des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr fühlt sich die **Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger schlecht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert. Seit 2015 ist der Anteil derjenigen, die sich gut informiert fühlen, von 40 auf 16 Prozent zurückgegangen**, während der Anteil derer, die sich schlecht informiert fühlen, von 27 auf 48 Prozent gestiegen ist. Die Missionen, die im Jahr 2020 am stärksten befürwortet wurden, sind der EUTM-Einsatz in Mali (51 Prozent Zustimmung) und die Operation *Sea Guardian* im Mittelmeer (49 Prozent Zustimmung).²⁸⁶

13.8. Einstellung zu bewaffneten Drohnen

Im Jahr 2020 bejahen 41 Prozent der Bundesbürger die Frage, ob die Bundeswehr zukünftig mit bewaffneten Drohnen ausgerüstet werden sollte laut der jährlichen „**Bevölkerungsbefragung**“ des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. **26 Prozent der Befragten sind geteilter Meinung** und ebenfalls **26 Prozent sind gegen eine Anschaffung von bewaffneten Drohne**. Im Vergleich zur letzten Abfrage 2014 sprechen sich die Befragten 2020 mit relativer Mehrheit für bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr aus: Die Zustimmung der Bevölkerung ist deutlich gewachsen (+10 Prozentpunkte).²⁸⁷

285 *Bundeswehr-Einsatz – 70 Prozent zweifeln am Erfolg in Afghanistan*, 5. Oktober 2011, Die Welt, abgerufen am 9. Oktober 2021 unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13642023/70-Prozent-zweifeln-am-Erfolg-in-Afghanistan.html>

286 *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland*, Heiko Biehl, Timo Graf, Christina Irrgang, Markus Steinbrecher, Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 5-2020, S. 10, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf>

287 *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland*, Heiko Biehl, Timo Graf, Christina Irrgang, Markus Steinbrecher, Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 5-2020, S. 10, abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf>

14. Leseempfehlungen

- *50 Jahre Bundeswehr*, Rolf Clement, Bernhard Fleckenstein, Franz-Josef Meiers, Detlef Bald, Otfried Nassauer, Michael Staack, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Bundeszentrale für politische Bildung, 3-2005, 40 Seiten.²⁸⁸
- *Die Deutschen und ihre Soldaten – Geschichte einer schwierigen Beziehung*, DIE ZEIT Geschichte, 3. Juli 2018 (4/2018), 114 Seiten.²⁸⁹
- *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland*, Heiko Biehl, Timo Graf, Christina Irrgang, Markus Steinbrecher, Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 5-2020, 351 Seiten.²⁹⁰

* * *

288 *50 Jahre Bundeswehr*, Rolf Clement, Bernhard Fleckenstein, Franz-Josef Meiers, Detlef Bald, Otfried Nassauer, Michael Staack, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Bundeszentrale für politische Bildung, 3-2005, 40 S., abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bpb.de/apuz/29033/50-jahre-bundeswehr>

289 *Die Deutschen und ihre Soldaten – Geschichte einer schwierigen Beziehung*, DIE ZEIT Geschichte, 3. Juli 2018 (4/2018), ASIN: 394645643X, 114 Seiten, abgerufen am 15. November 2021 unter <https://shop.zeit.de/sortiment/die-zeit-magazine/zeit-geschichte/3737/zeit-geschichte-die-deutschen-und-ihre-soldaten> bzw. https://shop.zeit.de/media/pdf/57/b3/f9/ZG_18-4_Inhaltsverzeichnis.pdf (Inhaltsverzeichnis).

290 *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland*, Heiko Biehl, Timo Graf, Christina Irrgang, Markus Steinbrecher, Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 5-2020, 351 S., abgerufen am 5. Oktober 2021 unter <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf>